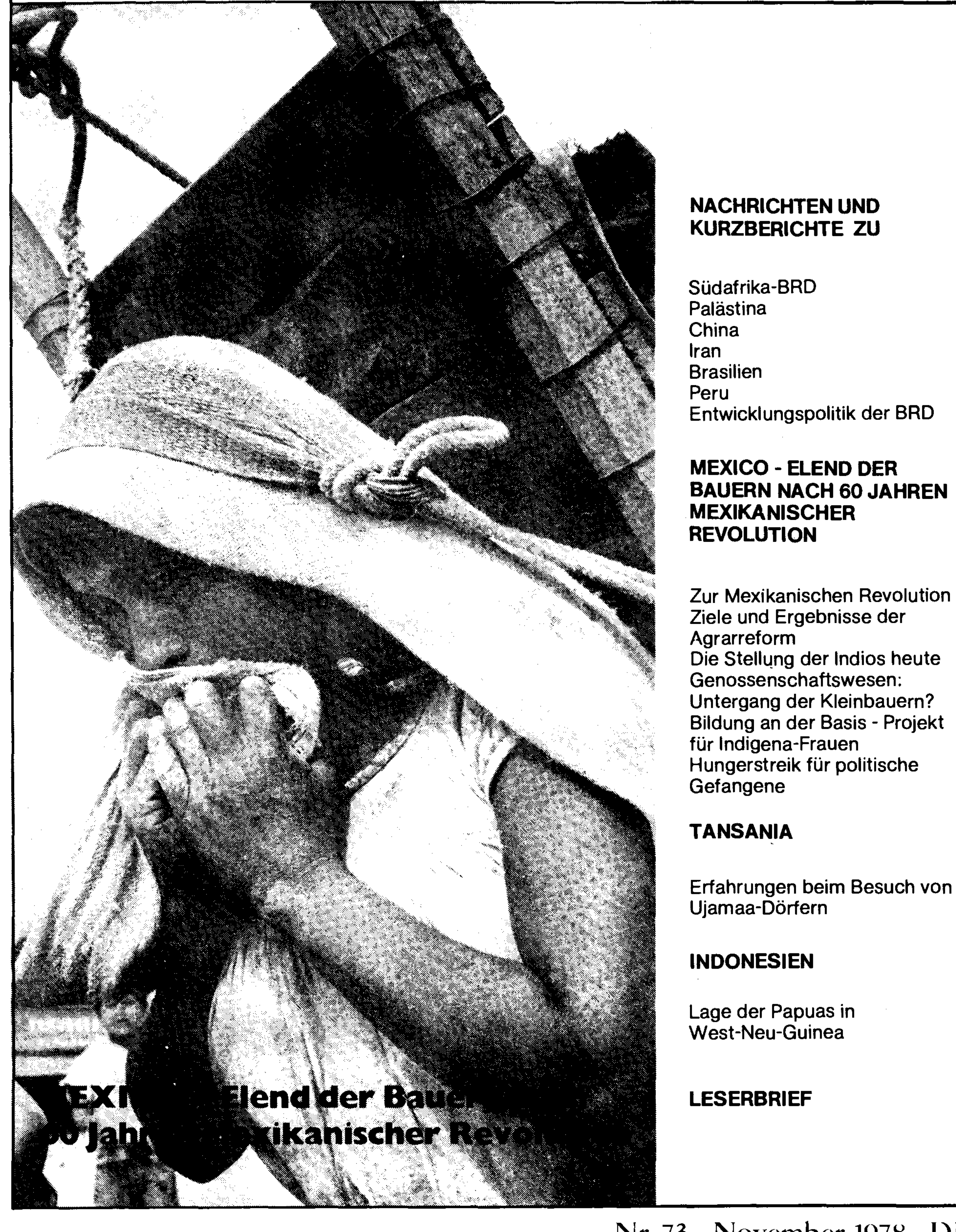
M 3477 FX

blätter des iz3w

informationszentrum dritte welt - iz3w



NACHRICHTEN UND KURZBERICHTE ZU

Südafrika-BRD 2
Palästina 2
China 4
Iran 5
Brasilien 8
Peru 10
Entwicklungspolitik der BRD 10

MEXICO - ELEND DER BAUERN NACH 60 JAHREN MEXIKANISCHER REVOLUTION

Zur Mexikanischen Revolution 11
Ziele und Ergebnisse der Agrarreform 16
Die Stellung der Indios heute 23
Genossenschaftswesen: Untergang der Kleinbauern? 27
Bildung an der Basis - Projekt für Indigena-Frauen 29
Hungerstreik für politische Gefangene 40

TANSANIA

Erfahrungen beim Besuch von Ujamaa-Dörfern 43

INDONESIEN

Lage der Papuas in West-Neu-Guinea 47

LESERBRIEF 50

Nr. 73 November 1978 DM 2.50

NACHRICHTEN UND KURZBERICHTE



Südafrika -BRD

DM-Markt der einzige für Südafrika offenstehende Geldmarkt

Nach einer Pressemitteilung der „informationsstelle südliches afrika" sind es – neben dem Schweizer Kapital – an erster Stelle deutsche Banken, die dem Apartheidsstaat Südafrika und seinen staatlichen Konzernen den Rücken stärken.

Südafrikas Finanzminister Horwood sah im Februar 1978 ein Haushaltsdefizit von 1,5 Mrd. Rand voraus, das er zu 1,233 Mrd. Rand auf dem lokalen Markt, zu 320 Mio Rand (1 R = 2,217 DM, Aug. 78) auf ausländischen Geldmärkten zu decken beabsichtigte. Bis Ende Juli 1978 hatte Südafrika auf dem Euromarkt rund 270 Mio Rand an Anleihen aufgenommen.

Nachdem Südafrika bis Juli 1978 in der Schweiz Anleihen in Höhe von rund 120,8 Mio Rand getätigt hatte, sperrte die Schweizer Nationalbank den nationalen Geldmarkt für weitere südafrikanische Anleihen.

Auf dem DM-Markt haben staatliche Unternehmen Südafrikas 1977/78 Neuverschuldungen hauptsächlich in Privatplazierungen vorgenommen. (Privatplazierungen werden im Gegensatz zu normalen Anleihen nicht öffentlich angeboten, sondern von den Banken per Telefon in der Privatkundschaft abgesetzt).

Die privatplazierten Anleihen Südafrikas auf dem DM-Markt im Zeitraum Juli 1977 bis Juli 1978 belaufen sich auf rund 500 Mio DM, die öffentlichen DM-Anleihen im Jahre 1977 auf 95 Mio DM.

Die deutschen Banken haben im Laufe des Jahres 1978 die Bedingunen für südafrikanische Partner zunehmend verbessert; die Zinssätze für südafrikanische Geldaufnahmen sind von 9,25 % (1976) auf 7,75 % (Juli 1978) gesunken, während gleichzeitig die Laufzeit von zwei auf vier Jahre verlängert wurde. Diese Anleihen dienen zum größeren Teil der Finanzierung von Lieferungen deutscher Firmen für strategische Projekte Südafrikas wie der Urananreicherungsanlage UCOR II, der Öl – aus – Kohle – Anlage SASOL II und der Kohlekraftwerke Matla, Duvha und Kriel.

Die Direktinvestitionen deutscher Anleger in Südafrika erhöhten sich 1977 um 8,8 % auf 627,3 Mio DM. Die Summe der indirekten Investitionen wurde im Mai 1977 vom damaligen Botschafter Südafrikas in Bonn, D. B. Sole, auf 6 Mrd. DM geschätzt. Die Gesamtsumme der Bürgschaften für Warenlieferungen nach Südafrika (Hermes-Garantien) betrug 1977 insgesamt 3,8 Mrd. DM. Südafrikanische amtliche Stellen schätzten das gesamte Engagement der bundesdeutschen Wirtschaft im Apartheidsstaat auf rund 12 Mrd. DM.

Nach Einschätzung der südafrikanischen Zeitung „The Star" vom 29.7.1978 ist der DM-Markt effektiv der einzige intenationale Kapitalmarkt, der für Südafrika noch offensteht!

Palästina

Palästina gegen eine Handvoll Sand

So lautet der Kommentar der Zeitschrift 'afrique-asie' zu dem ungleichen Handel, auf den sich der israelische Ministerpräsident Begin und der ägyptische Präsident Sadat unter Anleitung ihres gemeinsamen Oberherrn Carter in Camp David einigten. Und tatsächlich liegt der Kern der Vereinbarungen von Camp David in der faktischen Anerkennung der israelischen Annexion des wertvollen Westjordanlandes und des Gazastreifens durch Ägypten gegen die Rückgabe der unfruchtbaren aber flächenmäßig riesigen Sinaiwüste an Ägypten. Dennoch handelte auch Sadat in eigenem Interesse: der geplante Separatfrieden mit Israel wird sein Land teilweise von den gigantischen Militärausgaben entlasten, die durch die ständige Konfrontation mit dem aggressiven zionistischen Staat erforderlich waren. Außerdem werden die Sinai-Ölquellen Ägypten zusätzliche Deviseneinkommen verschaffen.

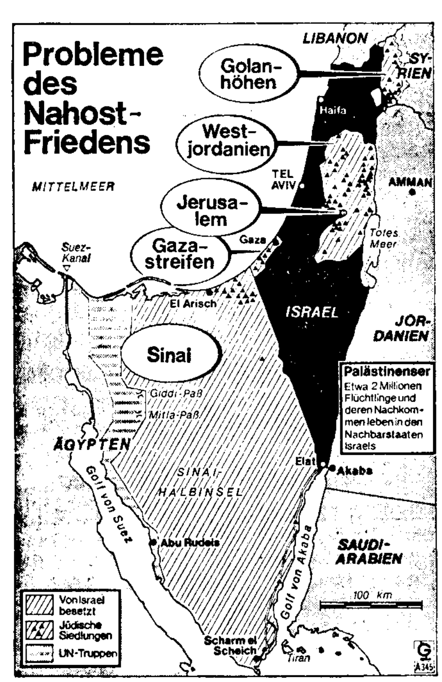
Auf der Strecke blieben bei diesem Kuhhandel die legitimen Interessen der Palästinenser, wie so oft seit dem verhängnisvollen Beginn der Besiedelung und militärischen Unterwerfung ihres Heimatlandes durch ausländische Zionisten. Denn mit dem Herausbrechen des militärisch stärkeren arabischen Landes, Ägypten, aus der antiisraelischen Front (die Überschreitung des Suezkanals im Oktoberkrieg 1973 war der einzige militärische Erfolg, den reguläre arabische Truppen jemals über israelische Verbände erzielen konnten) bekommt Israel freie Hand bei der fortgesetzten Kolonisierung palästinensischen Landes, da die übrigen arabischen Staaten, zudem noch unter sich zerstritten, den zionistischen Armeen unterlegen sind.

Paradoxerweise liegt das eigentlich Überraschende an Sadats Kapitulation nicht in seinem Verrat an der gemeinsamen arabischen Sache, denn den hat er schon lange vorbereitet, sondern in der Fähigkeit Begins, die wohlverstandenen Eigeninteressen Israels wahrzunehmen. Denn man traute dem rechtsextremen Exterroristen nicht die minimale Kompromißbereitschaft zu, zugunsten einer ungestörten Besiedelung des restlichen Palästinas einige Siedlungen im Sinai räumen zu lassen.

Das separate Friedensabkommen zwischen Israel und Ägypten

Eines der beiden in Camp David unterzeichneten Dokumente trägt den Titel: „Ein Rahmenwerk für den Abschluß eines Friedensvertrages zwischen Israel und Ägypten". Es ist sehr viel genauer und konkreter formuliert als das andere beschlossene Abkommen, welches sich mit einer globalen Friedensregelung befaßt, und steckt die Richtlinien für die derzeit in Washington laufenden bilateralen Friedensverhandlungen ab.

Es sieht im wesentlichen die völlige Normalisierung der Beziehungen zwischen den beiden Ländern mit Aufnahme diplomatischer, kultureller und wirtschaftlicher Beziehungen innerhalb von zwei bis drei Jahren vor. Vorher wird die Sinaihalbinsel an Ägypten zurückgegeben, das jedoch noch nicht einmal die vollständige Souveränität erhält, da es eigene Truppen in begrenztem Umfang nur in einem etwa fünfzig Kilometer breiten Streifen entlang des Suezkanals stationieren darf. Im übrigen Sinai werden nur UNO-Truppen und eventuell US-amerikanische (!) Frühwarnstationen geduldet. Die von Israel geräumten militärischen Flugplätze werden zwar an Ägypten übergeben, dürfen aber nur zivil genutzt werden. Die USA bauen für Israel neue Flugplätze in der benachbarten israelischen Negev-Wüste.



Israelische Schiffe erhalten freies Durchfahrtsrecht für den Suez-Kanal und die Straße von Tiran. Dafür wird bei Akaba eine Verbindungsstraße zwischen Jordanien und Ägypten über israelisches Gebiet gebaut, die von den arabischen Ländern frei benutzt werden kann (FR 20.9.78).

Die konkreten Friedensverhandlungen zu diesen Punkten, die derzeit in Washington stattfinden, dürften kaum mehr auf grundlegende sachliche Schwierigkeiten stoßen, da nach der Ausklammerung der Palästinenserfrage keine tiefgreifenden Interessengegensätze mehr bestehen. Auf israelischer Seite hat die Knesset die Rahmenwerke bereits gebilligt, nachdem Begin die unpopuläre Frage der Sinai-Siedlungen an die Annahme des ganzen Pakets gekoppelt hatte.

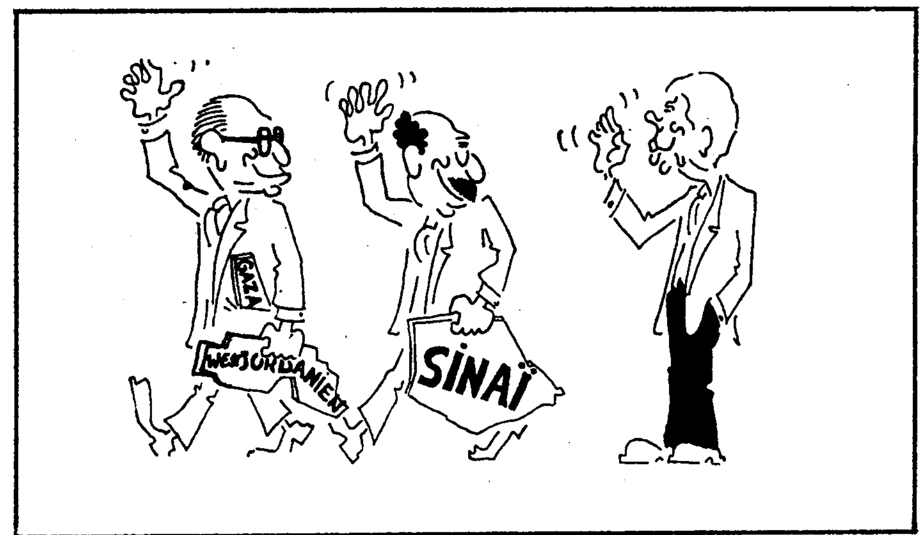
In Ägypten ist Kritik an Sadat seit einiger Zeit fast vollständig verboten, seine Ausverkaufspolitik kann also nicht legal angegriffen werden. Eine Ausnahme bildet die „Sammlung der nationalfortschrittlichen Unionisten", die einige fortschrittliche und linke Strömungen vereinigt und über zwei Parlamentsabgeordnete verfügt. Sie bezeichnete das Abkommen als „einen amerikanischen Frieden zu israelischen Bedingungen", der nicht akzeptierbar sei (LM 22.9.78). Da aber die Zeitung dieser Sammlungsbewegung seit einem halben Jahr nicht erscheinen durfte, kann diese Kritik in Ägypten nicht gehört werden. Da alle prominenten Sadat-Kritiker ins Ausland gehen mußten, kommt die härteste Kritik von Exilägyptern. So beschuldigte der ehemalige Chef des ägyptischen Generalstabes und Kommandeur im erfolgreichen Oktoberkrieg, Saad Eddim Chazli, den Präsidenten von Algerien aus, Israel alles gegeben zu haben, ohne eine Gegenleistung vorweisen zu können (LM 21.9. 1978).

Der Ausverkauf Palästinas

Das zweite in Camp David unterzeichnete Vertragswerk nennt sich stolz „Rahmenwerk für einen Frieden im Nahen Osten", bedeutet aber nichts anderes als freie Hand für die Zionisten in der weiteren Zukunft. Diese Einschätzung ergibt sich erstens, weil die Ausführungen sehr allgemein und unkonkret ausfallen, die Golanhöhen und Jerusalem gar nicht erwähnt werden und Israel für alle zukünftigen Vereinbarungen ein Vetorecht eingeräumt wird und zweitens, wie die Geschichte zeigt, weil es für die Zionisten keinen Grund gibt, sich an Vereinbarungen zu halten, wenn nicht militärischer Druck sie dazu zwingt. Daß das Palästina-Rahmenwerk ein wertloses Stück Papier ist, zeigt sich schon darin, daß die Amerikaner ausdrücklich kein Junktim zwischen den beiden Abkommen sehen, also der israelische-ägyptische Friedensvertrag auch ohne Palästinaregelung in Kraft treten kann (FR 19.9.78).

Das Rahmenwerk sieht im einzelnen vor (FR 20.9.78):

- innerhalb von fünf Jahren gehen die Hoheitsbefugnisse im Westjordanland und in Gaza von der israelischen Militär- auf palästinensische Zivilregierungen über;
- die israelischen Streitkräfte bleiben dort, werden aber auf Stützpunkte konzentriert und es wird einen Truppenrückzug geben (fragt sich nur, in welchem Umfang);
- die Sicherheit Israels und seiner Nachbarn soll während der Übergangszeit und darüber hinaus gewährleistet sein (die Formulierung „darüber hinaus" bedeutet faktisch die andauernde Präsenz israelischer Truppen);
- an den Verhandlungen zum Übergang der Hoheitsbefugnisse und zum endgültigen Status der besetzten Gebiete sollen Vertreter Ägyptens, Israels und Jordaniens teilnehmen, wobei „nach gemeinsamer Absprache", also nur nach israelischer Zusstimmung, auch Palästinenser innerhalb der Delegationen Jordaniens und Ägyptens teilnehmen können. Die PLO, legitime Vertreterin des palästinensischen Volkes, wird mit keinem Wort erwähnt;
- in den besetzten Gebieten sollen keine neuen zionistischen Siedlungen angelegt werden. Wie wenig diese Bestimmung wert ist, zeigt sich darin, daß in Israel bereits jetzt behauptet wird, sie gelte nur für drei Monate und nicht für die festgelegten fünf Jahre;
- über die Rückkehr der palästinensichen Flüchtlinge, bisher von Israel strikt abgelehnt, soll ebenfalls ein gemeinsamer Ausschuß beschließen, so daß auch in dieser Frage Israel ein Vetorecht bekommt und Israel insbesondere die Rückkehr der PLO-Mitglieder verhindern kann (Guardian 27.9. 1978).



Arabische Reaktionen

Ob es Israel gelingt, diese als 'Selbstregierung für Palästina' verkleidete Kolonialpolitik tatsächlich durchzusetzen, wird wesentlich von der Stärke und Einigkeit des palästinensischen Volkes und seiner Organisationen und der verbündeten arabischen Staaten abhängen. Die Camp-David-Vereinbarungen sind sowohl bei der palästinensischen Bevölkerung in den besetzten Gebieten als auch bei der PLO auf einhellige Ablehnung gestoßen.

Anscheinend hat die Bedrohung durch Sadats Alleingang die Einigkeit in der PLO wieder größer werden lassen, nachdem in den letzten Monaten spektakuläre Bruderkriege innerhalb der PLO Schlagzeilen gemacht hatten. Kurz nach Bekanntwerden der Camp-David Ergebnisse fand zum ersten Mal seit 1974 eine gemeinsame Sitzung aller PLO-Gruppierungen statt, also unter Beteiligung der sog. Ablehnungsfront. Die Versammlung verurteilte die Vereinbarungen scharf und bezeichnete Sadat als Verräter und Werkzeug in der Hand der Imperialisten (Guardian 4.10.1978). Einigen PLO-Gruppen um den Vorsitzenden Arafat war nach Sadats Reise nach Jerusalem im November 1977 nachgesagt worden, sie stünden dieser Initiative nicht völlig ablehnend gegenüber und hofften auf ein für sie günstiges Ergebnis etwa in Form eines Palästinenser-Kleinstaates in Westjordanien. Diese Illusionen haben sich nun gründlich zerschlagen.

Wenig später fand in Damaskus ein Treffen der "Standfestigkeitsfront" arabischer Staaten statt, die aus Algerien, Libien, Syrien, Südjemen und der PLO besteht und sich im Dezember letzten Jahres zur Bekämpfung der Sadatschen Kapitulationspolitik gebildet hatte. Der Irak boykottierte die Konferenz wegen seiner Differenzen mit Syrien.

Beschlossen wurden der militärische und politische Boykott Ägyptens, die Bildung eines gemeinsamen politischen und militärischen Ausschusses zur Koordinierung des Kampfes, das Hinarbeiten auf einen Sturz Sadats, ein Auftrag an den syrischen Präsidenten Assad, a l l e arabischen Staaten für den Kampf gegen Sadats Politik zu gewinnen und eine verstärkte Zusammenarbeit mit der Sowjetunion, deren Einfluß im Nahen Osten durch die gemeinsame israelisch-amerikanisch-ägyptische Politik erheblich zurückgegangen ist (AK 2.10.78).

Ob diese Erklärung Makulatur bleibt oder in Politik umgesetzt werden kann, wird vom Verhalten der direkt am Konflikt beteiligten Staaten Syrien und Jordanien, von der weiteren Entwicklung im Libanon und nicht zuletzt von der Politik der Ölmilliardäre auf der arabischen Halbinsel abhängen.

Die Könige von Jordanien und Saudiarabien haben sich bisher nicht für die Camp-David-Papiere ausgesprochen, sie aber auch nicht konsequent abgelehnt. Beide sind zum Ziel intensiver diplomatischer Umwerbung von Seiten Washingtons und Kairos geworden. König Hussein ist insofern in eine Zwickmühle geraten, als er einerseits politisch, wirtschaftlich und militärisch total von seinen westlichen Mentoren abhängig ist, auch den zionistischen Armeen nicht viel entgegensetzen kann, andererseits aber ein Großteil der Bevölkerung und Jordaniens aus Palästinensern besteht oder sonst schon schlechte Erfahrungen mit den Israelis gemacht hat und deshalb eine Unterwerfung Husseins unter den Zionismus seinen Thron gefährden muß. So hängt also Jordaniens Verhalten von der Stärke der palästinensischen Bewegung ab.

Auch Saudiarabien steckt in einer zwiespältigen gen Situation. Einerseits sehr an einer 'pax americana' im Nahen Osten interessiert und mit den USA auf allen Gebieten vielfältig verflochten und von ihnen abhängig, können die Machthaber in Riad, der fanatisch religiösen Sekte der Wahabiten angehörend, doch den Verlust von Jerusalem an die Zionisten nicht verschmerzen und legen großen Wert auf die Einheit der islamischen Länder. Außerdem fürchten sie eine weitere Radikalisierung der Pal ästinenser, weil dies die Aufrechterhaltung des reaktionären saudischen Regierungssystems gefährden würde. Zugleich hal-

ten sie in Form ihrer Ölmilliarden den Schlüssel zur wirtschaftlichen Stabilität Ägyptens und Jordaniens in der Hand. Da Riad die finanzielle Unterstützung Kairos nicht eingestellt hat, ist davon auszugehen, daß Sadat von dieser Seite keine echte Gefahr zu erwarten hat, wenn er auch auf offizielle propagandistische Unterstützung verzichten muß.

Syrien hat sich konsequent gegen Camp David ausgesprochen. Dennoch deutet Präsident Assad schon seit einigen Jahren an, daß auch er bereit ist, sich mit Israel zu arrangieren. Er ist allerdings insofern in einer schwierigeren Position als Sadat, als die Zionisten die Golanhöhen nicht so gern herausgeben werden wie den Sinai, da von dort aus sowohl Damaskus als auch ein Großteil der israelischen Zitrusplantagen beschossen werden kann, der militärische Wert also sehr hoch ist.

Außerdem steht Assad viel mehr unter palästinensischem Druck als Sadat, da seine innenpolitische Situation von deren Wohlverhalten abhängt. Syriens weiteres Vorgehen dürfte mit dem Ausgang des Krieges im Libanon zusammenhängen. Denkbar ist etwa eine Teilung des Libanon in einen maronitischen Süden unter israelischem Schutz und einen arabischen Norden unter syrischer Vorherrschaft. Da eine solche Lösung nur unter Zerschlagung der palästinensischen Verbände möglich wäre, hätte Assad danach freie Hand für eine Einigung mit Israel auf Kosten der Palästinenser (Guardian 11.10.1978).

Aber die Palästinenser sind noch keineswegs geschlagen. Im Gegenteil, sie haben den israelischen Vernichtungsschlag gegen ihre Basen im Südlibanon recht gut überstanden.

Die Palästinenser im Libanon, in Syrien, in Jordanien, in den besetzten Gebieten und in Israel selbst werden – das haben sie oft genug klar gemacht – weiter für ihr Selbstbestimmungsrecht und gegen den zionistischen Staat kämpfen.

sth

China

Milliarden Kreditaufnahme

Wie alle Bereiche der chinesischen Politik war auch die Außenhandels- und Außenwirtschaftspolitik der VR China seit dem Beginn der Kulturrevolution (1966) bis zum Tode von Mao Tse-tung (1976) durch das Primat der Politik über die Ökonomie geprägt, d.h., daß politische Ziele beim Aufbau des Sozialismus in china den Vorrang hatten vor dem wirtschaftlichen Wachstum um jeden Preis. Aus diesem Grund ist auch im April 1976 der stellvertretende Ministerpräsident Deng Hsiao-ping zum zweitenmal gestürzt worden, weil seine Position: „Es ist egal, ob eine Katze schwarz oder weiß ist, Hauptsache, sie fängt Mäuse" nicht als sozialistische Position galt, die dem Primat der Politik über die Ökonomie Rechnung trägt, sondern sein Charakter durch diesen Ausspruch „als ein unverbesserlicher Machthaber, der den kapitalistischen Weg geht", entlarvt wurde.

Für die Außenwirtschaftspolitik hieß das Primat der Politik, wie Mao es in einer Richtlinie festlegte: „Unabhängigkeit und Selbstständigkeit, Vertrauen auf die eigene Kraft"; dies bedeutete konkret – neben vielen innenpolitischen, wirtschaftlichen, bildungspolitischen und anderen Auswirkungen, daß der Außenhandel eine Ergänzung zur wirtschaftlichen Entwicklung ist, aber keinesfalls zur Abhängigkeit vom Ausland weder von den westlichen Industrieländern noch von der Sowjetunion führen darf. Als Garant für die Unabhängigkeit vom Ausland wurde die Absage an den Aufbau einer exportorientierten Industrie und die Absage an Kreditgeschäften mit dem Ausland angesehen. Stattdessen wurden Kompensationsgeschäfte (Lieferung von Ware gegen Ware) oder Bargeschäfte getätigt, bei denen die VR China die gelieferten Waren in bar aus ihren Devisen- oder Goldreserven bezahlte.

Nach dem Tode Mao Tse-tungs wurde Hua Guo-feng neuer Parteivorsitzender und Staatschef, die radikalen Nachfolger der Kulturrevolution wie Djiang Tjing, Wang Hung-wen, Dschang Tschun-jiao und Yao Wen-yüan als „Viererbande" gestürzt und mit ihnen die radikale Linie der Kulturrevolution endgültig ausgeschaltet. Teng Hsiao-ping wurde rehabilitiert.

Seitdem zeichnet sich in China ein deutlicher Wandel in allen Bereichen ab, die ihre Ursache in der Absage an das Primat der Politik über die Wirtschaft haben :

„Noch vor Ende dieses Jahrhunderts müssen wir in jedem Bereich und an jedem Ort, wo der Einsatz von Maschinen nur möglich ist, diese einsetzen, in Stadt und Land die Elektrifizierung und in den wichtigsten Industriezweigen die Atuomatisierung verwirklichen, die Arbeitsproduktivität enorm erhöhen, die sozialen Produktivkräfte rasch entwickeln und somit das Antlitz der sozialistischen Wirtschaft unseres Landes vollständig verändern, die Landverteidigung gewaltig verstärken und gewährleisten, daß unser Staat der Diktatur des Proletariats für immer unbesiegbar bleibt. Der Schlüssel für die vier Modenisierungen ist die Modernisierung der Wissenschaft und Technik. Wir müssen ein Kontingent von Wissenschaftlern und Technikern, die zur Weltspitze gehören, aufbauen. Wir müssen über die fortgeschrittensten wissenschaftlichen Forschungseinrichtungen verfügen, bedeutende theoretische Ausarbeitungen und technische Erfindungen machen, in den Hauptbereichen von Wissenschaft und Technik dem fortgeschrittenen Weltniveau näherkommen, es einholen und überholen und unsere Volkswirtschaft in die vorderste Reihe der Welt bringen."
(Peking Rundschau Nr. 40/1977).

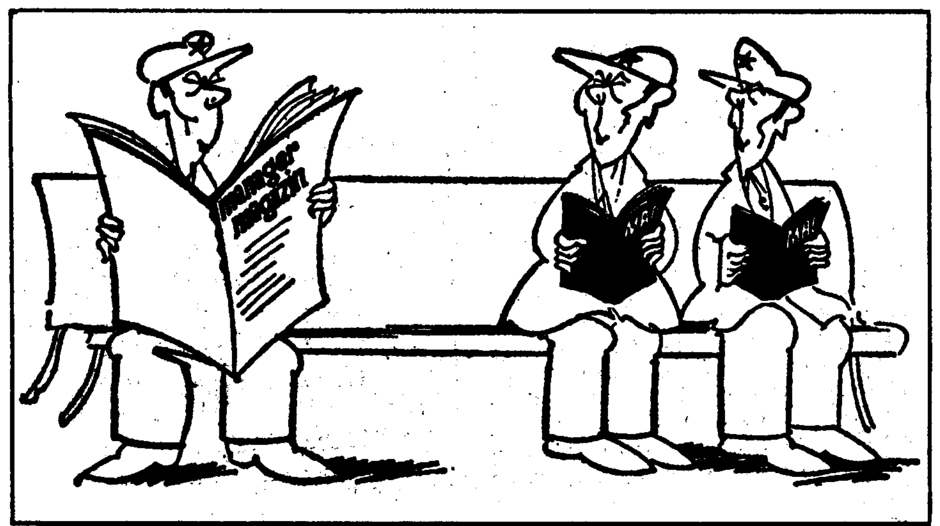
Noch im Juli dieses Jahres äußerte der stellvertretende Ministerpräsident, Finanz- und Planungsfachmann Li Hsien-nien, daß China keine Kredite aufnehmen werde, um die Modernisierungsziele zu erreichen (BfA/NfA 19.7.78). Die Devisen- und Goldreserven von 5 Mrd. US-Dollar seien für die Finanzierung ausreichend. Doch im Laufe des vergangenen Sommers und Herbstes orderte die VR China verschiedene Aufträge in Milliardenhöhe, die nur noch durch langfristige Kredite zu bezahlen sind.

Das „Kohlepaket", welches die Modernisierung bestehender Anlagen, den Aufbau von Fabriken für Bergwerksmaschinen, 2 neue Tagebau- und 5 neue Untertageanlagen umfaßt, das im September zwischen China und bundesdeutschen Unternehmen vereinbart wurde, hat einen Kreditumfang von 8 Mrd. DM und einen Lieferumfang von 10 Mrd. DM für die bundesdeutsche Wirtschaft. Hinzu kommt noch das „Stahlpaket", welches sich im Verhandlungsstadium befindet, wobei von einem Auftragsvolumen von 15 - 20 Mrd. DM ausgegangen wird. Außer mit Firmen(konsortien) aus der BRD haben die Chinesen in diesem Jahr umfangreiche Handelsvereinbarungen mit anderen europäischen Ländern (vor allem Frankreich) und Japan abgeschlossen. Der Handel mit Japan soll einen gegenseitigen Warenaustausch im Wert von 20 Mrd. US-Dollar umfassen.

Die ersten Milliarden-Kredite muß China zwar erst durch das Kohle- und Stahlgeschäft mit den bundesdeutschen Unternehmen aufnehmen, aber auch über weitere Kredite verhandelt die „Bank of China" vor allem mit schweizer und japanischen Banken. Regierungskredite sind bisher von chinesischer Seite abgelehnt worden.

Aber nicht nur Kredite können China in Abhängigkeit vom westeuropäischen und japanischen Kapital bringen, schon die Lieferung ganzer Fabriken und Maschinen, beeinträchtigt eine unabhängige Entwicklung; es besteht die Gefahr, daß die chinesische Wirtschaft dadurch mehr und mehr von ausländischem Know-how und Fachkräften abhängig wird. Auch wenn sie im Verhältnis zum Gesamtvolumen der chinesischen Wirtschaft keine überragende Bedeutung haben, können diese Importe eine Exportabhängigkeit zur Folge haben: Um seine Schulden bezahlen zu können, wird China vor allem Rohstoffe und niederwertige Konsumgüter exportieren müssen (bspw. Textilien, Fotoapparate etc.). Bei dem absoluten Umfang der Importe genügt es dafür nicht mehr, daß Überschüsse Chinas exportiert werden, sondern ganze Wirtschaftszweige ausschließlich für den Export müssen aufgebaut werden. Schon bald sollen nahe der Grenze zu Hong-kong in China ausländische Firmen Fabriken errichten können, z.B.:

„Errichtung eines kompletten Betriebes durch den auswärtigen Partner innerhalb Chinas für die Herstellung von beispielsweise Textil-, Bekleidungs-, Elektronik- oder Kunststoffprodukten. Die chinesische Seite stellt Roh-,



Hilfs- und Betriebsstoffe zur Verfügung und übernimmt die Lohnkosten. Die Fertigwaren werden an den Partner geliefert und die Herstellungskosten solange gegen das eingebrachte Anlagevermögen aufgerechnet, bis der Buchwert des letzteren getilgt ist."
(BfA/NfA, 29.9.1978).
Auch wenn diese Fabriken in den Besitz Chinas übergehen, ist die Struktur, auch danach für den Export zu produzieren und nicht für die Bedürfnisse des eigenen Volkes, schon vorgegeben.

wo

Iran

Die Bevölkerung kämpft weiter

Nach dem Verhängen des Kriegsrechts im Iran am 7.9. und dem Massaker in Teheran am 8.9. ist dieses Land in der Berichterstattung der hiesigen Presse etwas zurückgetreten. Dieses bedeutet jedoch nicht, daß das Land durch die Maßnahmen des Schahs „befriedet" worden sei. In kleinerem Umfang gingen trotz des Kriegsrechts die Demonstrationen weiter, das Schwergewicht der Auseinandersetzungen der Bevölkerung mit dem Regime lag jedoch auf dem Gebiet wirtschaftlicher Kampfmaßnahmen. Nachdem sich im Gefolge des Erdölbooms im Iran einige wenige unermeßlich bereichert hatten und die Mehrheit der Bevölkerung wenig oder gar nichts von dem nationalen Reichtum abbekam, nun jedoch einen unglaublichen Luxus vorgelebt bekam und schwer unter der durch eine Nachfrageexplosion hervorgerufenen Inflation (selbst ein Ein-Zimmer-Quartier in den Volksvierteln des Süden Teherans ist kaum unter 300 DM zu haben, SZ 16./17.9.1978) und unter einer fehlenden materiellen und sozialen Infrastruktur zu leiden hatte, stiegen die sozialen Spannungen und die Verbitterung. Da jegliche politische Opposition durch den Terror des Geheimdienstes SAVAK unterbunden wurde, wurde schließlich die schiitische Geistlichkeit das Sammelbecken und das Sprachrohr der unzufriedenen Bevölkerung. Im Laufe dieses Jahres gewann die Protestbewegung gegen das Schah-Regime den Charakter eines Volksaufstandes (vgl. 'blätter' Nr. 69, 71 und 72 Mai, Aug. und Sept. 1978).
Der Schah wußte sich schließlich dieser Bewegung nicht mehr anders zu erwehren als durch einen Rückgriff auf die nackte Gewalt: am 7.9. verhängte er das Kriegsrecht über zwölf der größten Städte, einschließlich über Teheran, was militärische Oberhoheit incl. Militärgerichtsbarkeit, eine nächtliche Ausgangssperre und ein Versammlungsverbot beinhaltet. Am Tag darauf ließ der Schah ein furchtbares Massaker unter einer unter dem Kriegsrecht verbotenen, jedoch völlig friedlichen Demonstration anrichten, so daß dieser Tag als der 'Schwarze Freitag' fortan von der Bevölkerung genannt wird: Auf dem Platz vor der Jaleh-Moschee versammelte sich schon in den frühen Morgenstunden eine große Menschenmenge, die sich auf die Räumungsaufforderung der Militärs hin auf den Boden setzte. Ein Augenzeuge berichtete: „Sie schossen blind in die sitzende Menge. Alle auf einmal, mit Maschinengewehren. Wir sprangen auf und liefen weg. Aber sie rannten uns nach und schossen hinter uns her. Hinterher war der ganze Platz von Leichen übersät." Verletzte, so der Zeuge, wurden durch Fangschüsse umgebracht (Der Spiegel, 18.9.1978). Ein anderer berichtete, daß die in den ersten Reihen sitzenden Frauen mit ihren Kindern, die nicht so schnell fliehen konnten wie die Männer, die meisten Opfer stellten, und daß in einem Fall drei Frauen durch die Tür ihres Hauses, in das sie sich gerettet hatten, erschossen wurden (SZ 16./17.9.78). Ein italienischer Journalist meinte, einem Exekutionskommando beizuwohnen (LM 10.9.1978). Das Massaker führte zu einer Erhebung in ganz Teheran und in anderen Städten, die das Militär erst nach massivstem Einsatz von Panzern zum Brechen der Barrikaden und von Kampfhubschraubern, die im Sturzflug aus ihren Bordkanonen auf Menschenansammlungen feuerten (FR 18.9.1978), niederschlagen konnte. Die Brutalität des Militäreinsatzes hat nach offiziellen Stellungnahmen 97 Tote gefordert. Aber allein an der Straße nach Ghom sollen von Bulldozern 1000 Opfer verscharrt worden sein, und nach inoffiziell bekannt gewordenen Zahlen gab es 2950 Tote in der Hauptstadt allein (Der Spiegel 18.9. 1978, LM 12.9.1978) und über 5000 Tote im ganzen Iran (FR 14.9.1978).
Die Armee, die diese Greueltaten ausführte, ist die letzte dem Schah verbliebene Stütze im Iran. Sie umfaßt 340.000 Mann (220.000 Heer, 100.000 Luftwaffe, 20.000 Marine), 1.620 Panzer (vor allem 'Chieftains'), 2.000 Schützenpanzer, 340 Kampfflugzeuge, 700 Hubschrauber, ua mehr (LM 10.9.78). 30.000 bis 40.000 Militärberater aus den USA sorgen für technische Ausbildung und Kampfmoral. Das Gros der Soldaten sind Dienstpflichtige, die Offiziere und die Elitetruppen hochdotierte Berufssoldaten. Als die Fraternisierungsversuche der Demonstranten mit den Soldaten in den Tagen vor dem Schwarzen Freitag, für die militärische Führung gefährliche Früchte bei den in der Hauptstadt stationierten Einheiten zeigten, forderten 300 hohe Offiziere den Schah auf, diesen Demonstrationen ein Ende zu setzen (LM 3.10.78). Und am besagten Freitag wurden vor allem Elitetruppen aus anderen Landesteilen, d.h. ohne lokale Loyalitäten, eingesetzt. Trotzdem kam es dazu, daß einige Soldaten sich weigerten, in die Menge zu schießen. Sie wurden als Meuterer sofort erschossen. Andere sollten sich selbst angeschossen haben, um einem Gewissenskonflikt zu entgehen (Newsweek 25.9.1978). „Die Zeit" fragt sich, wie sich wohl erst die Dienstpflichtigen verhalten hätten, die großenteils aus denselben sozialen Schichten kommen wie die Demonstranten, stellt aber gleichzeitig fest, daß sich der Schah im Augenblick noch auf die Armee verlassen kann, insbesondere auf das von ihm hochprivilegierte Offizierscorps (Die Zeit 22.9.1978). Unter ihnen befindet sich auch der Vier-Sterne-General Gholam Ali Oveisi, im Juni 1963 als Kommandant der kaiserlichen Garde verantwortlich für die damaligen Greueltaten, seit 1972 Kommandeur des Heeres und seit dem 8.9. Kriegsrechtsadministrator von Teheran, und der schon mehrfach als möglicher Nachfolger des erst im August eingesetzten Ministerpräsidenten Scharif Emami genannt wurde (LM 10.9. und 3.10. 1978).
In der Außenabhängigkeit, in die der Schah sein Land hineinmanövriert hat, war es schwerlich möglich, daß er ohne Billigung vor allem durch seine wichtigsten Gönner, die USA, die Maßnahmen vom 7. und 8.9. treffen konnte. Und als wenige Stunden vorher der iranische Botschafter in den USA, Archedir Zahedi, in Teheran eintraf, brachte er höchstwahrscheinlich das grüne Licht für eine vom Wissenschafts- und Erziehungsminister Hushang Nahavandi vorgebrachte Doppelstrategie aus Washington mit: eine harte und einschüchternde Unterdrückung der Opposition und eine Kampagne gegen einige zu offensichtliche Korruptionsfälle als Zeichen der „Liberalisierung" (LM 3.10.78, Afrique Asie 18.9.78). Die Enttäuschung insbesondere bei der liberalen Opposition darüber, daß der Menschenrechtschampion Carter so etwas zulassen konnte, war enorm. Und schon während des Aufstandes am Schwarzen Freitag wurde eine starke antiamerikanische Haltung deutlich, an vielen Stellen in Teheran war „Carter hat uns verraten" zu lesen (LM 10.9.1978).
Die USA bauen aus geopolitischen und energiewirtschaftlichen Gründen fest auf das Regime des Schahs und wollen auf keinen Fall das Risiko einer Demokratisierung der iranischen Gesellschaft eingehen, weil dabei die innenpolitische Stabilität und die Kontinuität der Beziehungen zu den USA nicht voll gewährleistet wären. So nimmt es auch nicht wunder, daß Carter zwei Tage nach den Massakern dem Schah telefonisch sein Bedauern über die Unruhen und seine Unterstützung zusagte, nachdem er schon im Januar bei seinem Besuch im Iran erklärte, daß er sich mit dem Schah in stärkerer persönlicher Freundschaft als mit irgend einem anderen Staatsmann verbunden fühle, und daß der Schah seine Ansichten über die Menschenrechte teile (LM



Anti-Schah-Demonstranten fordern die Rückkehr des Schiiten-Führers aus dem irakischen Exil

12.9.1978, FR 12.9.1978). das State Department der USA erklärte, „die Unruhen scheinen mit Mäßigung unterdrückt worden zu sein" (LM 12.9.1978). Und ein paar Tage später ließ Carter veröffentlichen, daß die USA zur Lieferung von weiterem Kriegsmaterial für eine Milliarde Mark bereit seien (Der Spiegel 18.9.1978).

Carter blieb allerdings nicht alleine, die Gratulanten standen beim Schah Schlange: Sadat rief aus Camp David an, „neues China" verurteilte „die vom Ausland bezahlten und geplanten Demonstrationen", die einen „für jeden iranischen Patrioten unerträglichen Terror geschaffen haben", Callaghan wollte nicht abseits stehen, die Prawda kritisierte nur die USA in der Affäre und schwieg über den Schah, und die Positionen Saudi-Arbaiens und Kuwaits und der um ihre iranischen Erdöllieferungen bangenden Regierungen Israel und Südafrikas waren sowieso klar (LM 12.9. 1978, FR 18.9.1978, Afrique Asie 18.9.78).
Die Bundesregierung hat bislang aus innenpolitischer Rücksichtsnahme dem Schah keine fomelle Unterstützungserklärung gegeben. Dennoch sorgte sich auch die bundesdeutsche Obrigkeit um das Ansehen ihres Verbündeten: dem Aufruf der „Conföderation Iranischer Studenten" (CISNU) zu einer Demonstration „gegen den barbarischen Völkermord" und „für die sofortige Aufhebung des Kriegsrechts" im Iran folgten am 16.9. in Frankfurt rund 3.000 iranische Studenten, etwa ein Drittel aller in der Bundesrepublik studierenden Perser. Als nach einem friedlichen Kundgebungsverlauf eine symbolische Puppenverbrennung erfolgen sollte, was bislang bei ähnlichen Demonstrationen in Frankfurt ohne polizeiliche Maßnahmen üblich war, rückte die Polizei gegen die Kundgebung vor, und es kam auf beiden Seiten zu erheblichen Verletzungen. Bei der FR meldete sich hinterher anonym ein am Einsatz beteiligter Polizeibeamter, der von Unzufriedenheit einer Reihe von Beamten mit diesem provokativen Vorgehen berichtete (Die Zeit 22.9.1978, FR 18.9.1978).
Nach dem Zusammenschießen der Demonstranten setzte im Iran eine riesige Verhaftungswelle unter den bürgerlichen und religiösen Oppositionellen und unter Journalisten ein: Fast alle im Westen bekannte und unzählige unbekannte Regimkritiker verschwanden und sind teilweise bis heute nicht wieder aufgetaucht. Selbst zurückhaltende Schätzungen sprechen von mindestens 1.000 Verhaftungen durch den SAVAK, ohne Anklageerhebung, ohne Verteidigungsmöglichkeiten. Betroffen waren viele Mitglieder der Nationalen Front (z.B. Foruhar und Maonijan), des Komitees zur Verteidigung der Menschenrechte (z.B. Basargan und Moghaddah), des Komitees zur Verteidigung der politischen Gefangenen (z.B. Doftari), der Bewegung zur Befreiung des Iran und von weiteren Organisationen (zu diesen Gruppierungen vgl. 'blätter' Nr. 72, Sept. 1978). Ferner wurden einer der vier höchsten Würdenträger der Stadt Ghom, Ayatollah Rohani, und das Oberhaupt der Moschee Jaleh, vor der sich das Massaker am Schwarzen Freitag ereignete, Ayatollah Nuri, verhaftet. Nuri wird in Radioberichten ein „Komplott gegen die Staatssicherheit" vorgeworfen, wodurch ihm die Todesstrafe droht. Unter den inhaftierten Journalisten befindet sich ein Drittel der Redaktion des „Kayhan", dem „provozierende Reportagen" vorgeworfen wird. Viele Oppositionelle hielten sich, zumindest vorübergehend wie z.B. Sanjabi, im Untergrund versteckt (LM 10., 12., 14.9. und 4.10.1978, FR 12. und 14.9.1978, Der Spiegel 18.9.1978, Newsweek 25.9.1978).
Ein großer Teil der gemäßigten Opposition, und unter ihnen ist wohl der bedeutende Ayatollah Schariat Madhari aus Ghom, scheint aus den Vorfällen die Lehre gezogen zu haben, daß ein Rücktritt des Schahs nicht weiter verfolgt werden könne, da die USA ihn bedingungslos unterstützten. Man müsse sich auf die Forderung beschränken, der Schah solle sich auf seine verfassungsmäßige Position als Herrscher ohne Regierungstätigkeit zurückziehen, eine Forderung, die sogar von der Nationalen Front schon überwunden war, und die nun wieder als 'realistisches' Ziel lanciert wurde. Einige kritisieren jetzt sogar die friedliche Demonstration vom 7.9. mit über einer halben Million Teilnehmer, da sie eine Herausforderung für das Regime darstellen mußte (LM 4.10. 1978).
Seit dem 10. 9. diskutierten im Majlis, dem iranischen Parlament, die Abgeordneten über die Situation im Iran. Über die Bedeutung eines Parlaments ließ der Schah nie irgendwelche Zweifel: hatte es eine andere Meinung als er selber, so wurde es aufgelöst und er regierte ohne es. Die jetzigen Ergebnisse der Debatte waren trotz eines großen Spektakels Routine (alle Abgeordnete waren durch die vom Schah aufgebaute ehemalige Einheitspartei Rastakhiz ins Parlament gelangt): mit überwältigenden Mehrheiten wurde die Verhängung des Kriegsrechts gebilligt und der Regierung Scharif Emami das Vertrauen ausgesprochen (fast hätten sie es allerdings nicht geschafft, denn am 8.9. hatte Scharif Emami angesichts des Volksaufstandes dem Schah seinen Rücktritt angeboten, der ihn aber nicht angenommen, denn dann wäre ihm nur die wenig angenehme Möglichkeit einer Militärregierung geblieben, LM 3.10.1978). In der Debatte erklärte der Ministerpräsident, daß „die Politik der Liberalisierung fortgesetzt" würde, daß die Regierung „ruhige Zustände zur Durchführung freier Wahlen herstellen" würde, und daß „die Pressefreiheit verbürgt" sei (LM 12.9.1978, FR 18.9.1978).
Ob durch Zensur oder Selbstzensur gegängelt, wie „frei" die iranische Presse im Laufe der jüngsten sogenannten Liberalisierung im Iran (vgl. 'blätter' Nr. 72, Sept. 1978) geworden ist, mag folgendes, für uns gut recherchierbares Beispiel zeigen: Am 10.9.1978 druckte der angesehene Teheraner „Kayhan International Weekly" ein Interview des deutschen „Stern" mit dem Schah vom 31.8.1978 mit dem ausdrücklichen Hinweis ab, das sei der ganze Text. Auf den ersten Blick erschien das Interview und der Abdruck sehr kritisch: Mißstände mit dem SAVAK und der Korruption wurden genannt und vom Schah teilweise zugestanden. Erst ein Vergleich mit dem deutschen Original ließ das hinter der Veröffentlichung stehende Muster deutlich werden: das von den beiden „Stern"-Reportern sehr hart geführte Interview wurde vom „Kayhan" so umgearbeitet, daß jegliche negative Äußerungen über den Schah selber in der iranischen Fassung fehlten. Sie bewegte sich damit völlig im Rahmen des Schah-Regimes auf der Linie des „reformistischen Flügels" in der ehemaligen Einheitspartei „Rastakhiz": Einzelne Aspekte der generellen Unzufriedenheit wurden aufgegriffen, um den Unmut zu kanalisieren. Durch das Feststellen von Sündenböcken wird das Regime in seiner Ganzheit nicht in Frage gestellt, der Schah erscheint dabei als ein bisher Ahnungsloser, der sich nun energisch um die Angelegenheiten kümmern wolle.
Und in der Tat setzte eine groß aufgemachte „Anti-Korruptionskampagne" ein: Es wurden gegen mehrere hochgestellte Politiker, Staatsbedienstete und prominente Geschäftsleute Verfahren eröffnet, wobei einige auch in Haft genommen wurden. U.a. betraf dies aus dem vorletzten Kabinett unter Ministerpräsident Howeida den Handelsminister Mahdavi, den Landwirtschaftsminister Rouhani, aus dem letzten Kabinett unter Ministerpräsident Amusegar dessen Stellvertreter Etemad und den Gesundheitsminister Zadeh, und den bis zum Juni 1978 langjährigen SAVAK-Chef und anschließenden Botschafter in Pakistan Nassiri (FR 13.9., 15.9., 5.10. und 9.10.1978, LM 16.9.1978).
Offensichtlich steht die öffentliche Meinung den Maßnahmen jedoch sehr skeptisch gegenüber. Zum einen, weil unter dem Deckmantel der Korruptionsanklage inzwischen auch mißliebige Oppositionelle verhaftet wurden, und zum anderen weil die Korruption das System so durchdrungen hat, daß an der Echtheit des Willens der Regierung gezweifelt wird, die Korruption zu verfolgen, würde es doch letztendlich heißen, daß das Regime sich selber ins Gefängnis werfen müßte. So wird die Kampagne interpretiert als ein Versuch, die öffentliche Aufmerksamkeit von der augenblicklichen Repression abzulenken und bei einigen wenigen den Glauben an eine Reformierbarkeit des Systems zu erhalten LM 14.9.1978).
Am 17.9. vernichtete einer der schwersten Erdbeben dieses Jahrhunderts im Iran fast vollständig die im Osten des Landes liegende Stadt Tabas und 160 umliegende Dörfer. Es fanden mindestens 25.000 Personen in den zusammengestürzten Häusern den Tod (LM 19.9.1978, FR 23.9.1978). In der Presse tauchte die These auf, das Erdbeben sei möglicherweise durch eine unterirdische Kernexplosion am 15.9. in der UdSSR ausgelöst worden, ein eindeutiger Zusammenhang konnte jedoch nicht festgestellt werden (LM 20. 9.1978, FR 20.9.78).
Glaubte der Schah anfangs, durch eine Public Relations-Ralley durch das betroffene Gebiet, die politischen Beben der letzten Monate vergessen zu machen, so mußte er seine Hoffnung bald begraben: die Rettungs- und Hilfsmaßnahmen der iranischen Armee waren so kümmerlich, daß die Überlebenden zusammen mit den Mullahs aus Mesched großenteils selber die Toten bergen mußten und ihre Kritik am Regime nicht zurückhielten: „Verflucht sei der Schah" wurde in Sprechchören der Kaiserin Farah bei ihrem Besuch im Katastrophengebiet nachgerufen (Der Spiegel 25.9.1978, LM 20.9.1978, FR 22.9. 1978). Die Conföderation Iranischer Studenten (CIS) startete daraufhin eine eigene Hilfsaktion und bat in einem Aufruf um Geld- und Sachspenden und um Mitarbeit von Ärzten und Krankenschwestern.
Die Bevölkerung machte aus ihrer Ablehnung des Schah-Regimes auch weiterhin keinen Hehl. So blieb es im vom Militär besetzten Teheran zwar zunächst relativ ruhig, aber der Basar, das Haupteinkaufszentrum der Millionenstadt blieb wochenlang aus Protest geschlossen. Die Basaris, die Händler des Basars, sahen sich durch die Wirtschafts- und Preispolitik des Schahs in ihrer Existenz bedroht und gehörten seit längerem mit zu den heftigsten Gegnern des Regimes. Am 14.9. gab es nach einem Aufruf des Ayatollah Khomeiny aus seinem Exil, der von der iranischen Geistlichkeit übernommen wurde, als „Tag der nationalen Trauer" einen Generalstreik zum Gedenken der Toten vom Schwarzen Freitag (am 3.7. und vor allem 40. Tag nach dem Tod werden Gebete für die Ver-



Tausende begleiteten den Sarg eines von der Polizei erschossenen Demonstranten

storbenen gehalten). In den südlichen Volksvierteln der Hauptstadt wurde er 100-%-ig befolgt, während im mondänen Norden der Streik das Leben kaum beeinflußte. In Ghom blieben sogar trotz der Drohungen des dortigen Kriegsrechtsadministrators die öffentlichen Gebäude geschlossen. (FR 15.9.78, LM 14., 15. und 16.9.1978). Auf dem Hauptfriedhof von Teheran, Behescht Sahra, 15 km außerhalb der Stadt, wurde die Gedenkfeier der dort versammelten 40.000 Trauernden zu einer eindrucksvollen Demonstration gegen den Schah. In den Trauerreden riefen die Mullahs zum Durchhalten auf, und es wurden Sprechchöre wie „Tod dem Schah" und „Nur durch den bewaffneten Kampf können wir unsere Freiheit erhalten" gerufen. Die schwerbewaffneten Soldaten griffen nicht ein (LM 16.9.1978, FR 16.9.78).
Sprechchöre wie der letzte sind ein Anzeichen für die Verhärtung eines Teils der Opposition, die unter dem Eindruck der Kompromißlosigkeit des Schahs offensichtlich bereit ist, die Guerillabewegung, die ihre bewaffneten Aktionen seit gut einem Jahr zugunsten von politischer Tätigkeit eingestellt hatte, wieder aufleben zu lassen (LM 5.10.1978). So erschoß am 15.9. in Täbris ein als Soldaten verkleidetes Kommando sechs Offiziere einer Patrouille (LM 17.9.78, FR 18.9.78). Am 24.9. kam es zu einem Anschlag auf die iranisch-sowjetische Erdgasleitung, wodurch die Erdgaslieferungen an die UdSSR unterbrochen wurden (FR 25.9.1978). Und am 2.10. wurde der Polizeichef von Maschad, Hauptmann Samanipur, einer der Verantwortlichen für den Schwarzen Freitag, in seinem Wagen erschossen (Afrique Asie 16.10.78).
Ab dem 1.10. gab es überall im Iran Streiks zugunsten von Ayatollah Khomeiny: Der seit 1963 im irakischen Exil lebende 85-jährige Ayatollah Khomeiny, der als Symbol des kompromißlosen Kampfes gegen das Schah-Regime bei der Bevölkerung höchstes Ansehen genießt und dessen Aufrufe aus dem Exil zu hunderttausenden im Iran zirkulieren (LM 5.10.78), mußte den Irak verlassen. Auf iranischen Druck untersagten ihm die irakischen Behörden zuerst jegliche „Einmischung in iranische Angelegenheiten", stellten ihn dann als er sich nicht darum kümmerte, unter Hausarrest und isolierten ihn nach außen, um ihn schließlich abzuschieben, zuerst nach Kuwait, wo er aber an der Grenze zurückgewiesen wurde, dann am 6.10. nach frankreich (Pressemitteilung der United Islamic Students Association v. 25.9.1978, LM 27.9.1978, FR 6. und 9.10.1978). Khomeiny hat sich noch nicht entschieden, wohin er sich wenden wird. Nachdem ihm und den im Ausland lebenden Studenten, die an Demonstrationen gegen den Staat teilgenommen haben, die iranische Regierung eine Amnestie versprochen hat (FR 3.10.1978) (wie ernst dies allerdings angesichts der weiterhin nicht erfolgten Amnestie für alle politischen Gefangenen und der Verhaftungswelle im Iran zu nehmen ist, muß sich erst noch zeigen), soll er augenblicklich einer Rückkehr in den Iran nicht mehr grundsätzlich ablehnend gegenüberstehen (Die Zeit 13.10.1978).
Die Streiks gegen die Maßnahmen der iranischen Regimes gegen Khomeiny wurden trotz der Warnungen der Kriegsrechtsbehörden tagelang im ganzen Lande befolgt. Bei den damit verbundenen Demonstrationen erschoß und verletzte die Polizei in den nicht unter dem Kriegsrecht stehenden Städten Kermanschar, Amol, Dorud, Sanjan, Rezaijeh, Dezful, Schahabad und Arbul viele Menschen (FR 3., 6. und 10.10.78, Die Zeit 6.10.78, Afrique Asie 16.10.1978).
Gleichzeitig begann ein Arbeitskampf um höhere Bezahlung (die Regierung hatte zunächst nur eine noch unter der Inflationsrate liegende Anhebung der Gehälter im öffentlichen Dienst von 12,5 % zugesagt) und bessere Sozialleistungen. Die Streikwelle schwoll Mitte Oktober noch weiter an und umfaßte bis dahin Ingenieure und Techniker des Post- und Fernmeldewesens, Angestellte der Nationalbank, der staatlichen Versicherungsgesellschaft und einiger Ministerien, die Mitarbeiter des Statistischen Amtes, die Arbeiter der staatlichen Erdölfirma NIOC, die Angestellten der staatlichen Fluggesellschaft Iran Air, die Eisenbahner, Bediensteste in einigen Krankenhäusern, die Arbeiter des Stahlwerks von Isfahan (das daraufhin vom Militär abgeriegelt wurde), und viele private Unternehmen (Die Zeit 6. und 13.10.78, HB 4., 10. und 12. 10.78, FR 9.10.78).
Mit Beginn des akademischen Jahres kamen Solidaritätsstreiks von Schülern und Studenten hinzu. Der Polizei- und Militäreinsatz gegen die von ihnen trotz des Kriegsrechts veranstalteten Protestmärsche in Teheran, Maschad, Schira und Täbris forderten mehrere Menschenleben (Die Zeit 13.10.1978, HB 10.10.78, FR 10.10.78).
Zwischendurch streikten auch die Zeitungen, weil die Redakteure einer offiziellen Zensur in der Form der Genehmigung jedes zu druckenden Artikels durch die Kriegsrechtsbehörden unterworfen werden sollten. Die Regierung setzte sich jedoch gegen die Militärs durch und beließ es bei der indirekten Form der Selbstzensur durch drohende Verhaftungen (FR 13.10.78).
Am 16.10., 40 Tage nach dem Schwarzen Freitag, wurde ein Generalstreik landesweit befolgt. In mehreren Städten kam es dabei zu Straßenkämpfen von Soldaten und Polizisten mit Demonstranten. Nach einer vorläufig jedoch noch mit Vorsicht zu genießenden Meldung des „Kayhan International", die die FR wiedergab, soll es auch zu Zusammenstößen zwischen Anhängern und Gegner von Ayatollah Khomeiny gekommen sein (FR 18.10.78).
Die finanziellen Forderungen der öffentlichen Bediensteten stellen die Staatskasse vor große Probleme; die Erdöleinnahmen, die den weitaus größten Teil des Budgets ausmachen, reichten sowieso nicht mehr aus, um die hohen Militärausgaben, die Prestigeobjekte und die durch die Mißwirtschaft in roten Zahlen arbeitenden Staatsbetriebe zu decken, so daß der Staat auf dem internationalen Kapitalmarkt wieder Anleihen aufnehmen mußte. Hinzu kommt, daß durch den Dollarverfall die auf Dollarbasis abgerechneten Erdöleinnahmen real gesunken sind. So müssen die jetzt der Regierung abgerungenen Lohnerhöhungen voraussichtlich über Kürzungen im „Verteidigungs"haushalt und durch Streckungen beim Kernkraftwerkbau finanziert werden (Die Zeit 13.10.1978, HB 11.10.1978). Die Kapitalflucht nahm derweil ungeahnte Ausmaße an; Während die reichen Iraner „normalerweise jährlich ca. 15 Mrd. DM (ungefähr ein Zehntel des Nationaleinkommens) ins Ausland tranferieren (SZ 16./17. 9. 78), so waren es in den ersten drei Wochen im September alleine 2 Mrd. DM (LM 27.9. 1978).
Die politischen Strukturen des Schah-Regimes zerflossen währenddessen auch weiter: die ehemalige Einheitspartei „Rastakhiz" hat sich wegen ihrer Einflußlosigkeit auf die Bevölkerung aufgelöst, nachdem sich schon vorher der sogenannte „Progressive Flügel" innerhalb der Partei um Erziehungs- und Wissenschaftsminister Nahavandi in eine neue Partei transformiert hatte: „Partei der neuen Gesellschaft" (LM 3.10.1978).
Und das Kabinett von Scharif Emami zerbröckelt auch langsam: Ohne Angabe von Gründen trat der Hofminister (d.h. persönliche Berater des Schahs) und langjährige ehemalige Ministerpräsident Howeida zurück (LM 13.9.1978). Ihm folgte wegen Auseinandersetzungen im Kabinett der Gesundheitsminister Mojdehi (Die Zeit 13.10.78).
Der Versuch des Schahs, durch den Ministerpräsidenten Scharif Emami ein Stillhalten, wenn nicht gar eine Zustimmung der gemäßigten schiitischen Oppositionellen, wie z.B. von Ayatollah Schariat Madhari, zu erreichen, ist völlig fehlgeschlagen. Emami erfährt keinerlei Unterstützung und basiert die Amtsgeschäfte lediglich auf die Panzer der Armee. Von daher ist ein Wechsel im Amt des Ministerpräsidenten für die nächste Zeit zu erwarten. Für nicht ausgeschlossen gilt diesmal die Einsetzung einer Militärregierung (LM 5.10.78, Die Zeti 13.10.1978).

S. R.

Brasilien

ZUR BRASILIANISCHEN NUKLEARPOLITIK

1. Umfang des deutsch-brasilianischen Atomvertrages

Am 27.6. 1975 wurde zwischen Deutschland und Brasilien ein Vertrag über die Lieferung von Kernenergieanlagen geschlossen, der bald als ein Jahrhundertgeschäft und als der Grundstein einer eigenständigen brasilianischen Nuklearpolitik bezeichnet wurde.
Dieser Vertrag umfaßt folgende Anlagen, deren Gesamtkosten 1975 auf über 10 Milliarden Dollar geschätzt wurden:

1) Acht Kernkraftwerke vom Typ Biblis mit einer Gesamtleistung von 10 000 Megawatt (MW). Gemäß Vertragswerk soll das erste von ihnen 1983 den Betrieb aufnehmen; das letzte 1990.
Im Gegensatz zu dem ersten brasilianischen Kernreaktor, bei dem die Lieferfirma Westinghouse (USA) alle technischen Geheimnisse streng hütete, sieht der Vertrag vor, daß die Siemens-Tochtergesellschaft Kraftwerksunion (KWU) ihre nukleare Technologie dem brasilianischen Partner Nuclebras zugänglich macht. Auf diese Weise soll der Bau der Kernkraftwerke schrittweise nationalisiert werden (1). Für später denkt Brasilien sogar an den Export von Kernkraftwerken (3; S. 279).

2) Zu diesem Zweck soll von der österreichischen Staatsfirma Vöest, der Gutehoffnungshütte und der KWU in Itaguai eine Reaktorfabrik errichtet werden, und zwar so zügig, daß sie schon für den dritten der acht geplanten Reaktoren Teile liefern kann (2, S. 126).

3) Ebenfalls vorgesehen ist eine Anlage zur Anreicherung von Natururan, die nach dem bisher noch nicht erprobten Trenndüsenverfahren arbeiten soll.

4) Schließlich ist auch noch eine Wiederaufbereitungsanlage geplant, die laut offiziellen Erklärungen die Funktion hat, die abgebrannten Brennelemente so zu verarbeiten, daß der Atommüll ausgeschieden werden kann und die noch verwertbaren Substanzen der weiteren Verarbeitung zugeführt werden können.
Gerade gegen die Lieferung solch einer Anlage an Brasilien gab es starke internationale Proteste (insbesondere durch die Regierung der USA unter Jimmy Carter), denn bei der Wiederaufbereitung der Brennelemente fällt auch Plutonium an, aus dem sich ohne technische Schwierigkeiten Atombomben herstellen lassen.

Laut brasilianischen Plänen sollen diese Anlagen nur den Grundstock legen für eine wesentlich größere Anzahl von Reaktoren, die in eigener Regie errichtet werden sollen: Bis zum Jahr 2000 sollen nach Planungen der brasilianischen Gesellschaft Nuclebras 60 Reaktoren 75 000 Megawatt liefern (4). (Zum Vergleich: 1976 hatten die gesamten Kernkraftwerke der BRD eine Leistung von knapp 10 000 MW).

2. Schwierigkeiten beim Bau der Reaktoren

In der Bucht von Itaorna im Südosten Brasiliens sollen die beiden ersten Reaktoren aus der BRD gebaut werden. In dieser Bucht wurde schon 1970 mit dem Bau des aus der USA gelieferten Reaktors Agra 1 begonnen, Letzterer sollte 1978 in Betrieb gehen; doch der Untergrund hielt den Belastungen nicht stand; es traten Risse im Beton auf und die Hauptwelle zum Generator verkantete sich. Als Ursache ergab sich: „Das Reaktorgebäude war nicht auf hartem Untergrund, sondern auf einem gewaltigen Felsblock errichtet worden, der von sandiger Erdmasse umgeben ist und sich langsam in Richtung Meer bewegt" (1).
Diese Erfahrung führte dazu, daß für die aus der BRD gelieferten Reaktoren wesentlich umfangreichere Fundamente erstellt werden als ursprünglich geplant: Allein für das erste Reaktorgebäude sollen etwa 1000 Pfähle aus Beton etwa 40 bis 80 Meter tief in den Boden gebracht werden; jeder mit einem Durchmesser von 1,2 Meter. Dadurch erhöhen sich nicht nur die Baukosten (jeder Pfahl kostet bis zu einer Viertelmillion Dollar; 2, S. 126), sondern es entsteht auch eine erhebliche zeitliche Verzögerung; Ursprünglich hoffte man, monatlich 40 Pfähle fertigzustellen und damit die Verzögerung auf 2 Jahre zu begrenzen. Tatsächlich bringt man es aber nur auf knapp 20 Pfähle pro Monat (1). Das anfängliche Ziel, die ersten beiden Reaktoren bis 1983/84 fertigzustellen, wird daher sicher nicht erreicht. Ein Ingenieur vor Ort meinte, allenfalls ein Reaktor sei bis Mitte des nächsten Jahrzehnts zu schaffen, aber auch das nur „mit Ach und Krach" (2, S. 127).
Neben der Fundierung gibt es auch noch andere Schwierigkeiten: So tritt z.B. der Rost im tropischen Klima von Itaorna besonders schnell auf. Das hat u.a. zur Folge, daß die Röhren des Kühlwassersystems von Angra 1 schon ausgewechselt werden müssen, bevor der Reaktor in Betrieb geht (1).
Diese und andere Schwierigkeiten treiben die Kosten in die Höhe: „Im Jahre 1975 hatte man die Baukosten eines Kernkraftwerks auf etwa 500 Dollar pro Kilowatt installierter Leistungskapazität berechnet (1000 Kw = 1 MW). Damit wären solche Anlagen im Vergleich zu den brasilianischen Wasserkraftwerken tatsächlich konkurrenzfähig gewesen. Aber der Preis ist in den letzten drei Jahren auf ein Mehrfaches gestiegen, was zum Teil einem weltweiten Trend entspricht und zum anderen Teil auf die besonders schwierigen Umstände ... zurückzuführen ist. Zuverlässige Quellen schätzen den Kilowattpreis (der installierten Kapazität) gegenwärtig auf weit über 2000 Dollar, womit die Gesamtkosten des deutsch-brasilianischen Nuklearprogramms auf mindestens 30 Milliarden Dollar zu stehen kämen" (1).

Nach Berechnungen des ehemaligen Direktors der Elektrizitätsfirma Furnas, die die Reaktoren in Auftrag gab, werden diese Kraftwerke so teuer, daß sie nur dann rentabel zu betreiben sind, wenn die brasilianischen Strompreise um 300 % erhöht werden (2, S. 127).
Es stellt sich daher die Frage, ob Brasilien, das dem Ausland derzeit 38 Milliarden Dollar schuldet und das schon jetzt zwei Drittel der Exporterlöse für Zinsen und Tilgungen aufwendet, die Reaktoren überhaupt bezahlen kann. Es erscheint zumindest vom ökonomischen Standpunkt aus unsinnig, daß Brasilien derzeit die Ausgaben für die (preisgünstigen) Wasserkraftwerksprojekte drosselt, um die Arbeit an den Atommeilern bezahlen zu können (1).
Als Konsequenz aus den bisherigen Erfahrungen erschiene es logisch, daß Brasilien das Kraftwerksgeschäft drastisch reduziert. In diesem Sinne meldete der Spiegel am 18.9.1978, der Plan für den zweiten BRD-Reaktor in der Bucht von Itaorna sei fallengelassen und Brasilien sei daran interessiert, den Bau der Reaktoren erheblich zu verzögern (2, S. 129). Diese Meldung wurde jedoch inzwischen von der brasilianischen Regierung dementiert.
Es bleibt also die Frage, warum Brasilien trotz allem an seiner Nuklearpolitik festhält. Ohne eine abschließende Antwort geben zu wollen, werden dazu im folgenden Abschnitt Gründe genannt, die in diesem Zusammenhang von Bedeutung sind. bzw. sein können.

3. Hintergründe der Nuklearpolitik Brasiliens

Energiepolitische Aspekte

Da Brasilien lange Zeit dem Straßenbau und der Automobilindustrie Priorität zugemessen hat (im Gegensatz von z.B. der Eisenbahn) stellen die fossilen Energiequellen (insbesondere Öl) derzeit einen großen Anteil am Gesamtenergieverbrauch, der sich aber nicht wirtschaftlich durch elektrische Energie ersetzen läßt.
Da Kernreaktoren ihre Energie aber in Form von Elektrizität (oder Wärme) abgeben, sind sie nicht in der Lage, den Erdölbedarf Brasiliens wesentlich zu verringern und damit das Land von Erdölimporten unabhängig zu machen (denn Elektroautos sind für große Entfernungen unwirtschaftlich).

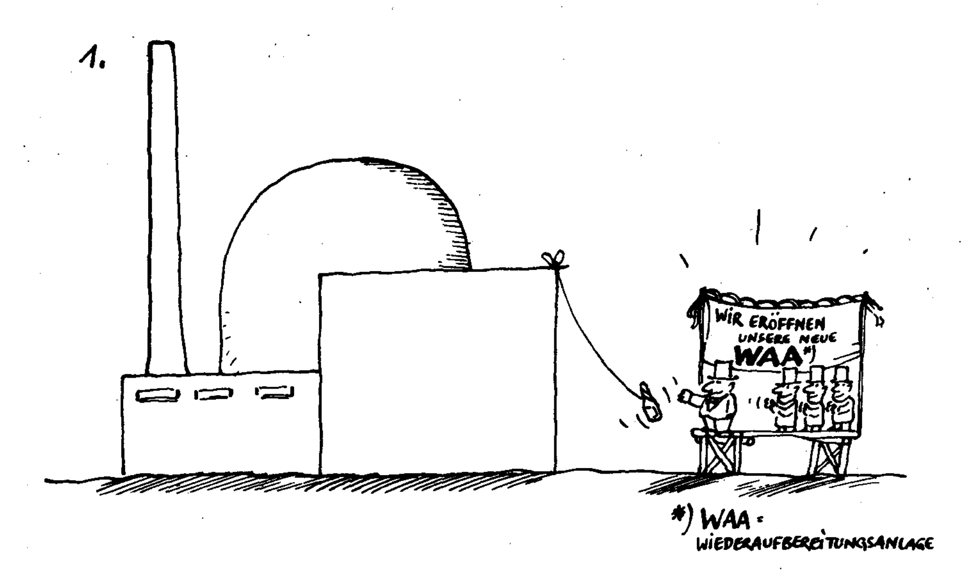


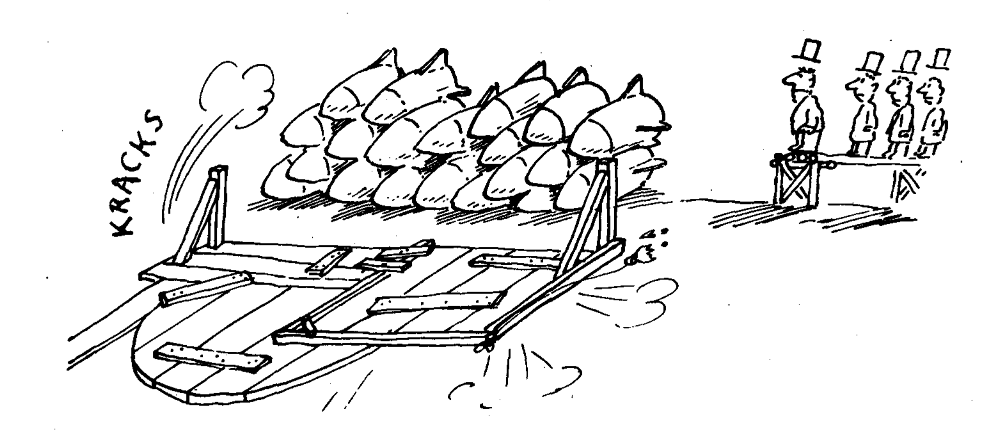
Baustelle des KWU-Reaktors bei Itaorna

Derzeit liefert in Brasilien die Wasserkraft über 90 % des gesamten elektrischen Energieangebots; und dabei ist die aus Wasser zu gewinnende Energie erst zu einem Sechstel ausgeschöpft (3, S. 285). Schätzungen gehen dahin, daß im Amazonasbecken noch über 100 000 Megawatt Wasserkraftleistung erschlossen werden können (1). Allein das im Bau befindliche Wasserkraftwerk Itaipu an der brasilianisch-paraguayischen Grenze soll mit 12 600 Megawatt mehr elektrische Energie liefern als alle acht im deutsch-brasilianischen Vertrag geplanten Reaktoren zusammen (5).
Großkraftwerke wie das von Itaipu (und auch wie der Assuan-Staudamm in Ägypten) haben häufig negative ökologische Folgen (vgl. „blätter...", Nr. 65). Diese lassen sich jedoch vermeiden, wenn die Wasserkraft durch eine Reihe von kleinen Kraftwerken dezentral genutzt wird.
Energiepolitisch sind die geplanten Kernkraftwerke also nicht notwendig: Selbst wenn in Zukunft ein großer Bedarf an elektrischer Energie aufträte, so könnte es in Brasilien durch die Erschließung der Wasserkraft gedeckt werden, und zwar billiger, ohne ernsthafte technische Schwierigkeiten und ohne ökologische Risiken.

Wirtschaftspolitische Aspekte
Die starken Preiserhöhungen für Erdöl nach 1973 trafen Brasilien schwer: von 1972 bis 1975 stieg die Menge des importierten Erdöls um 46 %; die dafür benötigten Devisen erhöhten sich aber um fast 200 % (3; S. 281). Damit war das Wirtschaftsprogramm der Regierung gefährdet. Um trotzdem auch in der Zukunft das bisherige Wirtschaftswachstum fortführen zu können, strebte die Regierung ein hohes Maß an Autarkie auf dem Energiesektor an und wählte dazu die Kernenergie. Aufgrund der starken Preissteigerungen (s.o.) werden die brasilianischen Atomreaktoren jedoch sicher unwirtschaftlicher arbeiten als Wasserkraftwerke.
Damit bleiben als positive wirtschaftliche Aspekte nur noch diejenigen positiven Auswirkungen, die sich bei der Produktion von Kernkraftwerken und deren evtl. Export ergeben können. Doch auch in dieser Hinsicht ist mittelfristig kein Vorteil in Sicht: Die Reaktorfabrik, die derzeit bei Itaguai entsteht, droht ein höchst unrentables Unternehmen zu werden. Dahersucht die Firma Nuclebras, die diese Fabrik in Auftrag gab, derzeit andere Verwendungszwecke für die noch im Bau befindliche Fabrik (1).

Außenpolitische Aspekte
Bei der Frage nach dem brasilianischen Kernenergieprogramm muß auch das Konkurrenzverhältnis zwischen Argentienien und Brasilien berücksichtigt werden:
Argentinien hat schon relativ früh begonnen, Nuklearforschung zu betreiben. Schon 1973 konnte es seinen ersten (importierten) Reaktor (319 mW) in Betrieb nehmen. Daneben hat das Land ein Kooperationsabkommen mit dem Iran geschlossen und so ein Beispiel für einen bilateralen Vertrag unterhalb der Schwelle der Atommächte geliefert (3, S. 282). Außerdem unterstützt Argentinien Peru beim Bau eines Forschungsreaktors und bei der Planung eines kleinen Kernkraftwerks (10 MW) (5). Insgesamt hat also Argentinien gegenüber Brasilien einen deutlichen Vorsprung im Bereich der Kernenergienutzung und -technologie.
Inwieweit dies Einfluß auf die brasilianische Nuklearpolitik hat bzw. hatte, läßt sich hier nicht detailliert angeben. Aber es ist schwer vorstellbar, daß die fortschrittsgläubigen Technokraten Brasiliens untätig zusehen, wie sich das kleinere Nachbarland Argentinien die prestigeträchtige Nukleartechnologie aneignet.





Militärische Aspekte
Die bisher genannten Argumente können kaum begründen, warum sich Brasilien ein Energieversorgungssystem aufbaut, das das Land noch tiefer in die finanzielle Abhängigkeit bringt, wenn dies System nicht noch auf einem anderen Gebiet etwas leistet, das das billigere System (Wasserkraft) nicht vermag. Dies spricht dafür, daß Brasilien mit dem Kernenergieprogramm massiv militätirsche Ziele (Atombombe) anstrebt. Da derartige Sachverhalte streng geheim gehalten werden, kann diese Vermutung hier nicht im einzelnen belegt werden (vgl. 8). Jedoch weisen einige, der Öffentlichkeit bekannte Tatsachen auf die Richtigkeit dieser Vermutung hin. Zum einen: Die Einwände der brasilianischen Physiker gegen das Nuklearabkommen wurden stets ignoriert und quasi als Landesverrat gebrandmarkt (1; vgl. dazu auch 7). Zum zweiten: Bei der Planung und Durchführung des Nuklearprogramms sind deutlich mehr Militärs beteiligt, als bei der Entscheidung sonstiger ökonomischer Fragen (3, S. 283).

4. Schluß
Es wurde hier die Vermutung begründet, daß das brasilianische Nuklearprogramm nicht in erster Linie dazu dient, der Wirtschaft Energie zur Verfügung zu stellen. Sondern dies Programm läßt sich nur dann erklären, wenn man das Prestige, das die Nukleartechnologie derzeit (noch?) besitzt, und die militärischen Nutzungsmöglichkeiten (Atombombe) berücksichtigt.

wawi

Quellen
1) Rey, R.: Teure Kernkraft in Brasilien, FR, 13.9.1978
2) Atomgeschäft: Milliarden-Pleite in Brasilien? Spiegel 18.9.78
3) Moltmann, B.: Vergessene Vergangenheit – brisante Gegenwart – ungewisse Zukunft, der Deutsch-Brasilianische Atomvertrag (1975); in: Lienemann, W.; u.a. (Hrsg.): Alternative Möglichkeiten für die energiepolitik, Materialien zum Gutachten, Band 2, Heidelberg 1977, S. 269 - 290
4) Die Zeit 3.3.78
5) Die Welt 23.7.77
6) NZZ 29.7.78
7) Rey, R.: Brasiliens Physiker gegen Abkommen mit Bonn, in: Technologie und Politik Nr. 4, RORO Nr. 1945; Reinbek 1976 S. 104 - 107
8) Klein, P.: „Laßt uns doch die Atombombe bauen!" in: Das deutsch-brasilianische Atomgeschäft, herausgegeben von ai, AGG, BBU, Köln u.a. 1977; S. 29 - 38.

Peru

Der Streik der Bergarbeiter

Am 4.8.78 traten in den Minengebieten Zentral- und Südperus über 40 000 Bergarbeiter in einen unbefristeten Streik und legten damit Perus Kupferförderung fast völlig lahm. Die Streikenden verlangten die Wiedereinstellung von 320 Kollegen, die 1977 bei einem Arbeitskampf entlassen worden waren, und eine Lohnerhöhung von 25 %, durch die die rapide Steigerung der Lebenshaltungskosten (nach offiziellen Statistiken etwa 50 % im Jahr) aufgefangen werden soll (NZZ, 24.8. 1978).

Zur Unterstützung ihrer Forderungen m arschierten etwa 5 000 Bergarbeiter und 3 000 Familienangehörige nach Lima, besetzten dort das Gelände der medizinischen Hochschule und führten zahlreiche Demonstrationen und Veranstaltungen durch (Guardian, 6.9.).

Für die peruanische Staatskasse bedeutete dieser Streik täglich einen Devisenverlust von etwa 5 Millionen DM (NZZ, 17.8.). Dies ist insbesondere deshalb bedeutsam, weil die Kupferförderung etwa 70 % der Exporteinnahmen einbringt und weil Peru bei etwa 8 Milliarden Auslandsschulden die deviseneinnahmen aus dem Erzexport dringend benötigt. Daher ist die Reaktion der Regierung zu erklären: Zwar schritt sie anfangs (aus Furcht vor größeren Unruhen) bei den Bergarbeiterdemonstrationen in Lima nicht ein (Guardian, 6.9.). Nach zwei Wochen Streik rief sie in Mittel- und Südperu den Notstand aus: damit wurde u.a. die Versammlungsfreiheit aufgehoben. und es konnten Wohnungen durchsucht und Verhaftungen ohne richterliche Anordnung vorgenommen werden (NZZ, 24.8.). Als diese Maßnahmen keinen Erfolg zeigten, bot die Regierung den Streikenden an, sich bei der Firmenleitung für die Hauptforderung (Einstellung der Entlassenen) einzusetzen (AK, 4.9.); doch der Präsident der Minengesellschaft (Southern Peru Copper C.) weigerte sich strikt, dieser Forderung nachzukommen (Guardian, 6.9.). Unter dem Druck der Devisenverluste setzte die Regierung den Streikenden ein Ultimatum (FR, 1.9.). Als dies nicht befolgt wurde, ließ sie am 5.9. mit Waffengewalt das Gelände der medizinischen Hochschule stürmen, die Arbeiter in Waggons verladen und in die Bergbaugebiete zurücktransportieren (Guardian, 20.9.; FR 8.9.).

Abkürzungen für verwendete Quellen

NfA	:	Nachrichten für Außenhandel
FR	:	Frankfurter Rundschau
FAZ	:	Frankfurter Allgemeine
BdW	:	Blick durch die Wirtschaft
SZ	:	Süddeutsche Zeitung
NZZ	:	Neue Zürcher Zeitung (Zürich)
FEER	:	Far Eastern Economic Review (Hongkong)
LM	:	Le Monde (Paris)
Habla	:	Handelsblatt
DWMD	:	Deutsche Welle – Monitor Dienst
IHT	:	International Herald Tribune (Paris)
FT	:	Financial Times (London)
Guard.	:	The Guardian (New York)
AfAs	:	Afrique-Asie (Paris)
JAF	:	Jeune Afrique (Paris)

Damit war dieser Streik beendet; doch die Kämpfe gegen Entlassungen gehen weiter: Am 10.9.1978 traten 20 000 Bankangestellte in den Streik, um neben höheren Löhnen die Wiedereinstellung von 76 entlassenen Gewerkschaftsführern zu fordern (FR, 11.9.).

wawi

Entwicklungspolitik der BRD

Schuldenerlaß bleibt Farce

Die Bundesregierung und das Ministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit (BMZ) versuchen derzeit, ihr angeschlagenes entwicklungspolitisches Image in der Öffentlichkeit etwas aufzubessern: Anfang Oktober wurde beschlossen, den ärmsten Ländern ihre öffentlichen Schulden zu erlassen und zukünftige Leistungen gleich in der Form von Geschenken zu gewähren. Der Sudan ist der erste Nutznießer dieser neuen Aktion.

Der Schuldenerlaß ist eine sehr wichtige und schon vor langer Zeit aufgestellte Forderung der Länder der Dritten Welt. Denn der riesige Schuldenberg steht den Bemühungen der Dritten Welt um Entwicklung und Unabhängigkeit in zweifacher Hinsicht entgegen. Einmal erfordern Rückzahlungs- und Zinsverpflichtungen einen ständigen Abfluß von Kapitalmitteln, die dann im eigenen Lande fehlen. Zum anderen bedeutet Verschuldung immer auch Abhängigkeit, da man sich den Bedingungen der Kreditgeber beugen muß, um an das Geld heranzukommen.

Ist man nun im BMZ neuerdings dazu übergegangen, Forderungen der Dritten Welt zu erfüllen und eine fortschrittliche Entwicklungspolitik zu betreiben? Leider nein, denn eine genauere Analyse fördert hinter dem schönen Schein die klägliche Wirklichkeit zu Tage.

- Die Bundesrepublik konnte sich zu dem nun vollzogenen Schritt erst nach massivem Druck von Seiten der westlichen Partnerländer entschließen. Großbritannien, Kanada, Niederlande, Norwegen, Schweden und Schweiz haben ähnliche Maßnahmen bereits vor einiger Zeit beschlossen. Auf der Jahresversammlung der kapitalistischen internationalen Finanzorganisationen IWF und Weltbank im September war die BRD wegen ihrer unflexiblen Haltung und ihrer geringen Entwicklungsanstrengungen ins Kreuzfeuer der Kritik sowohl der Industrie- als auch der Entwicklungsländer geraten und sah sich genötigt, den Schuldenerlaß zu versprechen, der im übrigen genau dem Beschluß der UNCTAD-Konferenz vom März dieses Jahres entspricht (vgl. 'Blätter' Nr. 69) und nur nach Prüfung des Einzelfalls gewährt wird.

Der Schuldenerlaß gilt lediglich für die 30 von der UNO so bezeichneten „am wenigsten entwickelten Länder" (LLDC) und hier wiederum nur für deren öffentliche Schulen, die sowieso schon wegen der sehr langen Laufzeiten und geringen Zinsen einen hohen Geschenkanteil aufweisen, wenn man sie mit kommerziellen Krediten vergleicht. Der Schuldenerlaß betrifft insgesamt 4,3 Mrd. DM an Krediten, die innerhalb der nächsten fünfzig (!) Jahre fällig geworden wären. Das sind nur 6 % der Gesamtverschuldung der Entwicklungsländer gegenüber der BRD in Höhe von 76 Mrd. DM. Die tatsächliche jährliche Belastung für den Bundeshaushalt liegt für 1978 bei nur 43 Mill DM und wird in den zukünftigen Jahren etwa 80 Mill. DM pro Jahr betragen. Aus den in der Presse großspurig genannten 4 Mrd. Schulenerlaß werden also ganze 80 Mill. jährlicher Belastung für das BMZ.

- Diese lächerlich geringen Mittel werden noch nicht einmal zusätzlich zur Verfügung gestellt, sondern auf den normalen BMZ-Etat angerechnet, gehen also zwangsläufig zu Lasten anderer Bereiche der Entwicklungshilfe. Die BRD kommt also dem von der UNO gesetzten Ziel, 0,7 % der Sozialprodukte bereitzustellen, kein bißchen näher (HB 5.10.1978, Nachrichten für den Außenhandel 6.10.1978).

sth

Neuer

April 1978

Langer Marsch

Zeitung für eine neue Linke

34

Dirk Müller
Lebensreform, gesellige Robinsonaden, Reise nach innen

Siegward Lönnendonker
Von wegen Strand unter dem Pflaster

Jürgen Bacia
Dieter Duhm, die AAO und die undogmatische Linke

Tilman Fichter / Lönnendonker
zitty – und kein Ende

Angelika Menne
Wahlen in Frankreich

Bernd Rabehl
Der Streit um das Erbe

Rudolf Steinke
Italien-Politik der verbrannten Erde

Kontroverse:
Warum steht der SB-HGler im Nebel wie kommt er da wieder heraus

Gedichte

. . . und vieles mehr



Neuer

Langer Marsch

Zeitung für eine neue Linke

„Die politische Handlungsfähigkeit der Neuen Linken gesellschaftlich relevant wieder herzustellen, dazu wollen wir einen Beitrag leisten. Die offene und breite Diskussion soll auch die linken Sozialdemokraten, die linken Christen und all die anderen, die an einer sozialistisch-demokratischen Veränderung der Gesellschaft interessiert sind, mit einschließen."

Erscheint 10 mal im Jahr im Zuckererbsenverlag Berlin, Herstellung und Vertrieb-SOAK Hannover, Einzelheft 2,–

Inhalt der letzten 4 Hefte:

Nr. 33, Februar 78
Schwerpunktthema Russell-Tribunal, Gollwitzer-Brief, Streitgespräch Fichter Narr, Wesel, Kirche und Staat, literarische Texte.

Nr. 34, April 78
Schwerpunktthema Fluchtbewegung, Wahlen in Frankreich, Italien - Politik der verbrannten Erde, Gedichte.

Nr. 35, Juni 78
Schwerpunktthema Gewerkschaften, Kritik an der KPF, Russell-Tribunal-Rückblick, Filmkritik - Redupers.

Nr. 36, Juli 78
Schwerpunktthema Alternative Listen, Wahl-Rausch, Anmerkungen zu Hans Filbinger, der afrikanische Traum, Shaba, Konflikt - Vietnam-Kampuchea, Neofaschismus in Frankreich.

MEXIKO

Elend der Bauern nach 60 Jahren Mexikanischer Revolution

Zur Mexikanischen Revolution

Mexiko vor der Revolution

Für das Verständnis von Geschichte und Gegenwart Mexikos ist die Revolution von zentraler Bedeutung (1). Durch sie wurden wichtige Grundlagen für die weitere gesellschaftliche Entwicklung des Landes gelegt. So gilt die Revolution allgemein als Grund für die, im Vergleich zu anderen lateinamerikanischen Staaten, relativ hohe wirtschaftliche und politische Stabilität des Landes in den darauffolgenden Jahrzehnten.
Auch heute spielt die Revolution noch eine Rolle. Die Berufung und Verwaltung der revolutionären Tradition durch die amtierende institutionalisierte Revolutionspartei (PRI) dient heute vor allem zur Rechtfertigung einer alles anderen als revolutionären Praxis.

Die 1910 beginnende Revolution beendete die Diktatur von Porfirio Diaz. Das System unter Diaz war durch die Vorherrschaft einer großgrundbesitzenden Oligarchie und einer kleinen Gruppe um den Diktator gekennzeichnet. Um einen kapitalistischen Modernisierungsprozeß in Gang zu setzen, wurde ausländisches Kapital ins Land geholt (2) und der noch vorhandene bäuerliche Kleinbesitz verstärkt enteignet.
Während es in der Zeit vor Diaz zu einem stetigen Zerfall des Staates kam, der von wechselnden Gruppierungen der Oberschicht zur Austragung persönlicher Konflikte und zur privaten Bereicherung benutzt wurde, gelang es dem Diktator nun, die Staatsmacht zu festigen, nicht zuletzt durch den Ausbau des staatlichen Kontrollapparates. Zusammen mit dem Ausbau des Eisenbahnnetzes bildeten diese Maßnahmen die Grundlage für einen gewissen wirtschaftlichen Aufschwung, der allerdings nur die exportorientierte Landwirtschaft und Industrie umfaßte, während die für den heimischen Konsum bestimmten Bereiche der Landwirtschaft (Getreide) stagnierten.
Besonders die bäuerliche Bevölkerung bekam die negativen Auswirkungen des kapitalistischen Modernisierungsprozesses zu spüren.

Die Lage der ländlichen und städtischen Unterschichten vor der Revolution

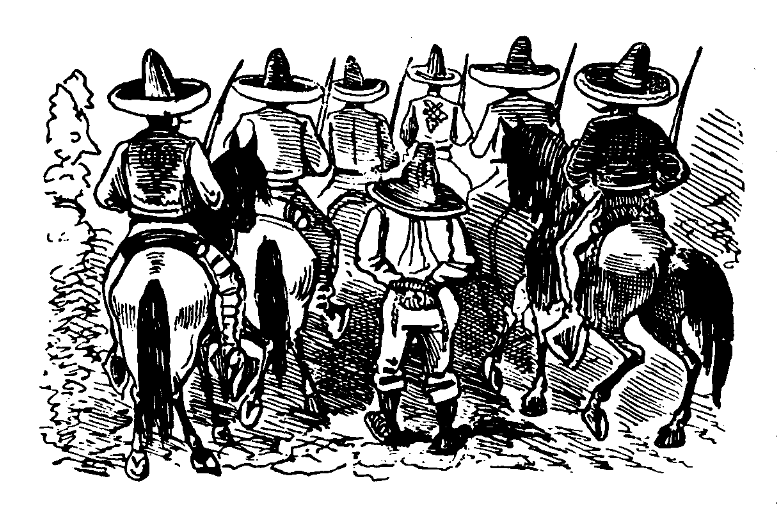
Obwohl sich ab der Jahrhundertwende ein Verstädterungsprozeß abzeichnete, lebten 1910 noch über 70 % der Bevölkerung (Gesamtbevölkerung 15 Mio.) im Agrarbereich. Allgemein hatte sich die Lage der indianischen und bäuerlichen Bevölkerung nach der Unabhängigkeit von Spanien zunächst eher verschlechtert als verbessert. Die Republik, äußeres Zeichen der errungenen Freiheit und des Fortschrittes, bot der Mehrheit der Agrarbevölkerung wenig Garantien.
Das mexikanische Säkularisationsgesetz aus dem Jahre 1856, hauptsächlich gegen die Besitztümer der Kirche gerichtet, hatte negative Auswirkungen auf das indianische Gemeindeeigentum, da es öffentlichen Institutionen, zu denen auch das indianische System der „calpulli" oder „ejidos" gezählt wurden, den Besitz von Grundgütern verbot (zu den Begriffen vgl. den Artikel über die Landreform).

Die Privatisierung der kommunalen Ländereien, die auf zum Teil erbitterten Widerstand der indianischen Bevölkerung stieß, wurde durch die von der Regierung Porfirio Diaz erlassenen Kolonialgesetze von 1875 und 1883 weiter beschleunigt. Diese Gesetze sollten die Schaffung größerer Anbaugebiete und die Ansiedlung ausländischer Farmer ermöglichen. Es wurden zu diesem Zweck Vermessungsgesellschaften gegründet, um das brachliegende Land aufzuteilen, worunter besonders die Ländereien der Indios fielen, die keine vollständigen Rechtstitel nachweisen konnten. Nachdem bereits der größte Teil des Kirchenbesitzes in den 50er Jahren des 19. Jahrhunderts in Großgrundbesitz verwandelt worden war, verschärfte sich der Konzentrationsprozeß nun stark zuungunsten des indianischen Gemeineigentums. Eine Folge der Konzentration des Grundbesitzes bestand in einer stärkeren Polarisierung der Agrarbevölkerung. Ehemals unabhängige Bauern wurden zu Landarbeitern (peones) oder Halbpächtern und damit stärker von den Hacienda-Besitzern abhängig. 1910 waren etwa 82 % der Landgemeinden zu Hacienda-Dörfern geworden, während es noch etwa 16 % freie Dörfer gab, in denen sich die traditionelle Form des Gemeineigentums gehalten hatte. Nach der Volkszählung von 1910 standen 1000 Großgrundbesitzern etwa 9 Mio. landlose Bauern, d.h. Landarbeiter gegenüber. Dennoch hielt der Konzentrationsprozeß im Agrarbereich weiter an. So gehörte einem Landbesitzer im Norden, General Terrazas, praktisch der Staat Chihuahua, der flächenmäßig größte mexikanische Bundesstaat. Dieser Konzentrationsprozeß war nicht ohne den Widerstand der indianischen Bevölkerung vor sich gegangen und hatte während der Zeit von Diaz zu den Aufständen der Yaquis und Mayos geführt. Insgesamt war die Form des individuellen bäuerlichen Protestes in Form des „Sozialbanditentums" (3) während des gesamten ausgehenden 19. Jahrhunderts sehr verbreitet gewesen. Erst als die Enteignung bäuerlichen Besitzes die dichtbesiedelten Gebiete des südlichen Zentrums mit einbezog, nahm die Opposition der Bauern größere Ausmaße an (s. die Zapata-Bewegung). Dabei sollte das Identitätsbewußtsein, das sich bei den Indios

Inhalt des Themenblocks
Mexiko – Elend der Bauern nach 60 Jahren Revolution

1. Zur Mexikanischen Revolution
2. Ziele und Ergebnisse der Agrarreform
3. Stellung der Indios heute
4. Genossenschaftswesen: Untergang der Kleinbauern?
5. Bildung an der Basis: Projekt bei Indigena-Frauen

im Gegensatz zu den Mestizen stärker gehalten hatte, eine wichtige Rolle spielen.
Gegen Ende des 19. Jahrhunderts begann der kapitalistische Modernisierungsprozeß die sozialen Verhältnisse auf dem Lande zu verändern. Besonders im Grenzgebiet zu den USA und Teilen des Südens führte die gesteigerte Exportnachfrage und der Mangel an Arbeitskräften zu einer Lockerung alten Konzeption des Großgrundbesitzes mit noch vorhandenen Formen der Schuldknechtschaft und zur verstärkten Einführung des Lohnsystems. Die soziale Schichtung auf dem Lande wurde dadurch komplexer. Dem Großgrundbesitzer und seinen wenigen privilegierten Gefolgsleuten stand nicht mehr wie in früheren Zeiten eine einheitliche Masse von Landarbeitern gegenüber. Die Tatsache, daß an der Revolution zumeist nicht die Landarbeiter, sondern die noch auf Gemeindeeigentum in freien Dörfern lebenden Kleinbauern teilnahmen, ist mit auf die starke Differenzierung innerhalb des Großgrundbesitzes zurückzuführen.
Eine größere Arbeiterklasse begann sich um die Jahrhundertwende in Mexiko erst langsam herauszubilden. Gegen Ende 1910 waren in der beginnenden Industrie, dem Transportwesen und Bergbau, insgesamt 600.000 bis 700.000 Arbeiter und Handwerker beschäftigt. Obwohl Gewerkschaften und Streiks verboten waren, kam es in den Jahren 1906 und 1907 zu einer Reihe von Aufständen gegen das Diaz-Regime. Die mexikanische Arbeiterbewegung war z.T. von den anarchistischen Ideen spanischer und italienischer Einwanderer beeinflußt.
Gemeinsam war den städtischen und ländlichen Unterschichten die miserable Entlohnung und Versorgungslage, die mit zu der vorrevolutionären Situation beitrugen. So waren die Löhne seit dem Ende der Kolonialzeit praktisch kaum gestiegen und die Versorgungslage der wachsenden Bevölkerung verschlechterte sich am Ende des 19. Jahrhunderts zusätzlich durch eine Inflation der Preise.



Ausbruch der Revolution

Neben den bereits erwähnten Formen bäuerlichen Protestes regte sich gegen Ende des Jahrhunderts besonders in intellektuellen Kreisen der Widerstand gegen den Diktator in einzelnen liberalen Zirkeln und Zeitschriften. Besonders der Rechtsanwalt Francisco Madero, der bis zu dem Erscheinen seines Buches, „Die Präsidentennachfolge 1910" in den politischen und intellektuellen Kreisen der Hauptstadt vollständig unbekannt gewesen war, rückte nun immer mehr in das Zentrum des politischen Geschehens. Die Familie Madero waren Großgrundbesitzer, verfügten aber auch über eine Fabrik und eigenes Schmelzwerk zur Kupferverarbeitung. Sie gehörten dem kleinen Sektor der entstehenden modernen Bourgeoisie an. Maderos Kritik richtete sich gegen die Diktatur nicht aber gegen das dahinter stehende soziale System.
Bei den kontrollierten Wahlen unter Diaz hatte die Opposition keine Aussicht auf Erfolg. Zu diesem Anlaß tauchten regelmäßig kleine Gruppen wie „der Freundeskreis des General Diaz" und die „Nationale Partei für die Wiederwahl" auf, allesamt mit engsten Freunden des Diktators besetzt, die nach den überwältigenden Wahlsiegen meist genauso schnell verschwanden wie sie entstanden waren. Die Wahlbeteiligung war mit teilweise nur 20.000 Stimmen denkbar gering, zumal die politische Indifferenz gegenüber der „parlamentarischen Demokratie" durch die hohe Analphabetenrate (1910 = 76,9 %) gefördert wurde.
Zum zentralen Kristallisationspunkt des Unmutes gegen die Diaz-Regierung sollten dann die Wahlen des Jahres 1910 werden. Als Madero, Präsidentschaftskandidat des 'Zentrums gegen die Wiederwahl von Diaz', aufgrund einer Wahlfälschung die Wahlen verlor und sich vor dem Zugriff von Porfirio Diaz in die USA absetzen mußte, entschied er sich, den Weg des Aufstandes zu wählen und proklamierte im November 1910 die bewaffnete Erhebung. Aufgrund der explosiven politischen Situation, folgten viele dem Aufruf. Durch den Anschluß der bäuerlichen Bevölkerung und einzelner anarchistischen Gruppen radikalisierte sich die aufständische Bewegung.
Zusammenfassend können vier Gründe als strukturelle Voraussetzungen für den Ausbruch der mexikanischen Revolution genannt werden (4):
1. Die Verhärtung des Herrschaftssystems unter Profirio Diaz, deutlich in der Veralterung der Führungselite und der undurchlässigen Machtausübung durch den engen Freundeskreis um Diaz, erlaubte keine Integration oppositioneller Angehöriger selbst aus der Mittel- und Oberschicht. Bezeichnend dafür ist die damals gängige Charakterisierung der Diazschen Regierung als die eines „vollen Wagens".
2. Die Vernichtung der mexikanischen Subsistenzlandwirtschaft durch den expandierenden Großgrundbesitz und der damit verbundene Abstieg der Bauern und Pächter rief den wachsenden Protest der Landbevölkerung hervor und führte zu einer Dauerkrise. Die Großgrundbesitzer werden damit zum Hauptgegner der mexikanischen Revolution, wie sie Jesus Silva Herzog in seiner „Kurzen Geschichte der mexikanischen Revolution" beschreibt: „Die Negativgestalt des Großgrundbesitzers bildete in unserer Geschichte gemeinsam mit den Gestalten des Soldaten und des Geistlichen so etwas wie ein teufliches Triumvirat, das die Hauptursache des Leidens des mexikanischen Volkes ist. In der Geschichte Mexikos gab es bis in die jüngste Zeit drei Wörter mit tragischer Bedeutung: Hacienda, Sakristei, Kaserne." (5)
3. Der wirtschaftliche Aufschwung unter Porfirio Diaz begünstigte nur eine kleine Schicht und ließ die große Mehrheit der Bevölkerung unberücksichtigt. Der Eindruck einer relativ friedlichen politischen Entwicklung galt nur für die Städte, während es auf dem flachen Land zu häufigen Unruhen kam.
4. Die zunehmende Abhängigkeit Mexikos vom ausländischen Kapital weckte Unmut in den Kreisen des Bürgertums, die nicht zu den Begünstigten gehörten, und förderte nationalistische Bestrebungen, auch in der Arbeiterklasse.

Die Auslandsabhängigkeit machte die mexikanische Wirtschaft darüber hinaus in zunehmendem Maße krisenanfällig.

Die Zapata-Bewegung

Eine genaue politische Einordnung und zeitliche Datierung der mexikanischen Revolution ist schwierig: So ist der eigentliche bewaffnete Revolutionsverlauf von 1910 – 1920 durch eine große Anzahl von verschiedenen Gruppen und Bewegungen gekennzeichnet, wobei es schwerfällt, jeweils die genauen sozialen und politischen Interessen auszumachen. Ein weiteres Problem ergibt sich daraus, daß zentrale Punkte der mexikanischen Revolution erst in den 30er Jahren von einem reformorientierten Präsidenten durchgesetzt wurden, so daß eine deutliche Trennung zwischen Maßnahmen, die das Ergebnis eines revolutionären Prozesses und solchen, die lediglich populäre Reformen von oben sind, erschwert wird.

Von den verschiedenen Gruppen und Bewegungen, die an der Revolution beteiligt waren, wird hier nur auf die sog. Zapata-Bewegung eingegangen, weil sie sich durch relativ klare soziale und politische Zielsetzung von den anderen Gruppen unterscheidet und die weitere Entwicklung Mexikos beeinflußte.

Die Zapata-Bewegung hat am deutlichsten die Einordnung der mexikanischen Revolution als einer Bauernerhebung geformt. Oft wird jedoch von dieser Bewegung, die relativ klare soziale Forderungen beinhaltete, fälschlicherweise auf die gesamte mexikanische Revolution geschlossen.

Die Provinz Morelos, in der die Zapata-Bewegung entstand, war nicht etwa die am weitesten zurückgebliebene Region der mexikanischen Landwirtschaft. Schon seit geraumer Zeit wurden die Haciendas als Zuckerplantagen bewirtschaftet, zumal es durch verbesserte Anbaumethoden und der Atmosphäre wirtschaftlichen Wachstums in der Diaz-Zeit zu einer rapiden Produktionsausweitung gekommen war. So kam 1908 aus den 24 Zuckerfabriken von Morelos über ein Drittel der gesamten mexikanischen Zuckerproduktion. Die noch vorhandenen freien Dorfgemeinschaften wurden durch die Ausdehnung des Plantagenbesitzes in ihrer Existenz bedroht.

Im Sommer 1909 wurde Emiliano Zapata zum Ratsvorsitzenden von Anenecuilco gewählt. Zuvor hatte er als Pferdezureiter gearbeitet. Er war kein reiner Indio und verhältnismäßig wohlhabend. Lesen und Schreiben lernte er erst während der Revolution (6).

Die treibende Kraft der ländlichen Revolution in Morelos waren die alteingesessenen Dorfgemeinden. Von Anfang an bestand zwischen dem Kampfgeist der Zapata-Streitkräfte und der gesellschaftlichen Ordnung, für deren Erhalt sie kämpften, eine enge Verbindung. Ihr regionaler Charakter, dem nationale Zielsetzungen fast völlig fehlten, und der Guerilla-Krieg, den die Zapatisten führten, wobei die Aufständischen Gruppen von 20, 200 oder 300 Mann bildeten, die von dem energischsten Guerillero kommandiert wurden, machten sie zu einem typischen Bauernerhebung. Sie erhielten keinen Sold und bearbeiteten ihr Land gleichzeitig während der Zeit der Revolution. Ein anderer Aspekt der Zapata-Bewegung, der sie von anderen Gruppen während der Revolution unterscheidet, ist ihr starker Respekt vor der Kirche aufgrund der innerhalb der Bauernschaft vorhandenen Volksreligiosität.

Das Programm von Zapata sah die bewaffnete Besitzergreifung und die Verteidigung von Eigentum durch Gemeinden und Einzelpersonen vor.

Angestrebt wurde die Neuschaffung von Gemeindebesitz für die Dörfer, die bisher über kein Eigentum verfügt hatten, gegen Entschädigung.

Aufgrund der Tatsache, daß diese Programmpunkte schon bald von den Zapatisten in die Tat umgesetzt wurden, erregten sie bei Gegnern der Revolution besondere Verstimmung. Konservative Mitglieder malten in einer Sitzung des Abgeordneten-Hauses im Jahre 1911 ein Bild von Zapata, in dem er als eine Art mexikanischer Attila und Spartakus erschien, der unter den Weißen der Hauptstadt ein gräßliches Blutbad anrichten würde, wenn er erst einmal dorthin gelangen sollte. Die Entwicklung von 1914, wo die Zapatisten in Mexiko-City einmarschierten, hat gezeigt, daß aufgrund der Disziplin und Zurückhaltung der Zapatisten bei Plünderungen dieser Fall nicht eingetreten ist. Dagegen entsprach die Bemerkung des Abgeordneten Olagoidel in derselben Debatte, „Der Zapatismus ist mehr eine soziale als politische Bewegung", genauer der Realität.

Politische Ambitionen und Übernahme von Regierungsposten lagen den Führern der Bewegung im Gegensatz zu anderen revolutionären Persönlichkeiten fern. Ihnen ging es mehr um die Wiedereinführung eines teilweise schon vergangenen Zustandes auf lokalem Raum. Ein nationales Programm hatten sie nicht.



Mexikanischer Rebellenführer **Pancho Villa** (M.) **1910**

Zapata wurde 1919 ermordet. Der hohe politische Bewußtseinsgrad der Bauern spiegelte sich aber in den zahlreichen Landverteilungen auch in den darauffolgenden Jahren wider. So wirkte die Zapata-Bewegung, auch wenn sie militärisch unterlag, indirekt: Um Zapata das Monopol auf die agrarischen Forderungen abzugraben, wurde in die Verfassung von 1917 der Artikel 27 aufgenommen, der die Auflösung des Großgrundbesitzes vorsah. Somit war die Zapata-Bewegung dafür entscheidend, daß die Revolution über einen administrativen Wandel, wie er von der bürgerlichen Oppositionsbewegung vorgesehen war, hinausging.

Einige Merkmale des Revolutionsverlaufs von 1910 - 1917

Die Programmlosigkeit der mexikanischen Revolution, die in dem widersprüchlichen Revolutionsverlauf und den vielen sich gegenseitig bekämpfenden Gruppen und Massenbewegungen ohne strukturierte Klassenbasis deutlich wird, zeigt sich besonders in zwei Aspekten:

– Zum einen in dem lokalen Charakter der Revolutionsbewegung. Sämtlichen Gruppen fehlt während der Re-

volution eine gesamtnationale Perspektive. Parteien sind während der Revolutionsjahre bedeutungslos und spielen erst in der Stabilisierungsphase eine Rolle.

– Zum anderen fallen die stark personalistischen Züge während der Revolution auf. Es überwiegen klientelhafte Beziehungen und die zum Teil wechselnde Gefolgschaft zu verschiedenen Rvolutionsführern.

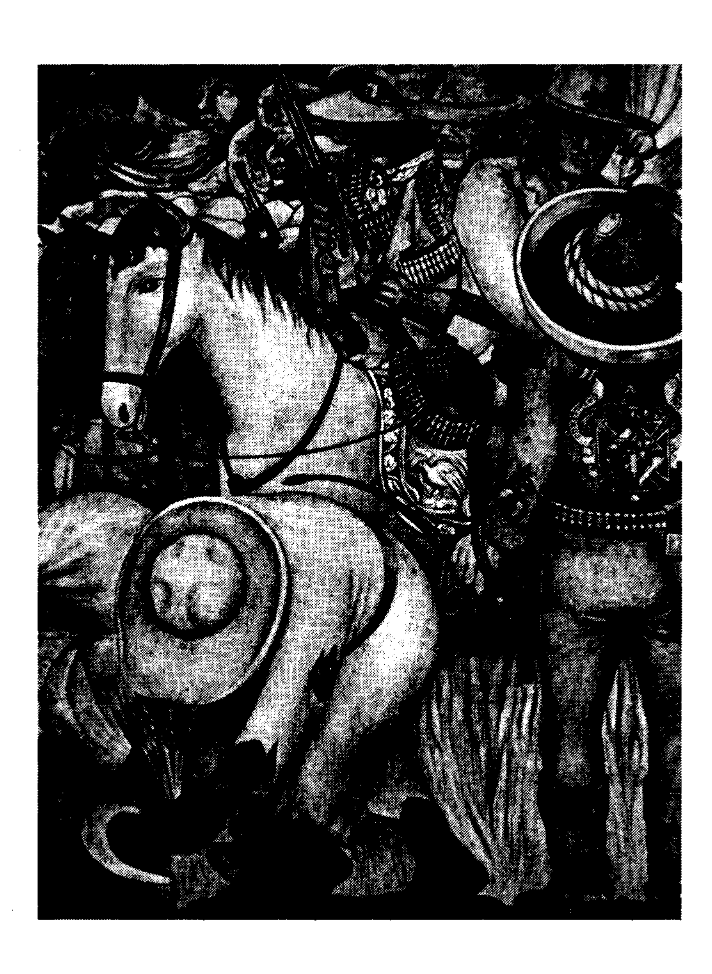
Eine weitere typische Charakteristik für eine Bauernrevolution ist die Radikalität des Landes und der Konservatismus der Städte,einschließlich der Arbeiterklasse. Während der Revolution wird die unterschiedliche Interessenlage der städtischen Arbeiter und der Landbevölkerung deutlich. So hat sich die wichtigste mexikanische Gewerkschaftsorganisation, Casa del Obrero Mundial (Haus des internationalen Arbeiters) im Verlauf der Auseinandersetzungen den gemäßigten Konstitutionalisten angeschlossen. Sie distanzierte sich von ihren ursprünglichen anarchosyndikalistischen Grundsätzen und bekannte sich zu Patriotismus und Staat. Erleichtert wurde dieser Übergang zum gemäßigten Revolutionsflügel durch die städtische Herkunft und den Antiklerikalismus, den die Gewerkschaften mit den Konstitutionalisten gemeinsam hatten. Daneben hat der starke Individualismus der Gewerkschaftssyndikate und die Tatsache, daß die Arbeiter einzelnen Gewerkschaftsführern und nicht politischen Ideen folgten, dazu beigetragen. In der Folgezeit wurden die aus Arbeitern gebildeten „Roten Bataillone" besonders gegen die Zapatisten eingesetzt.

Vielen Gruppen fehlte eine konkrete Zielvorstellung von dem gesellschaftlichen Zustand, den man eigentlich durch die Revolution einführen wollte. Neben der Abneigung gegen den Diktator Diaz, die bei der bürgerlichen Oppositionsbewegung zur Beteiligung an der Revolution geführt hatte, waren es bei anderen Gruppen traditionelle Motive. Zumindest die Bauernaufstände waren die Folge eines Weiterbestehens traditioneller Gemeinschaftsinstitutionen in einer sich drastisch verändernden Umwelt. Nicht der utopische Griff nach einem neuen gesellschaftlichen Zustand, sondern die Verteidigung einer örtlichen, traditionellen Besonderheit gegen eine als negativ empfundene kapitalistische Modernisierung wurde zum auslösenden Moment und Motor der agrarischen Revolution. So waren nicht die ärmsten Landbewohner die treibende Kraft, sondern die ländlichen Gebiete, in denen die alteingesessenen Dorfgemeinschaften, wenn auch teilweise nur noch als Erinnerung, vorhanden waren. Die starke Bezugnahme auf die Vergangenheit ist auch heute noch bei mexikanischen Interpretationen der Revolution häufig. So heißt es bei Octavio Paz, einem bekannten mexikanischen Kulturphilosophen: „Mexiko begreift sich somit nicht als Zukunft, die verwirklicht werden muß, sondern als Rückkehr zu den Ursprüngen. Der Radikalismus der mexikanischen Revolution besteht in seinem Willen zur Rückkehr zu den Wurzeln, die das einzige Fundament unserer Institutionen bilden." (7)

Ende der Revolution oder Revolution ohne Ende?

Die Proklamation einer neuen Verfassung im Februar 1917 mit der offiziellen Bezeichnung „Politische Verfassung der Vereinigten Mexikanischen Staaten, welche die vom 5. Februar 1857 reformiert", markiert den Übergang der Revolution von militärischen Ereignissen zu einem Prozeß mit zunehmender Institutionalisierung.

Die Verfassung galt zu ihrer Zeit als die fortschrittlichste Verfassung überhaupt und stellte verschiedene Programmpunkte der Revolution auf; nur sind sie bis heute nicht realisiert worden. Am konsequentesten wurde zeitweilig noch der Artikel 3 angewandt, der die Freiheit der Erziehung postulierte und den kirchlichen Einfluß einschränkte. In Art. 27 ist die Auflösung des Großgrundbesitzes verankert, ohne daß dadurch die Entstehung von neuem Großgrundbesitz, besonders seit den 50er Jahren, verhindert worden wäre. Art. 123 schließlich enthält ein abgeschlossenes Arbeitsgesetzbuch und stellt damit die erste Verfassungsbestimmung der Geschichte dar, die konkrete soziale Garantien, wie den 8-Stunden-Tag, den Schutz des Arbeiters gegen Kündigung und gegen Arbeitsunfälle, enthält.



Die hohen Verluste an Menschen, die die Revolution gekostethatte (1,2 – 1,5 Mio), täuschen darüber hinweg, daß sich in der Wirtschaft und bei den Besitzverhältnissen unmittelbar wenig änderte. Insgesamt wurden die Kleinbauern sogar stärker von der Revolution getroffen als die Großgrundbesitzer. Zudem wurden keine sofortigen Sozialisierungsprogramme eingeleitet. Die neue Führungsschicht, die aus der Mittelschicht kam, setzte die Landverteilung hauptsächlich als Mittel zur Herrschaftssicherung ein und um die alten Revolutionskämpfer seßhaft zu machen. Bezeichnenderweise wurde das Tempo der Landverteilung während innenpolitischer Krisen beschleunigt. Durch die Gründung der Revolutionspartei, von offiziellen Gewerkschaften und Bauernverbänden wurde die politische Artikulation der Bevölkerung kanalisiert und durch „eine Massenmobilisierung unter gleichzeitiger Massenkontrolle" (8) eine relativ stabile politische Entwicklung eingeleitet. So änderten sich in der nachrevolutionären Zeit weniger die Inhalte als die äußeren Formen der Politik. Allgemein folgte man einer Entwicklungsstrategie, die auf wirtschaftliches Wachstum und innenpolitische Ruhe abzielte und sich von dem vorrevolutionären, kapitalistischen Modernisierungsprozeß nicht wesentlich unterschied. Die neue Füh-

rungsschicht, die in den 20er Jahren in die Staatsämter aufstieg, hat die Regierungsarbeit stets mit der Förderung von Privatinteressen verbunden und sich teilweise große Ländereien und Reichtümer verschafft.
Positive Veränderungen gab es nach der Revolution vor allem im Erziehungsbereich. Es wurde viermal soviel Geld für die Erziehung ausgegeben wie unter Porfirio Diaz. Besondere Berücksichtigung erfuhr die indianische Kultur und Bevölkerung. Insgesamt bewirkte die Revolution Veränderungen vor allem im mexikanischen Kultur- und Identitätsbewußtsein. Dies führte zu neuen Kunstarten (z.B. zu dem Revolutionsroman, den großen Wandmalereien) und zu einem starken nationalen Geschichtsbewußtsein auch im Verhältnis zu anderen lateinamerikanischen Ländern.
Die Revolution hat insgesamt keine tiefgreifenden sozialen Umwälzungen, kein alternatives Regierungsmodell und keine dauerhafte Lockerung der Auslandsabhängigkeit herbeigeführt. Während die Revolution praktisch 1940 abgeschlossen ist, erscheint sie in der offiziellen Geschichtsversion wie sie besonders die regierende institutionalisierte Revolutionspartei (PRI) verbreitet, die sich selbst als Verwalterin der revolutionären Tradition ansieht, dagegen als ein andauernder Prozeß bis in die Gegenwart hinein. Schon der Name „institutionalisierte Revolutionspartei" offenbart dabei den Widerspruch: Indem man die Revolution zur Institution erhoben hat, wurde sie eingefroren und in ein Standbild ihrer selbst verwandelt (zur PRI s. Kasten).
So ist die Berufung auf die Revolution in der mexikanischen Politik zu einer Gewohnheit geworden. Die zumindest verbale Präsenz der Revolution in der Tagespolitik wird durch die Verbreitung einer offiziell legitimierten Geschichtsversion abgesichert, die neben der Bezugsnahme auf die Revolution anläßlich von Feiertagen steht. Durch die starke Gegenwart der Vergangenheit, auch in Denkmälern, Festtagen und Straßennahmen wird eine nationalrevolutionäre Tradition geschaffen, die zur Legitimation des Systems dienen soll. Eine weitgespannte revolutionäre Ahnengalerie wird eingerichtet, in der auch in der Geschichte durchaus gegensätzliche Charaktere (etwa Zapata und Madero) einträchtig nebeneinander Platz finden.
So dient die „revolutionäre Ideologie" heute vor allem als Legitimationsgrundlage für das politische Herrschaftssystem in Mexiko. Indem man die Revolution institutionalisiert, sollen neue gesellschaftliche Veränderungen verhindert werden.

N. W.

Anmerkungen:

1) Die Literatur zur mexikanischen Revolution ist ähnlich viel schichtig wie die Revolution selbst. Einen guten Überblick über den Forschungsstand gibt der Aufsatz von M. Mols und H. W. Tobler, „Mexiko: Bilanz einer Revolution. Revolution und nachrevolutionäre Entwicklung im Lichte der historischen und sozialwissenschaftlichen Forschung. Teil 1: Zur Historiographie der mexikanischen Revolution, 1910-1940. Teil 2: Zur sozialwissenschaftlichen Analyse der „Institutionalisierten Revolution". Die Jahre nach 1940." in: Jahrbuch für Geschichte und Gesellschaft Lateinamerikas, 12/1975, S. 284-393, sowie der Aufsatz von D. C. Bailey, „Revisionism and the Recent Historiography of the Mexican Revolution." in: HAHR, Vol. 58, No. 1, Februar 1978, S. 62 - 80. Die beste Gesamtdarstellung der Revolution bis in die 40er Jahre: J. Meyer, „La revolution Mexicaina 1910 – 1940", 1973, und die 2bändige Darstellung von J. S. Herzog, „Breve Historia de la Revolucion Mexicana", Mexico 1960, die durch das Abdrucken von Quellen und Dokumenten besonders anschaulich wird. Auf deutsch noch immer am besten die Arbeit von F. Katz, „Deutschland, Diaz und die mexikanische Revolution", Berlin (Ost) 1964, sowie mit gewissen Einschränkungen, H. J. Harrer, „Die Revolution in Mexiko 1910 - 1917", Köln 1973.
2) Besonders sollten dabei Europäer angezogen werden, gerade auch weil die Regierung Diaz keine sonderlich guten Beziehungen zu den USA hatte. Von Porfirio Diaz stammt auch der bekannte Satz: „Armes Mexiko, so fern von Gott, so nah an den Vereinigten Staaten."
3) Vgl. dazu E. J. Hobsbawm, „Die Banditen", Frankfurt 1972
4) Vgl. dazu Tobler, „Zur Historiographie ..." (Anm. 1) und F. Katz, „Zu den spezifischen Ursachen der mexikanischen Revolution von 1910" in: M. Kossok, S. 334 – 41.
5) Herzog, Bd. 1, a.a.O., S. 25
6) Zur Person Zapatas, s. B. Beck und Horst Kurnitzky, Zapata, Berlin 1975
7) O. Paz, „Das Labyrinth der Einsamkeit", 1974, Frankfurt, S. 143
8) H. W. Tobler, „Die mexikanische Revolution zwischen Beharrung und Veränderung" in: Geschichte und Gesellschaft, 2. Jhg. 1976, Heft 2, S. 188 – 217.

Ziele und Ergebnisse der Agrarreform

Vorbemerkung

Die mexikanische Landwirtschaft ist wie die gesamte mexikanische Gesellschaft durch Gegensätze gekennzeichnet: auf der einen Seite Wohlstand und Reichtum, auf der anderen Seite Armut und Elend. Die Großgrundbesitzer, zahlenmäßig gering, besitzen den Großteil des Bodens und verfügen über die Produktion. Die große Masse der Landbevölkerung dagegen muß auf ihren Miniparzellen dahinvegetieren, wenn sie überhaupt Land besitzt.

Mexiko – häufig wegen der Revolution von 1910 (die auch die Bauernrevolution genannt wird) glorifiziert hat wenig Revolutionäres. Es gibt heute mehr Bauern ohne Land als vor der Revolution und sogar mehr landlose Bauern als Bauern mit Land. Der Mehrheit der Landbevölkerung geht es äußerst schlecht: Unterernährung, chronischer Hunger, Analphabetentum, Arbeitslosigkeit und Unterbeschäftigung, Mangel an den lebensnotwendigen Gebrauchsgütern, Unterdrückung durch den Staat, die Großgrundbesitzer und ihre Verbündeten.

Die Agrarreform, die diese – schon am Anfang des Jahrhunderts bestehende – Situation beseitigen sollte, hat das nicht erreicht und dazu sogar noch neue Probleme geschaffen.

Ziele der Agrarreform

Das vorrangige Ziel der an der mexikanischen Revolution beteiligten Bauern war die Landverteilung und Beseitigung des Großgrundbesitzes (Haciendas oder Latifundio). Vor der Revolution, insbesondere während der Regierungszeit des Diktators Porfirio Diaz, war der Landbesitz gewaltig konzentriert worden. 1910 besaß knapp 1 % der Bevölkerung 97 % der landwirtschaftlichen Fläche. (1) Den wenigen Großgrundbesitzern stand die Masse der landlosen Bevölkerung gegenüber.

Die politische Macht war konzentriert auf den Diktator Diaz und eine kleine Truppe seiner Anhänger. Auf dem Lande kontrollierten die Großgrundbesitzer das gesamte politische, wirtschaftliche und soziale Leben. Die landlose Bevölkerung lebte unter sklavenartigen Bedingungen.

Die Forderungen der Bauern (Campesinos) sind, wenn auch in gemilderter Form, inder mexikanischen Verfassung von 1917 verankert worden.

Sie legt die Landbesitzrechte fest und schreibt die Landverteilung an die Bauern vor. Die Landverteilung sollte in Form einer vollständigen Agrarreform durchgeführt werden, d.h. mit ihr sollten auch komplementäre Maßnahmen zur Erhöhung des Lebensstandards der Bauern erfolgen.

Die Ziele der Agrarreform faßten die verschiedenen politischen und sozialen Gruppen unterschiedlich auf. Die Großgrundbesitzer – die Haciendados – waren gegen jede Form von Landverteilung, während die Campesinos und auch Teile der städtischen Mittelschicht sich für die Landverteilung einsetzten. Zusammengefaßt sind die in der Verfassung verankerten Ziele der Agrarreform:

1. Neuverteilung der politischen Macht und Abschaffung der feudalistischen Formen in der Landwirtschaft.
2. Befreiung der Campesinos von der Unterjochung durch die Großgrundbesitzer und Erhöhung ihres Lebensstandards in sozialer, politischer und ökonomischer Hinsicht sowie ihre Integration in die Gesellschaft.
3. Schutz des kleineren Privatbesitzes am Boden („pequena propiedad")

Diese Ziele sollten durch die Landvergabe an Campesinos verwirklicht werden.

Neben der Landverteilung an einzelne Bauern sollten aber auch genossenschaftsartige Betriebe, Ejidos, geschaffen werden. Schon vor der Eroberung Mexikos durch Spanien hatte es Gemeinbesitz, ejido, gegeben. Während des Kolonialismus hatten die Großgrundbesitzer und die Kirche dieses Land an sich gerissen.

Das Ejido-Land ist staatliches Eigentum, dessen Nutznießer das Land weder verkaufen, verpachten noch vererben darf. Es ist also Land, das der Staat dem Bauern zur Bebauung übergibt, aber es besteht kein Pachtverhältnis

Die Landvergabe an die Bauern sollte folgendermaßen ermöglicht werden:

- Rückgabe der Ländereien, die der Staat und die Vermessungsgesellschaften (2) von den indianischen Gemeinden genommen hatten
- Enteignung von Großgrundbesitz
- Gewinnung neuer landwirtschaftlicher Flächen

Interessant ist, daß die vollständige Enteignung des Großgrundbesitzes nicht vorgesehen war. Die Gesetze sprechen nur von dessen Reduzierung. Diese Reduzierung findet ihren konkreten Ausdruck in der Festlegung von Maximalgrößen für den privaten Bodenbesitz; nach der Verfassung und dem Agrargesetz von 1934 (Codigo Agrario):

- bei günstigen Bodenverhältnissen 100 ha
- bei schlechtem Land 500 ha
- bei Wald, Weide-, Gras- und Ödland 50 000 ha

Dagegen waren die Richtgrößen für die Ejidos 10 ha bewässertes und 20 ha trockenes Land.

Durchführung der Agrarreform bis 1970

Als die Agrarreform in die Praxis umgesetzt werden sollte, gab es wie erwartet Widerstand von den Haciendados. Sie setzten sich gegen die Landverteilung zur Wehr und scheuten sich auch nicht, ihre Interessen mit militärischer Gewalt zu verteidigen.

Teilweise waren die Bestimmungen noch sehr unklar und zu wenig konkret. Das erleichterte es den Machthabenden, die Durchsetzung der Agrarreform zu verschleppen, so daß zuerst tatsächlich nur wenige Bauern (1915 – 1920: 46 000) Land zugeteilt bekamen.

Ende der 20er Jahre gab es in der Agrarpolitik eine rege Gesetzgebung; allerdings blieben die meisten Beschlüsse auf dem Papier: ein Zeichen dafür, daß die Regierung Angst vor Unruhen unter den Bauern hatte, selbst aber unfähig und unwillig war, die Reform durchzuführen. So versuchte man eben, die Bauern mit papierenen Gesetzen zu befrieden.

Innerhalb der Anhängerschaft der Agrarreform bestand auch Uneinigkeit über die Ziele. Die einen wollten die kapitalistische Produktionsweise ganz abschaffen, die anderen sahen die Lösung der Agrarfrage in mittelgroßen Familienbetrieben.

Neben Konflikten im Lande selbst gab es auch Auseinandersetzungen mit den USA, da der ausländische Besitz enteignet werden sollte.

Während der Regierungszeit von Präsident Cardenas (1934 – 40) wurde die Landverteilung erheblich beschleunigt. Das Ziel von Cardenas war, Kollektivejidos zu gründen, die gemeinschaftlich von einer Gruppe von Bauern bewirtschaftet werden.

Den Ejidos wurde nunmehr besseres Land zugeteilt, haupt-

sächlich enteignetes Hacienda-Land. Es wurde auch technische Hilfe, Kredite usw. gegeben im Gegensatz zu früheren Perioden, wo die Bauern mit dem oft sehr unfruchtbaren Stückchen Land alleingelassen worden waren. Während dieser Zeit wurden auch andere Maßnahmen ergriffen, die Situation der Landbevölkerung zu verbessern, wie im Bereich der Ausbildung, Bildung, Gesundheit und politischen Organisierung, die von Cardenas gefördert wurde. Damit die Bauern den Großgrundbesitzern widerstehen konnten, wurden sie auch bewaffnet.
Die in der Tat sozialreformerische Politik Cardenas ist ohne Zweifel der armen Landbevölkerung zugute gekommen. Außerdem war sie eine Antwort auf die Weltwirtschaftskrise, von der Mexiko hart betroffen war: in der Landwirtschaft war die Produktion wegen der ausgebliebenen Exporte stark zurückgegangen. Die agrarpolitischen Maßnahmen Cardenas dienten somit auch der schnellen Erhöhung der Agrarproduktion.
Im übrigen war die Unzufriedenheit unter den Bauern wegen der nichterfüllten Versprechen bedrohlich. Die Beschleunigung der Agrarreform war also eine politische Notwendigkeit, um den inneren Frieden aufrechtzuerhalten. Selbstverständlich wurde diese Politik von den Großgrundbesitzern und anderen Gegnern der Agrarreform nicht gutgeheißen, insbesondere weil gerade während dieser Regierungsperiode viel Land enteignet und verteilt wurde.
In der Nachfolgezeit (ab 1940) wurde dem Agrarproblem wieder weniger Aufmerksamkeit geschenkt, die Industrialisierung bekam die Priorität. Die Agrarpolitik war den Kleinbauern und Ejidatarios gegenüber feindlich und sogar repressiv.
Es wurden Regelungen erlassen wonach a) das Ejido-Land, das der Ejidatario selbst nicht verbessert hatte, an andere Ejidatarios verteilt werden sollte, b) es aber verboten war, privaten Besitz zu enteignen, der von seinem Besitzer verbessert werden könnte. Also wurde neues Ejido-Land in den Ejidos selbst gesucht.



Dagen wurden den Großgrundbesitzern neue Erleichterungen verschafft: die vor Enteignung schützende Maximalgröße wurde von 100 auf 300 ha erhöht. So entstanden in den 40er Jahren legal neue Latifundien, und zwar häufig auf den bewässerten Gebieten. In dieser Zeit fanden auch viele Ausländer wieder Zugang zur mexikanischen Landwirtschaft und gründeten neue Plantagen. Die US-amerikanische Rockefeller Foundation führte Forschungen in Mexiko durch, um verbessertes Saatgut zu züchten. Diese als „Grüne Revolution" gepriesene Errungenschaft hat aber nur den ohnehin begünstigten Bauern gedient.(3)

Bis heute hat sich im Agrarsektor wenig geändert. Die alten Strukturen (Landkonzentration) sind im wesentlichen erhalten geblieben, teilweise in einer modifizierten Form. Die Agrarreform, die laut Ex-Präsident Echeverria (1970-76) eine permanente Revolution (!) sein soll, ist nie richtig durchgeführt worden. Sie hatte und hat noch immer hauptsächlich eine machtstabilisierende Funktion: die Herrschenden konnten sich immer auf diese (auf dem Papier existierenden) Reformvorhaben berufen, um die Forderungen unzufriedener Bauern abzuwehren.
Die Hoffnung der Bauern, doch einmal Land zu bekommen, sicherte den Frieden im Lande lange – jedenfalls formal.

Die Besitz- und Produktionsstruktur
Im folgenden werden zunächst die verschiedenen Typen des landwirtschaftlichen Besitzes dargestellt. Diese Darstellung ist wichtig, wenn die Ziele mit den Ergebnissen der Agrarreform verglichen werden, aber auch um zu verstehen, unter welchen Bedingungen der mexikanische Bauer sein Land bebaut.
Anhand des Kriteriums „Besitzgröße" werden die unterschiedlichen Produktionsweisen angesprochen, auch wenn die Grenzen hierbei fließend sind. Obwohl auch andere Faktoren wie die Bodenbeschaffenheit, das Klima und die Lage (an Berghängen, in der Talebene etc.) eine wichtige Rolle spielen, lassen sich doch auf Grund der Besitzgröße tendenziell Rückschlüsse auf die Produktionsweise ziehen.
In den mexikanischen Statistiken wird einerseits zwischen Privatbesitz und den Ejidos unterschieden, andererseits sind die privaten Betriebe grob in Kleinbesitz bis zu 5 ha und in Betriebe mit über 5 ha unterteilt. Da diese nicht sehr differenziert ist, liegt auf der Hand. Außerdem sind die Statistiken nicht allzu genau, aber doch interpretierbar.

Betriebe über 5 ha: die „pequena propiedad"
Die gesetzlich vor Enteignung geschützten Betriebe von 5 bis 100 ha werden im offiziellen Sprachgebrauch als „pequena propiedad" bezeichnet, was wörtlich übersetzt „Kleinbesitz" bedeutet. Da in diese Kategorie sowohl kleine Betriebe ab 5 ha als auch große mit 100 ha fallen, kann nicht einheitlich von einer Besitzart gesprochen werden. Es ist anzunehmen, daß die kleineren Betriebe bis ca. 25 ha „Familienbetriebe" sind, die keine Arbeitskraft außer den eigenen Familienangehörigen beschäftigen.
Betriebe mit mehr als 25 ha müssen eher als Großbetriebe bezeichnet werden, deren Charakteristikum die Beschäftigung von Lohnarbeitern ist. Allerdings stößt man hier auf eine Schwierigkeit, die systemimmanent ist: obwohl die maximale legale Beitzgröße 100 ha bewässertes Land beträgt, ist es häufig der Fall, daß diese Grenze überschritten wird. So können Bauern, die offiziell nur 80 ha besitzen, in Wirklichkeit Eigentümer von Hunderten von Hektaren sein. Diese Neolatifundien sind zwar illegal, aber geduldet, und mancher Politiker oder manche Person des öffentlichen Lebens ist selbst ein Latifundist.
Daß solche Latifundien wieder entstehen konnten, liegt an den Möglichkeiten für die Mächtigen, die Gesetze per Korruption zu umgehen. Es gibt zahlreiche Beispiele dafür, daß ein Besitzer seine Ländereien auf den Namen seiner Familienangehörigen oder Freunde übertragen läßt („presta-nombres"). Es gibt aber auch noch andere Möglichkeiten, ein Latifundist zu werden. Obwohl es verboten ist, Ejido-Land zu verpachten, ist es trotzdem verbreitet, da es für den Ejidatario wie auch für den Kleinbauern u.U. lohnender ist, sein Land dem Großbauern zu verpachten als selbst zu bebauen (z.B. wegen Schulden). Im Bundesstaat Quintana Roo gibt es z.B. 35 Großgrundbesitztümer

mit über 65 000 ha, in Nayarit 36 mit über 30 000 ha, (4) in Valle de Yaqui kontrollieren 85 Landbesitzer 116 800 ha bewässertes Land, das auf 1191 Personen übertragen ist. (5) Nach anderen Quellen gibt es 17 000 Latifundien, die 29 % des kultivierbaren Bodens ausmachen. (6) Der Großteil dieser Latifundien ist in den fruchtbaren Bewässerunsgebieten im Norden des Landes konzentriert.
Die Anzahl der Großbetriebe stellt einen verschwindenden Teil aller Betriebe dar, jedoch ist ihr flächenmäßiger Anteil beachtlich, was für eine Konzentration des Bodenbesitzes spricht. (Vgl. die folgende Tabelle)

Die Großbetriebe bilden in Mexiko den modernen, kapitalistisch-produktiven Sektor innerhalb der Landwirtschaft. Sie liefern Rohstoffe wie Sisalhanf und Baumwolle für die Textilindustrie, Früchte, Zucker, Gemüse für die Lebensmittelindustrie. Mais, Reis und Getreide, die auf dem Markt zu kaufen sind, kommen – wenn sie nicht importiert sind – aus solchen Betrieben. Sowohl das Einkommen als auch die technischen und natürlichen Ressourcen sind auf diese Betriebe konzentriert. Während das jährliche Einkommen auf dem Kleinbetrieb 1968 489 Mex. $ pro Person betrug, war es auf den Großbetrieben rd. 10 000 Mex. $. (7) Auch ist die Anwendung von landwirtschaftlichen Maschinen und modernen technischen Methoden fast ausschließlich auf diesen Bewirtschaftungen zu finden, die sie sich der besseren Ausstattung mit Kapital im Gegensatz

Landverteilung 1960 - kultivierbares Land (tierra de labor)

Betriebe	Zahl in 1000	Betriebsgröße in ha x 1000	% von allen Betrieben	% der Fläche
bis 5 ha	1 332,2	2 759,5	49,4	11,7
5,1 – 10	1 079,9	7 991,5	40,1	34,0
10,1 – 25	201,1	2 803,5	7,5	11,9
25,1 – 50	42,5	1 422,7	1,6	6,1
50,1 – 100	22,0	1 498,6	0,8	6,4
100,1 – 200	10,4	1 328,5	0,4	5,7
200,1 – 400	3,3	888,1	0,1	3,8
über 400	2,1	4 785,9	0,1	20,4
insgesamt	2 693,5	23 478,3	100,0	100,0

Quelle: Carlos Tello, a.a.O., S. 68

zum Kleinbetrieb leisten können. Hinzu kommt noch, daß die Fläche groß und günstig gelegen ist. Auch in Bezug auf Bewässerung – in Mexiko äußerst wichtig – sind die Großbetriebe im Vorteil: sie nehmen 71 % der gesamten bewässerten Fläche ein (1968).

Kleinbetriebe: private Minifundios und Ejidos
Unter die Kleinbetriebe fallen sowohl die privaten Kleinstbesitze, „minifundios", als auch die (individuellen) Ejidos, die zusammen den Großteil der Betriebe ausmachen. 89,5 % aller Betriebe sind kleiner als 10 ha, 49,4 % sogar kleiner als 5 ha (siehe Tabelle). Besonders klein sind die Betriebe im zentralen Hochland, wo die Bevölkerungsdichte am höchsten ist.

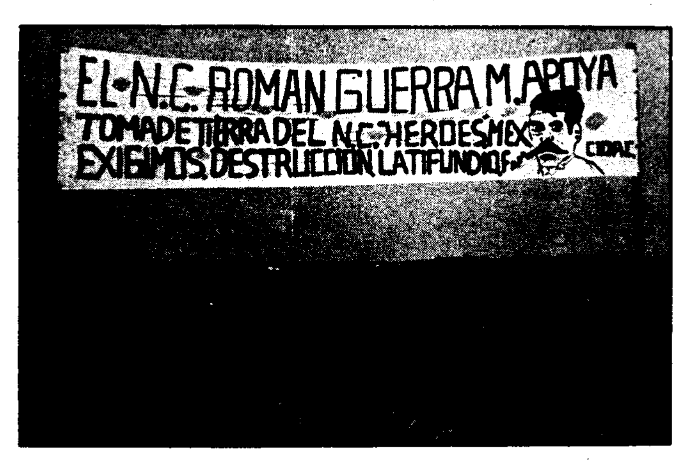
Privater Kleinstbesitz ist ein Resultat der Agrarreform. Die jetzigen Besitzer dieser Betriebe haben ihr Land entweder durch Landverteilung bekommen oder von den Großgrundbesitzern gekauft, da sie entweder nicht auf Landvergabe warten wollten oder völlig davon ausgeschlossen waren.
Die Zahl der privaten Kleinbetriebe hatte sich von 0,6 Mio 1930 auf über eine Million 1950 erhöht. Seitdem geht die Zahl der Betriebe zurück, weil die Besitzer ihr Land wegen Verschuldung verkaufen oder verpachten. Ein Großteil von ihnen wandert in die Stadt ab. Die Kleinstbetriebe stellen 77 % der privaten Besitztümer dar, haben aber einen Flächenanteil von nur 10 % der kultivierbaren und 1 % der Gesamtfläche. (8)
Im allgemeinen reichen die Erträge aus dem eigenen Betrieb nicht aus, den Minifundista samt seiner - oft vielköpfigen - Familie ausreichend zu ernähren. Der Kleinbauer muß andere zusätzliche Geldquellen ausfindig machen, d.h. z.B. sich als Tagelöhner bei einem Großgrundbesitzer verdingen, einen kleinen Handel betreiben oder Handwerkserzeugnisse herstellen. Seine Existenz ist von der Produktion abhängig: insofern er sie selbst konsumiert, aber auch insofern als er einen Teil davon zu lokalen Erzeugerpreisen verkauft.
Der Unterschied zwischen dem privaten Minifundio und dem Ejido ist im Grunde formal: Die Durchschnittsgröße einer Ejido-Parzelle beträgt nämlich nur 6,5 ha, Wald und Weideland inbegriffen; im Bundesstaat Tlaxcala sogar nur 1,5 ha! Häufig sind die Ejido-Parzellen also winzig klein. Das Ejido-Land kann entweder individuell oder gemeinschaftlich bewirtschaftet werden. Der Staatspräsident entscheidet darüber, in welcher Art und Weise der jeweilige Ejido bewirtschaftet werden soll, jedoch kann der einzelne Ejidatario wählen, ob er sich zu der gemeinschaftlichen oder individuellen Bewirtschaftung entschließt. (9) Bei den individuell bewirtschafteten Ejidos bekommt der Ejidatario ein Stück Land, das er, abgesehen von den allgemeinen Vorschriften (keine Verpachtung, kein Verkauf etc.) wie privates Land bebauen darf. Mehrere solche Ejidatarios bilden ein Ejido, der mehr eine Verwaltungs- als eine Produktionsgemeinschaft ist.



Das Ejido-Land ist häufig von schlechter Qualität, insbesondere das ehemalige Hacienda-Land. Bei der Enteignung der Haciendas durften deren Besitzer wählen, welches Land sie zur Enteignung hergaben, und das war natürlich in der Regel Land von schlechter Qualität.

Die Gründung eines Ejido unterliegt komplizierten Gesetzesregelungen. Die Bauern haben die Möglichkeit, das alte Kommunalland, das ihnen (bzw. ihren Vätern oder anderen Bauern) während der Kolonialzeit oder unter Präsident Diaz genommen wurde, einzuklagen. Die Beweislast, daß es sich um ehemaliges Kommunalland handelt, liegt bei den Bauern, was oft zu extremen Schwierigkeiten führt. Eine andere Möglichkeit, Ejido-Land zu bekommen, ist, daß mindestens 25 Bauern sich zusammenschließen und „im Umkreis von 7 km ihres Wohnsitzes von den anliegenden Großgrundbesitzern die Herausgabe von Land verlangen können, wenn diesen die Überschreitung des gesetzlichen Besitzlimits nachweisbar ist." (10)
Beiden Betriebsarten ist die kleinbäuerliche Produktionsweise eigen. Die Produktion dient dem Eigenbedarf des Bauern und seiner Familie und wird nicht nach kommerziellen oder unternehmerischen Prinzipien gelenkt. Angebaut werden hauptsächlich die Grundnahrungsmittel Mais, Bohnen, eventuell Getreide, Gemüse, Kartoffeln usf. Wegen der kleinen Anbaufläche wird der Boden intensiv ausgenutzt (was bei den Großbetrieben nicht immer der Fall ist. Dort können weite Flächen brachliegen, da der Boden für seinen Besitzer nicht in erster Linie ein Produktions-, sondern ein Prestigemittel darstellt). Für den Kleinbauern ist seine Arbeitszeit kein Kostenfaktor, sondern er setzt seine Arbeitskraft nach Bedarf ein. In der Praxis bedeutet dies, daß auf dem kleinbäuerlichen Betrieb die Hektarerträge viel höher sein könnten als auf dem Großbetrieb. Da aber dem Kleinbauern keine oder kaum landwirtschaftliche Technologie – Maschinen, Düngemittel, Pflanzenschutz- und Insektenbekämpfungsmittel zur Verfügung steht, ist die Produktivität pro Arbeitskraft niedrig.

Die Landlosen
In der Klassifikation verschiedener Besitztypen in der Landwirtschaft werden häufig die Besitzlosen vergessen. Sicher, es ist schwierig zu definieren, wer als landloser Bauer gelten soll, aber im allgemeinen werden zu dieser Gruppe diejenigen gerechnet werden müssen, deren Väter Bauern sind und deren eigene Existenz auch von der Bearbeitung des Bodens abhängt. (11)



Enteignung von Großgrundbesitz wird gefordert.

Die Zahl der landlosen Bauern in Mexico wird auf 3 bis 4 Mio. geschätzt (genaue Zahlen liegen nicht vor). Das bedeutet, daß rund die Hälfte der ökonomisch aktiven Bevölkerung landlose Bauern sind. (12) Vergleicht man die absoluten Zahlen, kann man feststellen, daß die Zahl der Bauern ohne Land seit der Revolution sich nicht vermindert, sondern erhöht hat, und daß es heute in Mexiko mehr Bauern ohne als mit Land gibt.

Die landlosen Bauern sind entweder Söhne von Ejidatarios oder privaten Kleinbauern sowie Tagelöhnern, die Anspruch auf Land haben. Dieser Anspruch kann aber nicht erfüllt werden, wenn das vorhandene Land schon verteilt ist. Dementsprechend kommen diese Personen auf eine Warteliste und erhalten ein „derecho a salvo", was bedeutet, daß sie erst dann Land bekommen, wenn wieder welches frei wird. In der Praxis heißt das: wenn ein Ejidatario stirbt, seine Parzelle verläßt oder wenn neues Anbauland erschlossen wird.
Die landlosen Bauern arbeiten in größeren landwirtschaftlichen Betrieben als Tagelöhner, als ständig angestellte Landarbeiter oder sie sind Wanderarbeiter. Sie können während der Erntezeit auch Beschäftigung auf kleineren Betrieben finden. Im allgemeinen sind ihre Arbeiten saisonbedingt und demzufolge ist die Arbeitslosenquote unter den Landlosen sehr hoch. Das hat zu starker Abwanderung in die Städte bzw. zur Emigration in die USA geführt.

Folgen der mißlungenen Agrarreform
Wenn das Hauptziel der mexikanischen Agrarreform die Lösung des Landbesitzproblems und die damit verbundene Verbesserung der Lage der Landbevölkerung ist, so hat die Agrarreform nur ein Teilziel erreicht: sie hat das vorhandene verteilbare Land verteilt. Dagegen hat sie neue und schwer lösbare Probleme geschaffen:
1) Durch die Landverteilung entstanden Parzellen, die zu klein sind, um sich rational bewirtschaften zu lassen.
2) Am Rande des Gesetztes entstehen neue Latifundien bzw. die alten sind erhalten geblieben, was zu einer Vertiefung der Kluft zwischen den Groß- und Kleinbauern sowie zu einer weiteren Konzentration des Reichtums geführt hat.
3) Die Agrarreform wurde langsam und bürokratisch durchgeführt. Außerdem waren die Agrarbehörden vielfach korrupt (z.B. in Bezug auf die Enteignung von Haciendas), was Mißtrauen seitens der Bauern gegenüber der Agrarreform weckte.
4) Durch das hohe Bevölkerungswachstum (z.Zt. 3,5 % jährlich), das wegen der Langsamkeit des Wachstums anderer Wirtschaftssektoren nicht aufgefangen werden konnte, entstand eine Überbevölkerung auf dem Lande im Verhältnis zu den vorhandenen Ressourcen, insbesondere zum fruchtbaren Boden. Konkret heißt das, daß die Mehrheit der ländlichen Bevölkerung ohne Boden geblieben ist und daß Arbeitslosigkeit und Unterbeschäftigung gravierende Probleme sind.
5) Die Armut wurde aufrechterhalten, was die wirtschaftliche Entwicklung auf dem Lande verhindert hat.
6) Das sozialpolitische Ziel – die Befriedung der Landbevölkerung – ist nicht erreicht worden. Vielmehr haben sich die Ursachen für politische Unruhen verschärft.

Auch das Fortbestehen der politischen und sozialen Machtverhältnisse kann als Scheitern der Agrarreform angesehen werden. Die Bauern haben immer noch nicht viel mehr politische Entscheidungsgewalt als zu Beginn der Revolution 1910.
Das Mißlingen der Agrarreform wird aber von der politischen Führung des Landes nicht zugegeben, sondern es wird die Illusion aufrechterhalten, als ob die Reform immer noch im Gange sei. In den 60er Jahren war die Rede von einer „integralen Agrarreform". Der offizielle Name für den Versuch, die Bauern in das kapitalistische Marktsystem einzubeziehen). Der ehemalige Präsident Echeverria sprach von der „Agrarreform in einer neuen Phase". (13)
Die Kritiker der Agrarreform sehen die Ursachen des Scheiterns in der politischen Kräftekonstellation und in der sich

daraus ab'eitenden kapitalistischen Entwicklung. Es ist das Ziel der machthabenden Bourgeoisie gewesen, die Verwertungsbedingungen für das private Kapital in der Landwirtschaft zu verbessern, aber gleichzeitig durch kleine Zugeständnisse die Bauern zu beruhigen, ohne dabei ernstlich an wirkliche Verbesserungen zu denken. Die betroffenen Bauern selbst hatten nie die Möglichkeit, ihre Interessen durchzusetzen, sondern die Bourgeoisie hatte es in der Hand, die Entwicklung nach den privatwirtschaftlichen Prinzipien zusteuern.

Die Agrarreform in den 70er Jahren
Im folgenden wird versucht, anhand der Politik von Präsident Echeverria die gegenwärtigen Tendenzen in der mexikanischen Landwirtschaft darzustellen. Neben der Außenpolitik galt Echeverrias Interesse auch der Agrarpolitik, wogegen der jetzige Präsident Jose Lopez Portillo mehr darauf bedacht zu sein scheint, die Industrie und insbesondere die Erdölproduktion zu fördern. Die mexikanischen Staatspräsidenten haben breite Befugnisse das Wirtschaftsleben zu gestalten. Auch wenn sie ohne Ausnahme der gleichen Partei, der PRI (Partido Revolucionario Institucional = Institutionalisierte Revolutionspartei) angehören, haben sie doch ihre eigenen Steckenpferde.

Daß unter Echeverria die Agrarpolitik intensiviert wurde, lag aber nicht nur an den persönlichen Interessen Echeverrias, sondern auch an der gesamtwirtschaftlichen Situation.

1) Anfang der 70er Jahre war die Agrarproduktion stagnierend, teils auch sinkend gewesen. Exportierte Mexiko noch in den 60er Jahren landwirtschaftliche Erzeugnisse wie Weizen, so muß es heute nicht nur Weizen, sondern auch andere Hauptnahrungsmittel wie Mais und Bohnen importieren. Der Produktionsrückgang beruht nicht nur auf schlechten Ernten, sondern auch darauf, daß die Anbaufläche für Weizen, Mais und Bohnen zurückgegangen ist, da viele Bauern zum Anbau anderer Produkte, die mehr Einkommen versprechen, übergegangen sind. Die Lebensmittelimporte belasten die ohnehin negative Handelsbilanz, und die Produktionskrise in der Landwirtschaft erzeugt einen wachsenden Druck auf die Regierung.

2) Die einseitige Förderung der Industrialisierung, wie sie seit den 40er Jahren praktiziert worden ist, hat zu gravierenden Fehlentwicklungen in der nationalen Wirtschaft geführt. Die äußerst ungleiche Einkommensverteilung, die ungenügende Kaufkraft breiter Massen der Bevölkerung und demzufolge das Fehlen eines entwickelten inneren Marktes sind Folgen dieser Politik. Diese Faktoren behindern wiederum das Wachstum der Industrie und der Investitionen.

3) Aufgrund dieser Fehlentwicklungen ist die materielle soziale Lage der breiten Landbevölkerung unverändert, wenn nicht gar schlechter geworden. Das hat zu wachsenden sozialen und politischen Unruhen geführt, die ihren konkreten Ausdruck in Landbesetzungen durch landlose Bauern, im Quasi-Guerillakrieg im Bundesstaat Querrero, in Studentenunruhen 1968 und 1971, Streiks usw. fanden. So war das primäre Ziel der Agrarpolitik Echeverrias: Erhöhung der landwirtschaftlichen Produktion, um die Selbstversorgung an Lebensmitteln wieder zu erreichen und um die Industrie mit agrarischen Rohstoffen beliefern zu können. Darüber hinaus sollten die Agrarexporte erhöht und die ländlichen Einkommen verbessert werden. Letzteres hängt mit einem zweiten wichtigen Ziel zusammen: der sozialen Befriedung der Landbevölkerung, um einen potentiellen revolutionären Konflikt zu vermeiden.

Die „Partido Revolucionario Institucional" (PRI)

Die Gründung der PRI geht auf das Jahr 1928 zurück, indem sich die regionalen Führer der revolutionären Koalition zu einer organisierten Partei auf nationaler Ebene zusammenschlossen. In den ersten Jahren war die Partei eine Institution, in der die Konflikte der regionalen Führer ausgetragen wurden. Ab 1933 vollzog sich dann ein Wandel zu einer straff organisierten politischen Partei, in der die Macht in den Händen der nationalen Parteiführung lag. Um die verschiedenen autonomen gesellschaftlichen Gruppen einer effizienten politischen Institution unterzuordnen, wurde die Partei in 4 Sektoren organisiert: Der „sector obrero" wird von einer Vielzahl von Gewerkschaftsverbänden und Fachgewerkschaften gebildet. Jeder Mexikaner, der einen Beruf ausübt, der von einer offiziell anerkannten Gewerkschaft vertreten wird, ist automatisch Mitglied der Gewerkschaft, die wiederum kollektives Mitglied der PRI ist. Der „sector campesino" wird von der Einheitsorganisation „Confederacion Nacional Campesina" repräsentiert, deren Mitglieder alle im landwirtschaftlichen Bereich tätig sind. Mit der Mitgliedschaft in diesem Interessensverband ist automatisch die Mitgliedschaft in der PRI verbunden. Der „sector popular" wird durch mittelständische Berufsgruppen gebildet. Auch hier ist die Parteimitgliedschaft obligatorisch. Der „sector popular" spielt eine große Rolle innerhalb der Partei, da in ihm die Angestellten der Verwaltung und der Justiz organisiert sind. Deren Loyalität dem Staatsapparat gegenüber wird durch die Gewährung einer Reihe von Privilegien erhalten. Der „Sector militar wurde 1940 wieder abgeschafft. Den Sektoren wird eine Anzahl politischer Posten zugeteilt. Der politische Selektionsprozeß findet ohne jegliche Beteiligung der Öffentlichkeit und der Parteibasis statt.

Der Name „institutionelle Revolutionspartei" soll zum Ausdruck bringen, daß die Partei eine feste Institution des mexikanischen Herrschaftssystems ist. Die PRI versteht sich als eine Institution, die die Anliegen, die in der Revolution zum Ausdruck kamen bewahren und fortführen will. Die Wirklichkeit sieht allerdings anders aus: gewerkschaftliche Opposition wird kaum geduldet, Streiks werden seit Ende der 50er Jahre oft durch Streitkräfte niedergeschlagen, von der Parteilinie abweichende Gewerkschafts- und Bauernführer werden durch loyalere Kräfte ersetzt.

Mittel
Es muß schwierig erscheinen, die oben genannten Ziele unter den gegebenen Verhältnissen – Pulverisierung des Landbesitzes, schlechter Zugang der Bauern zu Krediten, ungenügende Anwendung von landwirtschaftlichen Technologien, undurchsichtiges Vermarktungssystem – zu erreichen. Deshalb sollte ein neues Konzept entwickelt werden, um grundlegende Änderungen im Agrarbereich herbeizuführen. Das neue Schlagwort hieß nun „Kollektivejido". Die Idee vom „ejido colectivo" war an sich nicht neu, aber sie war (außer bei Cardenas) nie Richtschnur der Agrarpolitik gewesen. Jetzt sollten wieder gemeinschaftlich bewirtschaftete Ejidos gegründet und gefördert werden mit dem Ziel, daraus große,kommerziell orientierte Produktions-



einheiten zu bilden. Solche Großbetriebe auf kapitalistischer Basis eröffnen die Möglichkeit einer intensiven Produktion mit großem Einsatz von Maschinen und moderner Technologie.

Mit beachtlichem Aufwand (und der entsprechenden Propaganda) fing man an, Kollektivejidos zu gründen, zuerst auf regionaler Ebene mit den unproduktiven, individuell wirtschaftenden Ejido-Bauern. Nur dort sollten die Ejidatarios weiter allein ihren Boden bebauen, wo es keine Möglichkeit für Mechanisierung und Produktionsüberschüsse gäbe. (14) Die staatliche Initiative stieß bei den Bauern auf Widerstand, vor allem, da diese sich nicht selbst entscheiden konnten, sondern auch gegen ihren Willen in ein Kollektivejido eingegliedert wurden. Es wurden verschiedene direkte oder indirekte Maßnahmen ergriffen, um die Bauern zum Zusammenschluß in einem Ejido zu zwingen. Wurden z.B. vom Staat Bewässerungsarbeiten vorgenommen, wie im Bundesstaat Hidalgo, so bekamen die Bauern bewässertes Land nur unter der Bedingung, daß sie sich einem Kollektivejido anschlossen. Ebenso wurde mit den staatlichen Krediten verfahren.

Der Kollektivejido mag den privatwirtschaftlichen Zielen der Führungselite entsprechen, er dient aber nicht den Interessen der davon betroffenen Bauern, wozu auch die Ausgeschlossenen gehören. In einem Land wie Mexiko, wo es eine große ungenutzte Reserve an Arbeitskräften gibt, ist es für die soziale Entwicklung nicht förderlich, hochtechnisierte Produktionseinheiten zu schaffen, die zwangsläufig noch mehr Arbeitskräfte freisetzen. Im Gegenteil, solche Maßnahmen verschlimmern das Elend der Landbevölkerung noch.

Die sozialen Kosten, die die auf solche Weise erzwungene höhere Produktivität mit sich bringt, sind nicht zu übersehen. Ein zweiter Nachteil der Kollektivejidos ist die Spaltung der Bauernschaft, die damit verbunden ist. Auf der einen Seite gibt es Bauern, die im Kollektivejido arbeiten und deshalb materiell besser versorgt sind. (Da diese Betriebe unter staatlichem Einfluß stehen, werden jene Bauern quasi zu Angestellten des Staates und lassen sich mühelos kontrollieren.) Andererseits gibt es Bauern, die weiter individuell wirtschaften (die restlichen Ejidatarios und privaten Kleinbauern). Jene zwei Gruppen können kaum gemeinsam ihre Interessen vertreten, und es ist vorauszusehen, daß sie teilweise auch unterschiedliche Interessen entwickeln werden. Das kommt den Profit- und Herrschaftsinteressen der Mächtigen entgegen, die den Staat für ihre Zwecke benutzen.

Die Bauern selbst sind wenig begeistert von den Kollektivejidos. Die staatlichen Ziele sind vage formuliert und die Bauern haben gute Gründe, der Agrarpolitik gegenüber mißtrauisch zu sein. Zu lange hat man ihnen Land versprochen, ohne dieses Versprechen zu erfüllen. Die Korruptheit der Agrarbehörden und die Begünstigung der Großbauern haben dazu beigetragen, daß die Bauern sich vom Staat betrogen fühlen.

Ein zweites Mittel, die Agrarwirtschaft zu fördern, sind Kredite. Aber auch hier sind die Kleinbauern im Nachteil, denn Kredite bekommt nur derjenige, der sich als „kreditwürdig" erweist, d.h. der rückzahlungsfähig ist. In der Praxis bedeutet das, daß nur die von vornherein produktiveren Betriebe Kredite bekommen. Die ärmeren Bauern sind auf die privaten Geldverleiher angewiesen, die Wucherzinsen fordern. Das hat wiederum dazu geführt, daß die

Bauern neue Schulden machen oder anderswo zusätzlich arbeien müssen. In letzter Zeit geben auch die multinationalen Konzerne, die in der Landwirtschaft tätig sind, den Bauern Kredite, und können dadurch eine monopolistische Kontrolle über die Produktion in der jeweiligen Gegend ausüben. (15) Auch bei den staatlichen Krediten kontrolliert der Geldgeber, was, wie und wann angebaut wird. Mit Krediten ist den Bauern wenig geholfen, wenn dabei nicht auch andere Faktoren berücksichtigt werden. Obwohl es z.B. in Mexiko für landwirtschaftliche Erzeugnisse ein Garantiepreissystem gibt, das über die Vermarktungsstellen die Erzeugerpreise garantieren soll, gibt es auch in diesem Bereich große Probleme. Die Aufgabe der Behörde für Garantiepreise ist, die Erzeugerpreise zu kontrollieren, die Produkte aufzukaufen und sie zu verteilen. Sie entscheidet auch über die Qualität der aufzukaufenden Produkte. Da die Kleinbauern oft nicht über dieselben technischen Möglichkeiten verfügen wie Großbauern, kommt es vor, daß die Behörde nur den Großbauern ihre Erzeugnisse abkauft. Hinzu kommt, daß die Bauern ihre Produkte selbst zu den Ankaufstellen transportieren müssen. Da sie aber häufig nicht über geeignete Transportmittel verfügen, sind sie auf Zwischenhändler angewiesen. Diese kaufen die Produkte zu einem Preis, der niedriger ist als der offizielle und verkaufen sie teuer weiter.

So hat sich eine richtige Berufsgruppe „Zwischenhändler" herausgebildet, die die Kleinbauern ausbeutet. Häufig kaufen die Zwischenhändler die ganze Ernte im voraus auf und geben den Bauern Kredite zu Wucherzinsen.

Lösungsansätze

Es ist nicht leicht, Lösungen für die problematische Agrarfrage zu finden, die die Situation der Landbevölkerung tatsächlich verbessern. Eine entscheidende Verbesserung der materiellen und sozialen Verhältnisse auf dem Lande setzt ohne Zweifel eine radikale Änderung in der nationalen Politik voraus, was wiederum nicht ohne Änderung der politischen Kräftekonstellation zu verwirklichen ist.
Dies ist trotz der vielen Unruhen auf dem Lande kaum zu erwarten. Es fehlt den breiten Bevölkerungsmassen an schlagkräftigen Organisationen, die der Staatspartei PRI entgegentreten können. Eine Politisierung der Landbevölkerung scheint unter der Kontrolle der PRI heute kaum stattzufinden.
Was bleibt, sind Versuche, punktuell Verbesserungen zu erreichen. Das verteilbare Land ist verteilt, und neues Anbauland zu erschließen, ist sehr kostspielig. Die alte Ideologie, jedem Land zu geben, ist nicht mehr brauchbar, da ihre Verwirklichung zu einer noch größeren Atomisierung des Landbesitzes führen würde (was allerdings nicht für die Neolatifundien sprechen soll). Um die Arbeitskräfte auf dem Lande zu halten und die Überbevölkerung der Städte zu stoppen, wäre es angebracht, auf dem Lande Arbeitsplätze zu schaffen. Es gibt einige positive Beispiele von ländlichen Kleinindustrien, die auf genossenschaftlicher Basis arbeiten. Diese häufig durch Selbsthilfe entstandenen Projekte verwenden sehr einfache Arbeitmittel und produzieren Gebrauchsgüter, die dringend benötigt werden. Sie benötigen wenig Anfangskapital und bieten der lokalen Bevölkerung Arbeitsplätze. Das wäre ein Ansatz für die ländliche Entwicklung.

Raili Salmela-Gohl

Anmerkungen:

1) Carlos Tello, La tenencia de la tierra en Mexico, Mexico 1968, S. 11
2) Vermessungsgesellschaften (companias deslindadoras) waren ausländische – meistens US-amerikanische – Firmen, die im 19. Jahrhundert zur Landvermessung ins Land geholt wurden. Als Belohnung bekamen sie ein Drittel des vermessenen Landes.
3) Cynthia Hewitt de Alcantara, „Die Geschichte der Grünen Revolution: Die Erfahrungen in Mexiko", in: Ernest Feder (Hrsg.), Gewalt und Ausbeutung, Hamburg 1973
4) Carlos Tello, a.a.O., S. 63
5) Rodolfo Stavenhagen, „Aspectos sociales de la estructura agraria en Mexico", in: R. Stavenhagen u.a., Neolatifundismo y explotacion, Mexico 1973, S. 19
6) Aguilera Gomez, La reforma agraria en el desarrollo economico de Mexico, Mexico 1969, S. 321
7) 1 X Censo General Poblacion 1970
8) CIDA-Bericht, Centro de Investigaciones Agrarias und Comite Interamericano de Desarrollo agricola, Estructura agraria y desarrollo agricola en Mexico. Estudio sobre las relaciones entre la tenencia de la tierra y el derarrollo agricola en Mexico, 3 Bde. Mexico 1970, Bd. 1, S. 69
9) Michel Gutelmann, Capitalismo y reforma agraria en Mexico, Mexico 1974, S. 114
10) Herbert Nickel, „Zur Problematik der Agrarreform in Lateinamerika", in: Mitteilungen der geographischen Fachschaft Freiburg, NF 1970, Hg. von J. Tordorf, Nr. 2, S. 13
11) Die folgenden zahlen beziehen sich ausschließlich auf die männliche Bevölkerung, da Frauen nicht als eigenständige Bauern klassifiziert werden.
12) 1960 betrug der Anteil der ökonomisch aktiven Landbevölkerung rd. 6,1 Mio, also 54 % der gesamten ökonomisch aktiven Bevölkerung. Neure Zahlen liegen nicht vor, allerdings muß berücksichtigt werden, daß der prozentuale Anteil der Landbevölkerung zurückgeht, jedoch in Anbetracht der enormen Bevölkerungszunahme absolut zunimmt. Vgl. Stavenhagen, a.a. O., S. 27
13) Präsident Echeverria in seiner Regierungserklärung 1975
14) Nach einem Vertreter des Agrarreformministeriums; Excelsior 19.8.1975
15) Cuauhtemoc Cardenas, „Algunos problemas actuales de la reforma agraria", in: R. Stavenhagen u.a., Neolatifundismo y explotacion, a.a.O., S. 111

TAGUNGSHINWEISE

Die Dritte Welt als Gegenstand der politischen Sozialisation (Reihe: Dritte Welt und Schule) 17. - 19.11.1978 in Altenberg; Teilnehmerbeitrag: 25,– DM
Chile - Koordinierungstagung 24. - 26.11.1978 in Hünfeld; Teilnehmerbeitrag: DM 25,–
Versöhnung und/oder Parteilichkeit: Christen in Mosambik 1. - 3.12.1978 in Dormagen; Teilnehmerbeitrag DM 25,–
Bedingungen und Perspektiven des Ausländerstudiums in der Bundesrepublik 19. - 21. 1.1979 in Bad Münstereifel; Teilnehmerbeitrag: DM 25,–
Auskunft und Anmeldung :
Arbeitsgemeinschaft katholischer Studenten- und Hochschulgemeinden (AGG), Rheinweg 34, 53 Bonn, Telefon: 02221/ 23 40 21

Herstellung und Einsatz audiovisueller Gruppenmedien am Beispiel von Themen der entwicklungsbezogenen Bildungsarbeit. Praktisches Seminar vom 5. - 7. Dezember 1978 in der Ökum. Werkstatt Rhein/ Main, Frankfurt (Anmeldung an DEAE, Schillerstr.58 75 Karlsruhe)

Studientagung Internationale Arbeitsteilung, 24. - 26. Nov. 1978, Akademie Klausenhof, Postfach 244, Ortsteil Dingden, 4236 Hamminkeln 2

Arbeitstagung Sozialpädagogische Ansätze in der Arbeit mit ausländischen Frauen und Mädchen, 27. - 30. Januar 1979, Victor Gollanz-Haus/Frankfurt, Anmeldung: ISS, Weberstraße 33, 5300 Bonn 1.

Die Stellung der Indios heute

Die Stellung der Indios im heutigen Mexiko

Elisabeth Feige-Litsch

I. Die Lebensbedingungen der mexikanischen Bauern

„Wer und was heute in Mexiko die Indios sind, kann erst wirklich bestimmt werden, wenn geklärt ist, wer und was heute die Bauern sind" (BERNHOLDT-THOMSEN (3) S. 91). Da die Indios im heutigen Mexiko nur eine besondere Form bäuerlicher Produzenten und Landarbeiter darstellen, teilen sie ihre soziale und ökonomische Situation mit der Mehrzahl der Mestizenbauern und der übrigen Landbevölkerung. Die Bedingungen, unter denen die Indianer heute leben, sind Bedingungen, unter denen nahezu die gesamte Landbevölkerung lebt. Es bestehen allerdings graduelle Unterschiede, wie später noch aufgezeigt werden soll. Die Lebenssituation dieser Bevölkerungsschicht ist vor allem durch den Gegensatz zwischen „Minifundismus" auf der einen Seite und Großgrundbesitz und kapitalistische Großbetriebe auf der anderen Seite gekennzeichnet. Hier stehen sich rückständige Subsistenzwirtschaft und kommerzialisierte Landwirtschaft unvereinbar gegenüber. An diesen Zuständen hat auch die mexikanische Agrarreform nichts ändern können. Sie hat vielmehr den Minifundismus noch konsolidiert statt ihn zu beseitigen. Durch sie erhielt zwar ein großer Teil der landlosen Bauern ein Stück Land zugeteilt, dennoch konnte die Bildung eines riesigen ländlichen Proletariats ohne Land nicht verhindert werden. (Vgl. dazu den Artikel zur mexikanischen Landreform in diesem Heft.)

Für den Großteil der Landbevölkerung trifft die folgende Charakteristik zu:

- Niedrige Produktivität
- Unterbeschäftigung
- Armut
- Rückständigkeit
- Bewirtschaftung der Parzellen primär für den Eigenbedarf

Die Produktion zur Deckung des Eigenbedarfs, die Subsistenzwirtschaft, ist nach BERNHOLDT-THOMSEN in unterentwickelten Ländern „Folge und Bestandteil des Zusammentreffens und des Austausches von einem stark arbeitsteiligen industrialisierten Sektor mit niedrig arbeitsteiligen Gruppen des landwirtschaftlichen Sektors" ((3) S. 37). Als Merkmale der Subsistenzwirtschaft führt sie folgende drei Punkte an:

1. Grundlage ist die Produktion von Nahrungsmitteln für den eigenen Bedarf
2. Produktion eines gewissen Überschusses, der zum Tausch gegen notwendige Lebensmittel bestimmt ist
3. Die Überschußproduktion dient nur zur Reproduktion auf gleicher Ebene, nicht der Akkumulation.

Wir haben es hier mit der typischen Form der kleinbäuerlichen Produktion auf Familienbasis zu tun, wie sie überall in Lateinamerika zu finden ist ((3), S. 38).

NASH unterscheidet drei Hauptformen der indianischen Ökonomie, die alle auf der Subsistenzbasis gründen. Diese Formen gelten für alle kleinbäuerlichen Produzenten im heutigen Mexiko. Gemeint sind:

a) das „Quasi-Stammes-System",
b) das „regionale Marktsystem" und
c) die „zusätzliche Exportwirtschaft".

Unter a) fallen die geographisch isolierten Stämme des ariden Nordens, die Lacandonen im Urwald von Chiapas und Gruppen wie die Cora, Huichol und Tarahumara. Ihre Produktion dient fast ausschließlich der Eigenversorgung; die hauptsächliche Möglichkeit, Geld zu verdienen, ist die Lohnarbeit.



Bei b) handelt es sich um die gezielte Überschußproduktion für den lokalen Markt, um eine Form der einfachen Warenproduktion. Dabei sind einzelne Dorfgemeinschaften auf verschiedene handwerkliche oder agrarikole Produkte spezialisiert. Man findet sie im Tal von Oaxaca, in Zentralmexiko, Nichoacan, bei den Tzeltal und Tzotzil von Chiapas und auf dem Isthmus von Tehuantepec.

Bei c) wird zusätzlich zur hauptsächlichen Produktion für den Eigenbedarf eine Monokultur angebaut. Die Waren werden von Zwischenhändlern angekauft und vertrieben. Man kennt diese Form im totonakischen Gebiet um Papantla (Vanille), in der Sierra Populuca (Kaffee, Melonen, Zitrusfrüchte), in Yucatan (Sisal) und in den niedrigen Regionen von Chiapas (Kaffee) (nach STAVENHAGEN, 1969).

Bei allen drei Formen ist ein niedriger Stand der Technologie, geringe Produktivität und große Arbeitsintensität zu verzeichnen. Die Formen a) und b) nehmen immer mehr ab und die warenwirtschaftliche Beziehung zum Markt tritt in den Vordergrund. Da das Eigentum an Grund und Boden sehr beschränkt ist, wird eine Steigerung der Ertragsfähigkeit seines Bodens immer mehr zu einer Existenzfrage für den mexikanischen Bauern. Aufgrund seines chronischen Kapitalmangels gerät er jedoch immer tiefer in eine Abhängigkeit von Händlern und Wucherern, wenn er sich die notwendigen technischen Hilfsmittel und Düngemittel beschafft. Die Bauern sind gezwungen, Schulden zu machen, ihre eigenen Produkte an die Händler, die sich an den jeweiligen Orten leicht eine Vormachtstellung sichern können, zu Spottpreisen zu verkaufen und für notwendiges Werkzeug, Medikamente usw. überhöhte Preise zu zahlen. Die wachsende Verschuldung führt sogar häufig dazu, daß die Bauern ihre eigenen Grundnahrungsmittel (Mais und Frijoles) von den Händlern zu Wucherpreisen zurückkaufen müssen, wenn ihre eigenen Vorräte aufgebraucht sind.

Die zunehmende Abhängigkeit der Bauern von den Gesetzen des Marktes und dem ungleichen Tausch muß in einem gesamtgesellschaftlichen Rahmen gesehen werden und kann folgendermaßen zusammengefaßt werden (nach BENNHOLDT-THOMSEN):

„– Reduzierung der Eigenversorgung des Kleinbauern,
– im Vergleich zu den Großbetrieben niedrige Produktivität, und damit bedingt durch den ungleichen Tausch,
– im Wert verminderter Ertrag,
– steigende Abhängigkeit von industriell hergestellten Waren für den Haushalt und den Ackerbau aufgrund sinkender Rentabilität der eigenen und insgesamt der handwerklichen Herstellung." ((3), S. 168).

Die Marktbeziehungen der mexikanischen Bauern sind dazu geschaffen, einen eigenen Gewinn unmöglich zu machen. Die Tatsache, daß jeder mexikanische Bauer heute dennoch versucht, an seiner landwirtschaftlichen Existenzbasis festzuhalten, ist darauf zurückzuführen, daß der verengte Arbeitsmarkt ihm den Zugang zur Lohnarbeit versperrt. Welches Schicksal auf ihn wartet, hat er täglich aufgrund der miserablen Situation der landlosen Lohnarbeiter vor Augen.

II. Die spezifische Situation der Indios in der mexikanischen Gesellschaft

Wie schon weiter oben aufgeführt, besteht kein grundlegender Unterschied in der sozioökonomischen Stellung der mexikanischen Kleinbauern, seien sie nun Mestizen oder indianische Bauern. Der Unterschied im ökonomischen Bereich ist vielmehr rein quantitativ. Alles, was über das Elend der Landbevölkerung zu sagen ist, trifft in noch verstärktem Maße für die indianische Bevölkerung zu. Die indianischen Bauern gehören zu den ärmsten Bauern überhaupt, sie besitzen den geringsten Anteil an Boden, ihr Boden ist der schlechteste, ihre Siedlungsgebiete sind am weitesten abgelegen. Als Lohnarbeiter erhält der indianische Arbeiter den schlechtesten Lohn und die schlechteste Arbeit. Die indianische Bevölkerung leidet ganz besonders unter dem akuten Landmangel, ihr Anteil am Landbesitz beträgt nur 10,4 % der registrierten Fläche, obwohl sie 21,6 % aller Besitzer ausmachen ((3), S. 142). Der Minifundismus ist noch extremer ausgeprägt und außerdem haben die Indios insgesamt weniger Zugang zum ejido-Besitz (Zu diesem Besitz vgl. den Artikel über die Agrarreform in diesem Heft).

Die Hälfte ihres gesamten Landbesitzes ist Gemeinschaftsbesitz, eine Tatsache, der es zu verdanken ist, daß die Indianer heute überhaupt noch Land besitzen. Etwa 85 % der erwerbstätigen indianischen Bevölkerung ist in der Landwirtschaft tägig, davon sind 45 % landlose Tagelöhner, der Rest sind kleine Händler, Handwerker, Lehrer und Angestellte, die jedoch meist noch eine kleine Parzelle bewirtschaften. BENNHOLDT-THOMSEN sagt zum Festhalten der Indianer an ihrem Boden: „Verliert er die Bindung an den Boden und an die Communidad, dann hat der Indio aufgehört Indio zu sein" (S. 62).

Die Probleme, die aus dem Minifundismus entstehen, verschärfen sich immer mehr. Die landwirtschaftliche Produktion der indianischen Bevölkerung ist in noch stärkerem Maße von dem Widerspruch zwischen einfachen Anbaumethoden und Technologie einerseits und den Eigentumsverhältnissen andererseits gekennzeichnet. Die Grundwerkzeuge der Indianer sind der Pflanzenstock (espeque), der Grabstock (coa), die Hacke, Machete, Axt und Pflug. Eine Verbesserung der Existenzgrundlage der Bauern könnte bei dem einfachen Anbausystem nur durch eine Ausdehnung der Nutzfläche erreicht werden. Dies ist jedoch aufgrund der Besitzverhältnisse unmöglich, so daß der indianische Bauer dazu gezwungen ist, seinen Boden ständig zu überanspruchen bis zur völligen Auslaugung.

In früheren Zeiten (noch vor 30 Jahren) war die hauptsächliche Erwerbsquelle der indianischen Ackerbauern für den



subsistenzwirtschaftlichen Überschuß zusätzliche handwerkliche Produktion. Mit der Entfaltung der industriellen Produktion nahm diese jedoch ständig ab. Heute können die Indios sich das Geld für die notwendigen Waren nur noch durch Einschränkung ihres Eigenkonsums und Verkauf ihrer landwirtschaftlichen Produkte beschaffen. Die Folgen für Ernährung und Lebensweise sind daraus unschwer abzuleiten. So beträgt nach einer Studie der uno (1953) die durchschnittliche Lebenserwartung der indianischen Männer 30 bis 40 Jahre (Frauen noch weniger). Die Kindersterblichkeit beträgt 250 Säuglinge und Kinder unter einem Jahr auf je 1000 lebend geborene, in einigen Gebieten bis zu 800 von 1000 Kindern.

III. Die soziale Organisation der Indianischen Bevölkerung in der Comunidad Indigena

1. Definitionskriterium für das Indianische

Nachdem aufgezeigt wurde, daß die ökonomischen Bedingungen von Mestizenbauern und indianischer Landbevölkerung sich nur in quantitativer Hinsicht unterscheiden, stellt sich die Frage, aufgrund welchen Definitionskriteriums eine Unterscheidung zwischen getroffen werden kann. Die mexikanische Anthropologie hat die unterschiedlichsten Kriterien vorgeschlagen, von denen jedoch keines den Sachverhalt richtig trifft. BENNHOLDT-THOMSEN weist in ihrer Schrift zwingend nach, daß man nach den bisherigen Kriterien der Rasse, der Sprache, der Kultur, der sozialen Stellung oder dem äußeren Erscheinungsbild jeweils zu ganz unterschiedlichen Ergebnissen und Angaben über die Zahl der indianischen Bevölkerung kommt. Der mexikanische Soziologe STAVENHAGEN geht dagegen bei der Analyse

von der „interkulturellen Region" aus. Als solche bezeichnet er ein städtisches Zentrum, in dem in der Hauptsache Mestizen (ladinos) wohnen und das von Eingeborenendörfern (comunidades) umgeben ist, die das städtische Zentrum wie politische und ökonomische Sateliten umkreisen" ((4), S. 200). In Fortführung dieses Ansatzes, wie mir scheint, kommt Veronika BENNHOLDT-THOMSEN in einer sehr differenzierten Untersuchung zu dem Ergebnis, daß die Unterschiedlichkeit zwischen Mestizen und Indios auf soziolkultureller Ebene anzusiedeln ist. Demnach ist das wichtigste Kriterium zur Bestimmung der Indios als unterscheidbare Gruppe innerhalb der mexikanischen Landbevölkerung die soziale Organisationsform in der Comunidad indigena:
„Die aktive Teilnahme in den indianischen Organisationen ist gerade auch für jene Gegenden ein Indiz, wo Indios und Mestizen gemeinsam siedeln, oder wo sich eine bürgerliche Händlerschicht indianischer Herkunft herausgebildet hat... oder wo das Spanische insgesamt die autochtone Sprache verdrängt hat und auch so augenfällige Merkmale wie etwa die Tracht oder einheimisches Handwerk durch industriell fabrizierte Waren abgelöst worden sind" ((3) S. 60). Die lokale Organisation in der indianischen Dorfgemeinschaft stellt den einzigen institutionellen Rahmen für das Indianische im Unterschied zum Mestizischen dar. Dieser Unterscheid manifestiert sich auf lokaler Ebene, sozusagen im Mikrokosmos.

2. Merkmale der Comunidad indigena

Die Dorfgemeinschaft der indianischen Bevölkerung basiert auf einer gemeinsamen Geschichte und der Rückführung auf gemeinsame Vorfahren. Die Mitglieder dieser Gemeinschaft nehmen aktiv an einer politisch-religiösen Hierarchie teil, sie unterwerfen sich der Vorschrift der Endogamie und bestimmten Formen der gegenseitigen Arbeitsleistungen. Sie bilden gemeinsam eine Zelle der Selbstverwaltung nach innen und Interessenvertretung nach außen.
Das zentrale Moment zur Bestimmung der Comunidad indigena ist die politisch-religiöse Hierarchie, in die alle erwachsenen männlichen Mitglieder aktiv einbezogen sind. Diese besteht aus einer Anzahl von verschiedenen Ämtern (cargos), die hierarchisch aufeinander aufbauen und deren Höhepunkt die Stufe des Prinzipals, des „Führers" der Gemeinde, ist. Jedes männliche Mitglied tritt meist noch vor der Heirat durch die Übernahme kleinerer Aufgaben in dieses System ein und kann prinzipiell bis zum höchsten Cargo aufsteigen. Die einzelnen Ämter müssen nacheinander durchlaufen werden, die Anzahl und Stufenfolge der Ämter variiert von Gemeinde zu Gemeinde. Dennoch gibt es einige Grundämter, die fast überall vertreten sind: Alguacil, Regidor, Sacristán, Alcalde, Mayordomo, Prinzipal. Teilweise handelt es sich dabei um zivile oder verwaltungstechnische Ämter, so wie sie durch die Anforderungen der Beziehung zur Regierung entstanden, teilweise sind es Ämter ritueller, religiöser Art, wie z.B. das des Mayordomo und des Sacristán. Beide Bereiche sind jedoch eng miteinander verflochten, wie es der kleinbäuerlichen Produktionsweise entspricht. Die Dienste, die von einem Amtsträger verlangt werden, sind vielfältig, sie kosten Zeit und sind oft auch mit materiellen Aufwendungen verbunden. Als Gegenleistung sichert dem Amtsinhaber seine Teilnahme an der Hierarchie Anerkennung und Prestige innerhalb der Gemeinschaft.

3. Die Mayordomia, eine besondere Form der „conspicuous consumption"

Den Höhepunkt der Gemeinschaft und der Manifestation der Hierarchie stellen die religiösen Feste dar. Jede Gemeinschaft hat mindestens ein großes Fest, meist ist es der Schutzpatron des Dorfes. In der Form der Mayordomia findet dabei die soziale Grundlage der Comunidad indigena



ihren höchsten Ausdruck. Die Aufgabe des Mayordomo ist es, ein solches Fest zu organisieren und zu gestalten, wofür er unter Umständen – gemessen an seiner Armut – unglaubliche Summen aufbringen muß. Die Mayordomia wird als eine Variante der in den meisten einfachen Gesellschaften bekannten Form der Verschwendung von persönlich angehäuftem Eigentum zugunsten der Gemeinschaft betrachtet („conspicuous consumption").
Die Funktion dieses gemeinsamen Konsums ist die Herstellung oder Aufrechterhaltung einer ökonomischen Gleichstellung der Mitglieder der Gemeinschaft, ihr Effekt ist eine Nivellierung des Reichtums und eine Bestätigung des Zusammengehörigkeitsgefühls. Die Mayordomia stellt damit einen symbolischen Akt der Versöhnung dar, eine vorbeugende soziale Maßnahme gegen die Anhäufung von Überschüssen in einer Hand. Eine Gemeinschaft, die wie die indianische einen Kampf um die nackte Existenz führen muß, kann einem Mitglied nicht erlauben, Güter anzuhäufen, da es sich dabei um reine Existenzmittel handeln muß. Die Mayordomia übernimmt also die gerechte Umverteilung der Güter, die hier in Form unmittelbarer Lebensmittel die Existenz aller sichern müssen.
Zusammenfassend kann der Unterschied zwischen Indio- und Mestizenbauer auf folgenden zentralen Punkt konzentriert werden: Während „in der Comunidad indigena mit der politisch-religiösen Hierarchie und ihrem zentralen Cargo der Mayordomia das bäuerliche Gemeinschaftsverhalten einen institutionalisierten Rahmen findet, der sich über Jahrhunderte tradiert hat ...", äußert sich dieses in der mestizischen Gemeinschaft in einer informellen Weise ((3), S. 75). So ist zu beobachten, daß die gleiche sozioökonomische Situation von Indio- und Mestizenbauern gleiche Antworten auf diese Lebenssituation hervorgerufenhat, die Art und Weise, wie sich diese Formen des Ausgleichs äußern, ist aufgrund der unterschiedlichen Geschichte dagegen verschieden.

IV. Zum Verhältnis von Ladinos und Indios

Das Erbe der Kolonialzeit setzt sich bis heute fort. Die Indios sind der ärmste Teil der mexikanischen Landbevölkerung überhaupt. Sie sind überall unterprivilegiert und diskriminiert, dies wird vor allem auch im Verhältnis des Ladino zum Indio sehr deutlich. In Bezug auf seine überlegene sozioökonomische Stellung gegenüber dem Indio wird der Mestize Ladino genannt. In nicht indianischen Gebiete sind die Ladinos Händler, Wucherer und Großgrundbesitzer. In den indianischen Gebieten kommt zu dieser Stellung noch der ethnosoziale Status hinzu ((3) S. 161). Für den Ladino sind die Indianer „wie die Tiere", „wie die Kinder" und besitzen keine Werte undEthik. Als äußere Merkmale dienen ihm vor allem dunklere Hautfarbe, Tracht und Sprache („ißt Tortillas, trägt Sandalen, usw.). Den Indios wird aufgrund ihrer ethnischen Zugehörigkeit eine naturgegebene Minderwertigkeit zugesprochen. Diese Haltung drückt sich im ganzen Verhalten ihnen gegenüber aus: Man spricht sie mit dem Vornamen an, duzt sie und wehrt sich gegen eine Schulerziehung. Man übervorteilt sie, bezahlt sie schlechter und beantwortet Versuche der Ladinisierung mit Sanktionen. Aguirre BELTRAN kennzeichnet dieses Verhältnis als Überrest der kolonialen Herrschaftsbeziehung.

Zusammenfassend muß festgestellt werden, daß die ländliche indianische Bevölkerung auch im heutigen Mexiko in jeder Hinsicht unterprivilegiert und benachteiligt ist.
Ihre Lage erscheint nahezu hoffnungslos. Auch heute noch trifft die Strophe aus einem alten mexikanischen Volkslied für einen Großteil der mexikanischen Bevölkerung und in ganz besonderem Maße für die indianische zu: „Unsere Hütten und Lieder, immer voller Traurigkeit. Wir leben wie die Tiere mitten im Reichtum."

Literatur:

1) SANDNER, G., STEGER, H.-A.: Fischer Länderkunde. Lateinamerika. Fischer Tb 1973
2) Mexiko: „Wie die Tiere im Reichtum". SPONTAN Nr. 7/76
3) BENNHOLDT-THOMSEN, Veronika: Zur Bestimmung des Indio. Die soziale, ökonomische und kulturelle Stellung der Indios in Mexiko. Berlin 1976
4) Stavenhagen, R.: Las clases sociales en las sociedades agrarias. Mexiko 1969 (3. Auflage 1971).

Genossenschaftswesen: Untergang der Kleinbauern?

Eine Genossenschaft im Küstendorf Cuaji

Im fruchtbaren, aber spannungsgeladenen Küstendorf Cuaji wurde 1972 mit Weltbankkrediten eine Grossgenossenschaft für Viehzucht gegründet. Die Ejidatarios mußten beim Eintritt in die Kooperative ihren Boden abgeben, was mehr als die Hälfte von ihnen vom Beitritt abhielt. Die Ejidatarios spalteten sich in eine individuelle und in eine genossenschaftlich organisierte Gruppe. Die individuell arbeitenden Kleinbauern pflanzten weiterhin Nahrungsmittel für den Eigenbedarf, vor allem Mais, an. Die Genossenschaftler gingen zur Viehzucht über. Fehlende technische Unterstützung und Korruption von Seiten der regionalen Bank und ungeschulte lokale Leiter, die nicht mit der Großviehzucht vertraut waren, führten rasch zu einer mißlichen wirtschaftlichen Lage der Genossenschaft. Nur mit Mühe konnten am Ende des Jahres die Zinsen und Rückzahlungen beglichen werden; für die Mitglieder gab es keine Gewinnbeteiligung. Sie arbeiteten in ihrem eigenen Unternehmen für einen Tagelohn, der kaum die Hälfte der Minimalausgaben deckte. Die Frauen und Kinder der Mitglieder versuchten durch Waschen, Dienstmädchentätigkeit, Brotbacken, Alkoholzubereitung und anderes mehr das fehlende Geld zu beschaffen. Trotzdem mußten ganze Familien Hunger leiden. Ein Austritt aus der Genossenschaft ist unmöglich, da die Bauern ohne Land keine Lebensgrundlage mehr besitzen. Die nicht genossenschaftlich organisierten Ejidatarios leben einfach, besitzen aber genügend zum Leben, da sie etwa 2/3 ihrer landwirtschaftlichen Produktion selbst verbrauchen. Die Genossenschaftler hingegen konsumieren nur 2 % ihres produzierten Fleisches. Das Fleisch ist zu teuer für sie und das wenige Geld, das der Taglohn abwirft, wird fast ausschließlich für den Maiskauf gebraucht. Der Hauptteil des Fleisches wird von Angestellten der Ejidalbank nach Acapulco verkauft. Der Erlös reicht wiederum kaum aus, um die Schulden zu begleichen, da die Genossenschaft nicht zu optimalen Bedingungen verkaufen „darf". Die Bank sucht für sie den Käufer und legt den Preis fest, wobei manchmal bis zur Hälfte des Erlöses in die Taschen der Bankbeamten fließt.

Verheerende Auswirkungen

Um aus der Mißwirtschaft herauszukommen, wurden die Weideflächen auf Kosten der Kleinbauern erweitert. Aber auch den Neolatifundisten wurde ejidales Land, das sie illegal bearbeiteten, weggenommen. Dies führte zu einer Welle von Gewalttätigkeiten. Es gab über 80 Terrorakte (Mord, Raub von Vieh, Zerstörung der Installationen usw.). Um die ernstlich gefährdete Produktion der Genossenschaft zu retten, kamen Militäreinheiten in die Gegend, die Ruhe und Ordnung zwangsweise wiederherstellten. Zurück blieben Hass, Rachepläne, Genossenschaftler, die unter ihrem Existenzminimum arbeiten, Kleinbauern ohne Land, die in Acapulco zu überleben versuchen, und Militär, das nun die gesamte Gegend kontrolliert.

Resultat der Genossenschaftsbildung ist für die Kleinbauern der Verlust des Bodens, Terror und verstärkte Gewalttätigkeit, Zerstörung der Subsistenzwirtschaft, fehlende Grundnahrungsmittel, Hunger. Arbeitslosigkeit, Abwanderung, Zerstörung der Familieneinheit, Verstädterung und Slumbildung, Alkoholismus etc. Die Gründung der Genossenschaft mit Geldern der Weltbank trug somit nicht zur Erhöhung der Produktion bei, sondern verlagerte höchstens das Problem: anstelle von Mais wird Fleisch erzeugt. Dies sichert zwar die Versorgung des internationalen Touristenzentrums mit billigem Fleisch, zerstört aber die Existenzbasis der arbeitenden Bauern und fördert die Korruption der Beamten der Ejidalbank.

Ohne Veränderung der Machtverhältnisse keine Entwicklung

Der Genossenschaftsgedanke kann bei den meisten Befürwortern der entwicklungshilfe auf große Sympathien zählen. Das Projekt im Küstendorf Cuaji zeigt jedoch als Modell für viele andere fehlgeschlagene Versuche, daß Projekte nicht nur mißlingen, sondern zur Entwicklung der Unterentwicklung beitragen, wenn nicht die Machtstrukturen analysiert und verändert werden.

Das gleiche projekt hätte die Situation der Kleinbauern u n d die nationale Versorgung mit Lebensmitteln nur unter folgenden Bedingungen verbessern können:

Ausgangspunkt müßte die grundlegende Veränderung der lokalen Machtverhältnisse sein, denn heute liegt in diesem Dorf die Macht in den Händen der Neolatifundisten, der neuen Großgrundbesitzerschicht. Politische Ämter müßten den Kleinbauern zugänglich werden. Damit würden nicht nur die Machtstrukturen auf lokaler Ebene verändert, sondern die Neolatifundisten würden auch ihr politisches Machtmonopol in der bundesstaatlichen und in der nationalen Regierung verlieren. Der zweite Schritt wäre die Neuverteilung der Wasserrechte, und zwar hauptsächlich an die Kleinparzellen. Die Privatbesitzer bräuchten für ihre Viehzucht keine bewässerten Weiden, wenn sie entsprechende Grassorten anbauen würden. Dies haben sie, der bedeutenden Kosten wegen, bis heute vermieden. Auf den Kleinparzellen dagegen würden mit Bewässerung jährlich drei Ernten möglich (heute eine), die mit Ausnahme derjenigen, die in die Regenzeit fällt, von der Gunst des Wetters unabhängig wären. Der Anbau der Grundnahrungsmittel Mais, Frijol, Chili sollte Vorrang haben, damit die Grundbedürfnisse gedeckt werden können. An zweiter Stelle könnte die Produktion von Verkaufsgütern folgen. Menschliche Arbeitskraft sollte intensiv eingesetzt und nur in sorgfältig abgewogenen Fällen durch Maschinen ersetzt werden.

Parallel dazu müßte der Ausbau des verarbeitenden Sektors erfolgen. Überschüssige Arbeitskräfte, die in der Landwirtschaft keine Arbeit finden, könnten in kleineren Betrieben auf dem Lande selbst die landwirtschaftlichen Rohprodukte weiterverarbeiten. Damit würde nicht nur die Abwanderung in die Ballungszentren verhindert, sondern die Transportkosten würden verringert, weil verarbeitende Produkte handlicher und mit weniger Risiken transportiert werden können.

Als weiterer Schritt gehört die Förderung der Handarbeit und handwerklichen Tätigkeiten hinzu, was zusätzlich Arbeitsplätze schafft. Das gesamte Programm könnte mit den

bereits bestehenden Krediten finanziert werden, wenn diese statt an die Neolatifundisten an die Kleinbauern abgegeben würden. Ohne Kredite wären die Großbauern gezwungen, ihre Gewinne wiederum in der Landwirtschaft zu reinvestieren. Der heutige Kapitalabfluß in Form von Bodenspekulationen der heute 80 % der Gewinne ausmacht, würde damit gestoppt.

Schließlich gehört zu dieser Alternative der autozentrierten Entwicklung die Reorganisation der Vermarktung. Auch hier muß gegen auswärtige Interessen angekämpft werden. Beispielsweise liegt das nationale Transportwesen in den Händen eines Regierungschefs eines Bundesstaates. Gruppen von Bauern sollten Produkte ohne Zwischenhändler direkt auf den Markt bringen können. Der Preis für diese Produkte sollte die Produktionskosten decken und den Bauern einen Gewinn einbringen, mit dem sie die lokal nicht erhältlichen Waren kaufen und Zinsen und Rückzahlungen begleichen können. Die Austauschverhältnisse zwischen landwirtschaftlichen Produkten und Fertigwaren sollten in eine Art Gleichgewicht kommen, d.h. ein Bauer sollte für denselben Arbeitseinsatz dieselbe Entschädigung erhalten wie ein Arbeiter. Dies würde in den bäuerlichen Zonen die Entwicklung einer minimalen sozialen Wohlfahrt erlauben. Dadurch ginge die Anziehungskraft der Städte aufgrund der dortigen hohen Löhne und der sanitären, medizinischen, schulischen und administrativen Basisdienste verloren.

Dieses alternative Entwicklungsmodell zeigt, wie das Zusammenwirken von sozialen, ökonomischen und politischen Faktoren die Autonomie der Bauern verstärkt, die lokalen Machtverhältnisse grundlegend verändert und zu einer lokalen Umverteilung des Reichtums führt, ohne daß in der Übergangsphase die nationale Produktion in Frage gestellt wird. Zudem entsteht eine Basis von Selbstvertrauen und Initiative. Sie ersetzt die bestehende Mentalität von Abhängigkeit, die bis heute die Bevölkerung der unterentwickeltsten Gebiete Mexikos kennzeichnet.

Ursula Oswald
Centro de Investigaciones Superiores del Instituto Nacional de Antropologia e Historia, Mexiko

Bildung an der Basis: Projekt für Indigena-Frauen

Basisbildung bei Indigena-Frauen in Mexiko – oder
Wem nützt es, wenn Indio-Frauen lesen und schreiben lernen?

Nelly Feige-Litsch und Sigrid Hahne
A S A - Studienaufenthalt in Mexiko, Valle del Mezquital, Sommer 1977

Unser Aufenthalt in Mexiko basierte auf einem allgemeinen politischen Interesse und Problembewußtsein hinsichtlich der Entwicklungspolitik der Industriestaaten und im besonderen auf dem Engagement für die Sache der Frauen in der ganzen Welt.
Das Ziel unseres Aufenthaltes im Valle de Mezquital war es, die Lebensverhältnisse der Otomi kennenzulernen, wobei wi r besonders die Stellung und die Probleme der Frauen näher ergründen wollten. Wir wollten sehen, wie ein Erwachsenenbildungsinstitut in einer unterentwickelten Region arbeitet und welche Rolle es für das Leben von Indio-Frauen spielen kann, wenn sie in einer fremden Sprache lesen und schreiben lernen und ihnen Inhalte allgemeiner Grundschulbildung vermittelt werden.

1. Das Valle del Mezquital
1.1. Geographische und sozioökonomische Besonderheiten der Region

Das Valle del Mezquital ist ein nahezu wüstenartiges Gebiet in Zentralmexiko, das sich 150 km nördlich der Hauptstadt Mexico-City über rund 8.000 km^2 erstreckt (Meereshöhe 1.700 – 2.300 m). Es gehört zu den unterentwickeltsten und ärmsten Regionen Mexikos, was u.a. auf seine geologischen und klimatischen Bedingungen zurückzuführen ist. Große Teile des Tales sind gebirgig, abgewechselt von kakteen- und sträucherbewachsenen Ebenen. Starke Erosionen und ein sehr trockenes Klima machen die landwirtschaftliche Nutzung nur sehr begrenzt möglich. Die Wasserversorgung ist sehr mangelhaft, da nur der Rio Tula als einziger Fluß ständig Wasser führt. Bestimmte Zonen des Tales werden durch ein Kanalsystem bewässert, in dem Abwässer von Mexico-City geführt werden. Umfangreiche Gebiete jedoch, besonders im Norden und Nordosten, sind unbewässert und reichen bei weitem nicht aus, den Bedarf an Grundnahrungsmitteln für die Subsistenz der dort lebenden Bevölkerung zu decken.

Zwei Drittel der Bevölkerung des Tales gehören zum indianischen Volksstamm der Otomi (etwa 300.000 Menschen), die vorwiegend in den nichtbewässerten Gebieten angesiedelt sind. Die Ernte in der ariden (trockenen) Zone beträgt etwa ein Fünftel der Ernte des bewässerten Bodens. Den Minifundien (kleine Landbesitze) in der ariden Zone stehen die Latifundien (Großgrundbesitze) in der bewässerten Zone gegenüber. Der größte Teil der wirtschaftlich aktiven Bevölkerung arbeitet als „jornaleros", als Feldarbeiter ohne feste Anstellung auf den Latifundien. Der Lohn wird jeweils pro Tag ausgezahlt, teilweise noch in Naturalien, und kann dem Tagelöhner pro Monat zwischen 100 und 500 Pesos einbringen. (Zum Vergleich: ein Mittagessen mit Fleisch im billigen Restaurant kostet 22 – 25 Pesos). Viele Menschen sind unterbeschäftigt oder finden gar keine Arbeit. Im Süden des Tales existiert eine moderne, technisierte Landwirtschaft, die über ein ausreichendes Bewässerungssystem verfügt. Dort werden Mais, Bohnen, Chili, Tomaten und Alfalfa (Viehfutter) angebaut. Der hohe Ertrag in diesem Gebiet kommt jedoch nur einigen wenigen Großgrundbesitzern zugute, so daß sich die Einkommensverteilung in den Bauerngemeinden des Südens kaum von den Verhältnissen im Norden unterscheidet (60 % der wirtschaftlich aktiven Bevölkerung verdient unter 500 Pesos pro Monat) (1). Die Zahl der Analphabeten in diesem Gebiet ist mehr als doppelt so hoch wie die des nationalen Durchschnitts (25 % nationaler, 60 % Bundesstaat Hidalgo, zu dem das Valle del Mezquital gehört, 75 % Analphabeten in einigen Teilen des V. M.).



1.2. Die indianische Bevölkerung: die Otomi

Heutige Lebensbedingungen

Wie schon erwähnt wohnen die Otomi zum größten Teil in der ariden Zone des Nordens und Nordostens, einem gebirgigen und teilweise schwer zugänglichen Gebiet. Viele Dörfer sind nur zu Fuß oder mit Geländewagen zu erreichen. Das tägliche Leben der Otomi ist vom Kampf um die Existenz, vom Kampf gegen Hunger und Krankheit gekennzeichnet. Da die Landwirtschaft von den unsicheren Witterungsbedingungen abhängig ist, reicht der Ertrag keinesfalls für die Deckung des Bedarfs an Grundnahrungsmitteln (Mais, Bohnen, Chili) aus. In manchen Jahren regnet

es überhaupt nicht, so daß nichts angebaut werden kann. Viele Dörfe leben ausschließlich von der Herstellung und dem Verkauf der „pulque", einem schnapsähnlichen Getränk, das aus dem Saft der Maguey-Agaven gewonnen wird, und dem Sammeln von Kakteenfrüchten („nopales"). Häufig ist der Verkauf von „pulque" und „napales" die einzige Verdienstmöglichkeit. In geringem Maße betreiben die Otomi Viehzucht. Sie halten hauptsächlich Hühner, Schafe und Ziegen, wobei die Tiere jedoch nicht als Nahrungsmittel dienen, sondern die einzige „Sicherheit" für Krankheit oder Notfälle darstellen. Da es keine Krankenversicherung gibt, muß in Notfällen ein Tier verkauft werden, um Medikamente, Arztkosten usw. zu bezahlen. Familien, die das notwendige Geld für das Material aufbringen können, stellen Kunsthandwerk (Webereien aus Schafwolle und Korbflechtereien) für den Verkauf her. Die Ernährung ist unzureichend und eiweißarm, sie besteht meist ausschließlich aus „tortillas" (Maisfladen), „frijoles" (schwarze Bohnen) und „nopales" und „salza" (scharfe Sauce aus Chile). Viele Kinder leiden an Mangel- und Unterernährung und den damit verbundenen Krankheiten. Die Kindersterblichkeit ist hoch; da jede Frau zwischen 6 und 10 Kinder gebiert, beträgt die Wachstumsrate der Bevölkerung trotzdem 3 %.
Viele Familien wohnen in Hütten, die aus einem Raum mit einer offenen Feuerstelle in der Mitte bestehen. Die Wände sind teilweise aus Kakteenstämmen (typisches Haus der Otomi) oder Brettern, das Dach wird mit Matten aus Agavenfasern gedeckt. „Bessere" Hütten sind aus Holzstämmen, die mit Lehm verschmiert und von Kakteenstämmen eingezäunt sind. Die ganze Familie wohnt in diesem einen Raum (meist 8 – 10 Personen), man schläft auf dem Fußboden auf Strohmatten. Oft liegen die Hütten sehr weit voneinander entfernt in den Bergen; 89 % der Häuser haben kein Wasser, 93 % keine Kanalisation. (3)
Die Bekleidung der Otomi heute ist äußerst ärmlich, man besitzt meist nicht mehr als das, was man auf dem Leibe hat. Die Kleidungsstücke sind bunt zusammengewürfelt, teils sehr abgetragen und zerrissen. Nur ab und zu tragen Frauen noch Blusen ihrer ursprünglichen Tracht. Was jedoch nicht fehlen darf, ist das Baumwolltuch („rebozo"), das jede Frau und jedes Mädchen mit Beginn der Pubertät außer Haus tragen muß. 70 % der Bevölkerung tragen Sandalen, 20 % besitzen gar keine Schuhe (vorwiegend Frauen). Lasten werden in Tüchern auf dem Rücken getragen mit einem Band über der Stirn. Diese Tücher aus sackleinenartigem Stoff werden aus Agaven-Fasern mit der Hand gewebt. (sog. „ayates"). Die Verwertung der Kakteen ist auch heute noch eine der wichtigsten Grundlagen für die Existenz.

Politische und wirtschaftliche Unterdrückung durch das System der Kaziken
Wie in anderen ländlichen Gebieten Mexikos können die Lebensbedingungen und Verhältnisse, unter denen die indianische Bevölkerung im Valle del Mezquital zu leiden hat, nur auf dem Hintergrund der spezifischen Machtverhältnisse auf dem Lande verstanden werden. Diese sind vor allem gekennzeichnet durch die Herrschaft einiger weniger, der „Kaziken", über die arme Bevölkerung.

a) Entstehung:
Das System der Kaziken läßt sich ursprünglich auf die Tradition der indianischen Gemeinden zurückführen, sich einen „Sprecher" zu wählen, der die Gemeindemitglieder nach außen vertritt und deren Vertrauen genießt. Im Laufe dieses Jahrhunderts verwandelten sich die ehemaligen Volksführer bei den Kämpfen der Bauern um Land und mehr Rechte während und nach der mexikanischen Revolution (von 1910 bis in die 30iger Jahre) in Kaziken. Unter Zustimmung der Bauernschaft erwarben sie durch Ausnutzung ihrer Machtposition besseren und umfangreicheren Landbesitz, besetzten öffentliche Posten (z.B. den des Bürgermeisters oder des Kommissars des Gemeindebesitzers) und akkumulierten so durch direkte und indirekte Ausbeutung Kapital.

b) das System der Kontrolle:
Durch ein ausgeklügeltes System wurde der Kazikismus zum mächtigsten und wirksamsten Mittel der massiven politischen Kontrolle auf dem Land. Kennzeichnend ist die Vermittlerrolle des Kaziken zwischen Gemeinden und Regierung auf nationaler Ebene, zwischen Bauern und örtlichen Autoritäten auf lokaler Ebene. Wird von dem Mitgliedern einer Gemeinde ein Repräsentant gewählt, um die Angelegenheiten des Dorfes bei den entsprechenden Autoritäten zu vertreten, so wendet sich der gewählte Repräsentant zur Orientierung meist an den Kaziken, da er sich oft nicht in der Komplexität des mexikanischen bürokratischen Systems auskennt. Auf diese Weise wird der Kazik zum Repräsentanten einer größeren Anzahl von Gemeinden, als deren „Wohltäter" er sich nach außen hin darstellt. Das Ausmaß der Macht der Kaziken wird erst durch die Allgewalt von Agenten und „Pistoleros" verständlich, die als verlängerter Arm der Kaziken einen informellen repressiven Apparat schaffen, der ähnlich funktioniert wie Polizei und Armee. Die Formen der Ausbeutung und Manipulation durch den Kazikismus sind vielfältig und reichen von Wucherzinsen, Land- und Ernteabtretungen, Repressalien durch Kontrolle der Wasservergabe und des Kreditsystems bis hin zur Kontrolle des Systems der Zwischenhändler.

c) Einfluß eines Kaziken im Valle del Mezquital (V.M.):
Während unseres Aufenthaltes im V. M. konnten wir am Beispiel einer Schneiderei in Maguey-Blanco selbst erleben, wie sich ein Kazik gegen die Möglichkeit einer größeren Autonomie der Gemeinde erfolgreich zur Wehr setzte. Die Schneiderei war von einer mexikanischen Organisation in einer indianischen Gemeinde der ariden Zone errichtet worden. Sie sollte allmählich in Gemeindebesitz übergehen und etwa 20 Frauen den Arbeitsplatz sichern. Durch Intrigen und den Gebrauch seiner Beziehungen erreichte es der Kazik, daß die Schneiderei nach einiger Zeit geschlossen wurde. Damit brachte er die Gemeinde wieder in seine völlige Abhängigkeit.

Historisch-kultureller Hintergrund
Die Otomi sind die ältesten Einwohner Zentralmexikos und gehören, soweit man die Geschichte zurückverfolgen kann, zu den Volksstämmen, die schon in vorspanischer Zeit von anderen indianischen Völkern unterdrückt und beherrscht wurden. Die Toteken hielten sie als Vasallen und drängten sie in die unfruchtbarsten Gegenden zurück. Die Azteken warenihre strengen Herrscher, und schließlich hatten sie unter den Folgen der Kolonialisierung durch die Spanier schwer zu leiden. Die Azteken bezeichneten sie als Faulenzer, Säufer und Taugenichtse. Während der Kolonialzeit wurden sie von Augustinermönchen zum Bau von Klöstern gezwungen und von Minen- und Landbesitzern als Sklaven gehalten. Diese ständige Unterdrückung hat die Otomi im Laufe ihrer Geschichte nicht nur in völlig unwirtliche und lebensfeindliche Gebiete abgedrängt, sondern sie machte die Entstehung eines eigenen Selbstverständnisses und Selbstwertgefühls fast unmöglich. Die Otomi heute sind in ihrem Innern überzeugt, „nichts zu haben, nichts zu wissen, nicht

zu können und nichts zu sein" (4).
Da sie im Laufe der Geschichte immer die Unterlegenen waren, konnten sie im Vergleich zu anderen Völkern nur Ansätze einer eigenen Kultur entwickeln. Dennoch entwickelten sie eine eigene Sprache, das Otomi, das bis heute gesprochen wird. Ein großer Teil der Bevölkerung ist einsprachig, zwei Drittel der Bevölkerung sprechen inzwischen auch Spanisch. Die Sprache ist jedoch auch heute noch das verbindende Glied zwischen den Otomi und man ist auch stolz auf sie.
Nach Fernando Benitez (5) zeichnen sich die Otomi durch ihr Festhalten an ihrem ethnologischen Charakter, ihren Lebensbedingungen, ihrer Sprache und der Verbindung zur Wüste aus.
Die Tragik der Otomi am Ende des 20. Jahrhunderts besteht darin, daß ihre perfekte Anpassung an die Wüste nicht nur der Verteidigung und Zuflucht dient, sondern auch Kreuz und Martyrium bedeutet. (5)

2. Erwachsenenbildung als Motor einer Veränderung im Valle del Mezquital?

2.1. Ziel der Erwachsenenbildungsarbeit im Valle del Mezquital

Die Erwachsenenbildungsarbeit im Valle de Mezquital ist Bestandteil eines integralen Entwicklungsplans der mexikanischen Regierung zur Lösung der wirtschaftlichen und sozialen Probleme der Region. Das Erwachsenenbildungszentrum Centro de Educacion de Adultos (CEDA), wird von der Friedrich-Ebert-Stiftung in Zusammenarbeit mit einer staatlichen mexikanischen Organisation getragen.

Als globales Ziel des Entwicklungsplans im V. M. wird die Befähigung der bäuerlichen und indianischen Bevölkerung zur aktiven Veränderung ihrer Lebenssituation, zur Mitbestimmung und kritischen Mitarbeit bei der regionalen Entwicklung genannt. Damit verbunden soll die Schaffung eines allgemeinen Bildungs- und Informationsniveaus sein, das als Basis für jede Art von Entwicklung angesehen wird. Die Alphabetisierung, das Erlernen der spanischen Sprache und die Aneignung des Wissensstoffes der Volksschule (Primaria) durch die Erwachsenen soll die Grundlage dafür schaffen, daß die indianische Bevölkerung ihre Eigeninitiative und den Willen zur aktiven Veränderung ihrer Lebensbedingungen entwickeln kann. Ist diese Grundvoraussetzung gegeben, sollen spezielle Lehrangebote des CEDA die Gemeinden in die Lage versetzen, in eigener Verantwortung wirtschaftliche Aktivitäten zu planen und zu verwirklichen. Zentral soll dabei die Bildung von „ejidos colectivos" (gemeinsam bearbeitetes Land in Gemeindebesitz) sein. Damit soll eine landwirtschaftliche Produktion für den überregionalen bzw. internationalen Markt möglich werden. So verstandene Entwicklung bedeutet für die indianischen Gemeinden also, Eintritt in den Wettbewerb auf nationaler und internationaler Ebene und Anpassung an die marktwirtschaftlichen Gesetze eines kapitalistischen Wirtschaftssystems.
Die praktische Durchführung des Programms der „Intensiven Volksschule für Erwachsene" – Primaria Intensiva para Adultos (PRIadO des CEDA soll folgenden Prinzipien genügen:
a) Autodidactismo
b) Förderung der Solidarität
c) Entwicklung eines kritischen Bewußtseins.

ad a) In den Gemeinden sollen sich Gruppen bilden, die das Unterrichtsmaterial selbständig ohne Lehre im autodidaktischen Verfahren bearbeiten. Von dieser Methode verspricht man sich eine Förderung der Eigeninitiative.

ad b) Das gemeinsame Lernen in Gruppen soll Solidarität und Gruppengefühl fördern und gemeinsames Arbeiten innerhalb der Gemeinde erleichtern (Kooperativismus).

ad c) Durch die Methode des „autodidactismo solidario" und die Auseinandersetzung mit dem Unterrichtsmaterial in Diskussionen soll ein kritisches Bewußtsein gefördert werden, das der fatalistischen Einstellung und der passiven Haltung der Bevölkerung entgegenwirkt.



Ein zukünftiges Opfer des Systems

2.2. Forderungen an eine Erwachsenenpädagogik in Ländern der Dritten Welt nach Paulo Freire

Ausgehend von dem grundlegenden Verständnis, daß Erziehung Bewußtsein verändert und nicht wertneutral ist, kommt man nicht umhin, folgende Fragen an die Erwachsenenbildung, wie sie im Valle del Mezquital betrieben wird, zu stellen:
Wem soll die Erziehung zur Mitarbeit, zur Kritikfähigkeit letztlich dienen?
Was ist mit „Beteiligung an der Entwicklung" gemeint?
Für wen soll diese Entwicklung stattfinden?
Und schließlich: Wie sollen die Gemeinden die Veränderung ihrer Lebensbedingungen aktiv vorantreiben können, wenn sich das System der Kaziken und damit der totalen Kontrolle nicht verändert?

Paulo Freire sagt: „Erziehung kann niemals neutral sein. Entweder sie ist ein Instrument zur Befreiung des Menschen oder sie ist ein Instrument seiner Domestizierung, seiner Abrichtung für die Unterdrückung." (6) Auf die Arbeit des CEDA übertragen heißt das: Die Entscheidung für die tatsächliche Beteiligung der Indios an der Entwicklung und für die Schaffung eines kritischen Bewußtseins muß Konsequenzen haben für die Einstellung zum Er-

ziehungsprozeß, für das methodische Vorgehen und für die Bildungsinhalte.

Erkennen der Ausgangsbedingungen
Die erste Forderung an eine Erwachsenenpädagogik in diesem Sinne lautet: Erkennen folgender Ausgangsbedingungen: Was Paulo Freire als „Kultur des Schweigens" beschreibt, kann anhand der Geschichte der Otomi nachvollzogen werden. Apathie, Unterwürfigkeit und eine passive Haltung sind Ausdruck einer distanzlosen Ohnmachtserfahrung der Otomi gegenüber der Unterdrückung von außen, deren Unausweichlichkeit sich jeglicher kritischen Reflexion entzieht.

„Die innere Unterwerfung vor der Macht der Übermacht führt dazu, daß sich die Unterdrückten selbst so sehen, wie die Unterdrücker sie sehen, nämlich als nichtig – und alles, was sie erfahren, wird eine neue Bestätigung dieser Nichtigkeit: Armut, Unwissenheit, Fremdbestimmung und Not." (6) Um in Kontakt mit der sie beherrschenden Gesellschaft zu treten und um sich ihr gegenüber zu behaupten (z.B. Zwischenhändler, Autoritäten), müssen die Otomi das wichtigste Merkmal ihrer kulturellen Identität – ihre Sprache – aufgeben und eine neue Sprache lernen, Unsicherheit und das Gefühl der Unterlegenheit sind die Folgen. Die Meinung derer, denen sie sich unterlegen fühlen, haben sie internalisiert, so daß sie von ihrer eigenen Unfähigkeit überzeugt sind, sich selbst nichts zutrauen und in resignierter Haltung gegenüber ihrer Situation verharren.

Reflexion von Widersprüchen und deren Veränderung
Davon ausgehend heißt die zweite Forderung, daß Erziehung zur Selbstbestimmung und Veränderung sich zum Ziel setzen muß, soziale, politische und wirtschaftliche Widersprüche erkennbar zu machen und Möglichkeiten zur Veränderung der unterdrückerischen Verhältnisse zu reflektieren. (Konzept der conscientizacao = Bewußtmachung). Hierzu gehören die Forderungen nach:
– Schaffung eines kritischen Bewußtseins durch Reflexion
– Ermöglichung der Erfahrung, selbst verändernd und handelnd zu sein
– Stärkung von Selbstvertrauen und Selbstbewußtsein
– Befähigung zur Aktion, Förderung von Eigeninitiative.

Anwendung einer Methode, die die aktive Mitarbeit der Lernenden fördert:
Um diese Ziele zu erreichen, ist es notwendig,
a) an dem aktuellen Bewußtseinsstand der Bevölkerung anzusetzen und eine aktive, Kritik anregende Methode anzuwenden auf der Basis des Dialogs. Der Dialog beinhaltet ein gemeinsames Bemühen von Lehrenden und Lernenden, die Wirklichkeit und sich selbst wahrzunehmen (sieh ausführlicher hierzu in Paulo Freire: Erziehung als Praxis der Freiheit),

b) von Anfang an die Bevölkerung bei der Ausarbeitung des Programms zu beteiligen,

c) bei der Organisierung des Lehrinhaltes von der gegenwärtigen, konkreten Lebenssituation der Bevölkerung auszugehen und deren Bedürfnisse zu reflektieren.

Wem nützt es – wenn Otomi-Frauen lesen und schreiben lernen?

Da wir davon ausgehen, daß eine Verbesserung der Lebensbedingungen auf Kosten des einen Teils der Bevölkerung, nämlich der Frauen, keine tatsächliche Verbesserung darstellt und daß eine Entwicklung, die die Unterdrückung der Frau zementiert, keine wirkliche Entwicklung ist, war es für uns besonders wichtig, die Probleme der Otomi-Frauen zu erfahren. Wir wollten wissen, ob die Teilnahme an der Basisbildung (Alphabetisierung, Spanisch lernen, Aneignung des Volksschulwissens) für diese Frauen eine Chance bietet, ihre Probleme erfolgreich anzugehen und die traditionelle Ungleichheit aufzuheben. Es ging uns darüber hinaus darum, zu sehen, wie diese Frauen sich ihrer Situation gegenüber verhalten, welche Reaktionsweisen sie entwickelt haben, um damit fertig zu werden. Wir stellten uns die Frage, ob es Formen der gemeinsamen Aktion gibt, ob die Frauen untereinander Hilfe und Stütze finden oder ob jede sich ihrem eigenen Elend überlassen fühlt und sich individuell damit auseinandersetzt, wobei möglicherweise Feindseligkeit und Konkurrenz unter den Frauen besteht. Wir wollten wissen, welche Bedeutung es in diesem Zusammenhang hat, wenn Frauen gemeinsam in Gruppen lernen.
Alles in allem ging es uns um die Beantwortung der Frage, ob die Erwachsenenbildung im Valle del Mezquital positive Möglichkeiten beinhaltet, die den Frauen Wege zur Veränderung eröffnen und ihnen eine echte Chance bieten.

Unsere These lautet:

Die Unterdrückung und Ausbeutung der Eingeborenen-Frauen in der Dritten Welt stellt die extremste Form von Unterdrückung überhaupt dar. Die Indio-Frau ist in dreifacher Hinsicht ausgebeutet und unterdrückt:
a) als Mitglied eines unterentwickelten Landes
b) als Mitglied einer ethnischen Gruppe, der man das Recht auf eigenständiges Leben abspricht und
c) als Mitglied einer Männergesellschaft.

3. Die Stellung der Frau bei den Otomi – exemplarisch für die Stellung der Frau in Mexiko und Ländern der Dritten Welt

3.1. Arbeitsteilung zwischen Mann und Frau

Wie in allen patriarchalischen Gesellschaften herrscht bei den Otomi eine strenge Trennung bei der Arbeit: Es gibt viele geschlechtsspezifische und wenig gemeinsame Arbeiten. Nach J. Soustelle (8) waren folgende Arbeiten traditionell Aufgabe des Otomi-Mannes: Ackerbau mit Ausnahme des Säens der Maiskörner, Hausbau, Korbflechterei, Herstellung von Regenschutz und Herstellung von kleinem Werkzeug, Jagd. Den Frauen bleibt es vorbehalten, während der Saatzeit die Maiskörner in die vom Mann vorbereiteten Vertiefungen zu legen, den Mais für die Tortillas vorzubereiten und diese zu backen, zu kochen, zu waschen, Töpfer-

waren herzustellen und zu fischen. Bei der Herstellung von Kleidung können beide Geschlechter beteiligt sein. Interessant ist, daß der Mais, die wichtigste Kulturpflanze, nur von der Frau gesät werden durfte. Dies könnte auf eine ehemals höhere Stellung der Frau hindeuten, wofür wir jedoch keine sonstigen Hinweise fanden. (9) Feststeht, daß aufgrund der Lebens- und kulturellen Verhältnisse der Otomi keine logische Erklärung für eine streng patriarchalische Ordnung gefunden werden kann, daß die Völker jedoch, von denen die Otomi beherrscht wurden, patriarchalisch orientierte gesellschaftsordnungen besaßen (Tolteken, Azteken).
Über frühere Verhältnisse ist uns nichts bekannt.



Heutzutage sieht die Arbeitsteilung bei den Otomi folgendermaßen aus: Der Mann, der häufig kein Land besitzt oder dieses Land nicht bebauen kann, ist darauf angewiesen, seine Arbeitskraft zu verkaufen. Je nach den Gegebenheiten bekommt er an manchen Tagen Arbeit als „jornalero"; diese Arbeit ist von den Ernte- und Saatzeiten abhängig, d.h. daß er lange Zeiten ohne Arbeit ist. Die Frau dagegen ist das ganze Jahr hindurch und den ganzen Tag über mit der Erfüllung ihrer Pflichten beschäftigt. Oft steht sie morgens um 4.00 Uhr auf, um auf dem Feld „Pulque" (Agavensaft) zu holen. Gegen 8.00 Uhr kehrt sie nach Hause zurück, um dem Mann die Pulque zum Verkauf zu bringen. Danach beginnt die langwierig und mühsame Arbeit der Herstellung von Tortillas (sehr dünne Maisfladen). Das Wäschewaschen muß häufig an einem Brunnen oder Bach geschehen, der kilometerweit von der Hütte entfernt ist. Frauen und Kinder sammeln Kakteenfrüchte; teilweise arbeiten auch sie als Tagelöhner; da man sie noch schlechter entlohnen kann, sind sie beliebte Arbeitskräfte. Frauen, die das Geld aufbringen können, Wolle zu kaufen, stellen Webstoffe für Taschen und Decken her oder flechten Gegenstände aus Stroh. Der Verkauf dieser Gegenstände und der gesammelten Früchte wird ebenfalls von den Frauen erledigt. Für den Eigenbedarf werden die Ayates gewebt, deren Grundmaterial, die Fasern der Agave, zunächst geraspelt, dann getrocknet und gesponnen werden müssen. In sehr vielen Fällen liegt die Ernährung und Versorgung der Familie allein in den Händen der Frau.

3.2. Das Verhältnis der Geschlechter zueinander

Das tägliche Leben der Otomi-Frau wird neben dem materiellen Elend durch das alles umfassende Phänomen des „Machismo" (Männlichkeitskult) geprägt. In allen lateinischen Ländern ist dieser übersteigerte Männlichkeitskult zu beobachten, nirgendwo ist er jedoch so extrem wie gerade in Mexiko und dort besonders in der sog. „Kultur der Armut" (10). Im „Machismo" wird der Mann als animalisch-vitale „Krone der Schöpfung" mystifiziert, und so bleibt dem armen Mexikaner letztlich immer noch die Möglichkeit, sich „als Mann" anderen gegenüber überlegen zu fühlen.
Beim Mann spielt die Sexualität eine überragende Rolle. Er hat als sexuell aggressives Wesen fordernd, bedrängend und rücksichtslos zu sein. Sein Wert steigt mit der Anzahl der Kinder, die er zeugt. (Die Versorgung der Kinder ist dagegen Sache der Frau). Ein Mann, dem die Frau nicht völlig ergeben wäre, wäre kein richtiger Mann. Dazu gehört es auch, daß die Frau geschlagen werden muß, denn sie soll ihn als Herr und Gebieter anerkennen. Der Mann trifft alle Entscheidungen, so z.B. auch die Entscheidung, wann gesät wird. Dies führt oft zu absurden Situationen, z.B. dann, wenn der Mann in Mexico-City oder den USA arbeitet und die Frau zu Hause nicht säen darf, bevor sie nicht die Erlaubnis in einem Brief bekommen hat. Väter haben das Recht, ihre Kinder ohne deren Einwilligung und ohne Einwilligung der Mutter zu verheiraten. Ebenso haben sie das Recht, diese zu schlagen, ihnen zu verbieten zur Schule zu gehen usw.

Dem „machismo" komplementär ist die Vehrerrlichung der Frau als „Jungfrau" und selbstlose Mutter, der „marianismo". Die Jungfräulichkeit bis zur Heirat und die Aufopferung für ihre Kinder sind die einzigen Merkmale, die der mexikanischen Frau in den Augen der anderen Würde verleihen. Der Otomi-Frau heute ist selbst diese Achtung versagt, sie genießt auch in dieser Hinsicht keinerlei Wertschätzung. Vielmehr ist eine ausgesprochene Märtyrer-Haltung das, was von ihr erwartet wird. Sie hat die Untergebene ihres Mannes und die Mutter ihrer Kinder zu sein, ohne dafür Anerkennung zu erwarten. Ein Mann betrachtet eine Frau nicht als Gesprächspartner, sie soll zu ihm aufschauen, ihm Ergebenheit zeigen. Das äußere Zeichen dafür ist, daß sie stets einige Schritte hinter ihm hergeht.

3.3. Heirat, Sexualität und Schwangerschaft

Das Mädchen wird von Geburt an auf die Ehe vorbereitet. Schon als Kind macht es die Erfahrung, daß eine Frau von Männern schlecht behandelt wird, und es internalisiert diese Haltung. Mit Einsetzen der Pubertät wird ihm verboten, sicht anderen offen zu nähern oder andere von sich aus anzusprechen. Es muß außer Haus seinen Kopf mit dem „rebozo" bedecken. Der Vater verheiratet die Tochter im Alter von 14/15 Jahren. Die Männer sind bei der Heirat häufig wesentlich älter (27 – 28 Jahre). Während die Frau unbedingt treu, d.h. monogam sein soll, hat der Mann neben seiner Ehefrau oft mehrere Geliebte. Teilweise wohnen diese in anderen Dörfern, es geschieht jedoch auch häufig, daß zeitweilig mehrere Frauen eines Mannes im gleichen Haus wohnen. (Uns wurde von einem Mann berichtet, der

40 Kinder von 6 Frauen hat). Die Kritik der Dorfmitglieder richtet sich in solchen Fällen nicht gegen den Mann, sondern gegen die Frauen, die diese Situation akzeptieren.
Sexuell hat die Frau unterwürfig, passiv und anspruchslos zu sein. Viele Frauen erleben die Sexualität traumatisch, da sie nicht selten völlig unvorbereitet oder in betrunkenem Zustand vollzogen wird (nach Auskunft einer Ärztin im Valle del Mezquital). Eine Frau hat zu „dienen", muß immer zu „gebrauchen" sein (die Otomi-Frauen benutzen das Wort „servir"), sonst wendet sich der Mann einer anderen Frau zu.
Geburtenkontrolle und Empfängnisverhütung sind teilweise unbekannt, teilweise werden sie von den Männern abgelehnt, da sie in der Anzahl der Kinder ein Zeichen ihrer männlichen Vitalität sehen. Außerdem hat hier der Einfluß der katholischen Kirche weitreichende Folgen gehabt. So kann man beobachten, daß die Otomi-Frauen ab ihrem 15. Lebensjahr ständig schwanger sind und meist zwischen 5 – 10 Kinder haben. (Viele Kinder sterben).
Die Frau genießt jedoch auch während der Schwangerschaft keine größere Achtung. Es gibt keine Schonzeiten oder besondere Riten für schwangere Frauen; bis kurz vor der Geburt verrichtet die Frau ihre gewohnte Arbeit und nimmt diese kurz nach der Geburt wieder auf. So trifft auch im V. M. die Feststellung zu, daß der Mann die Ausbeutung und Unterdrückung, die er als Mitglied einer marginalisierten Klasse täglich erfährt, im Rahmen der Familie an seine Frau und seine Kinder weitergibt.

3.4. Mutterschaft und Kindererziehung

Die Bestimmung der Otomi-Frau ist es, Mutter zu sein. Oft versorgt sie ihre Kinder allein, da viele Männer ihre Familie verlassen, um irgendwo Arbeit zu finden oder mit einer anderen Frau zusammenleben. Viele Kinder werden ohnehin unehelich geboren. Die Frau trägt allein die Verantwortung für die Kinder, sie wird so zum Kernpunkt der Familie. Eine Frau, die keine Kinder bekommen kann, gilt als Ausgestoßene. Eine uneheliche Mutter genießt immer noch mehr Ansehen als eine kinderlose Frau. Die Kindererziehung ist allein Aufgabe der Frau. Da diese jedoch mit der Ernährung und Versorgung ihrer Kinder oft überfordert ist, sind die Kinder häufig sich selbst überlassen und verwahrlosen. Eine Frau, die fünf Kinder hat, kann davon höchstens zwei in die Schule schicken. Die anderen werden zur Beschaffung des Lebensunterhalts oder zur Mithilfe im Haushalt gebraucht.

3.5. Bildung und Ausbildung

Der Bildungsstand der Frauen ist besonders schlecht. Bei den Kindern, die die Schule frühzeitig verlassen, stellen die Mädchen den weit größeren Anteil dar. Daraus ergibt sich, daß viele Frauen nur Otomi sprechen und Analphabeten sind. Hinzu kommt, daß viele Männer ihren Frauen gegenüber das Wissensmonopol aufrechterhalten wollen und diesen verbieten, im Erwachsenenalter lesen und schreiben zu lernen. Es wurde uns mehrmals von Frauen berichtet, die verprügelt werden, wenn sie in eine Alphabetisierungsgruppe gehen wollten.

3.6. Die Tugenden einer „echten" Frau

Zusammenfassend ist festzustellen, daß sich bei der Otomi-Frau, wie wir sie im Valle del Mezquital antreffen, alle „Tugenden", die von einer Frau in einer patriarchalischen Gesellschaft im allgemeinen und in der mexikanischen Gesellschaft im besonderen gefordert werden, vereint wiederfinden, und zwar in besonders extremer Form.
Ihr Sittenkodex verlangt von der Otomi-Frau, daß sie sich bis zur Selbstaufgabe mit ihrer rechtlosen Untergebenenrolle identifiziert, daß sie das an ihr verübte Unrecht still erduldet, daß sie geduldig alles erträgt, was von außen oder von innen kommt (Brutalität, Krankheit, Schwangerschaften...). Sie ist es gewohnt, sich auf ihre biologische Funktion zu bescheiden, passiv, scheu und zurückhaltend zu sein. Sie ist es gewohnt, sich als ein „Nichts" zu sehen, das nur lebt in Beziehung auf andere Menschen hin, auf den Mann und die Kinder. Sich wehren, aktiv sein, etwas fordern und in die Öffentlichkeit treten, sind ihr in höchstem Maße fremd und nicht Sache der Frauen. So erträgt sie in stiller Dulderhaltung ihr Elend und erlangt darin ihre Größe, daß sie trotz Mißhandlung und Erniedrigung ihren Mann und ihre Kinder zu lieben versucht.

Angesichts solcher Zustände stellt sich mit äußerster Schärfe die Frage, wie sich der Kreislauf aus Armut, Hunger, Krankheit und Unwissenheit, dem diese Frauen in ganz besonderem Maße unterworfen sind, durchbrechen läßt.

Im Laufe unseres Aufenthaltes im Valle del Mezquital konzentrierten wir uns darauf, folgende Fragestellungen genauer zu untersuchen:
1. Inwieweit ist das Unterrichtsmaterial des CEDA auf die Situation der Otomi bezogen? Ist das Material dazu geeignet, die Entstehung eines Bewußtseins hinsichtlich der Benachteiligung der Frau zu fördern? Welche Normen und Wertvorstellungen kommen im Unterrichtsmaterial zum Ausdruck?
2. Lassen sich bei den Otomi-Frauen Hinweise finden auf ein Bewußtsein
– ihrer spezifischen Unterdrückung als Frauen und
– ihrer umfassenderen Unterdrückung als Indios und als Bewohner eines Landes der Dritten Welt?



4. Analyse des Unterrichtsmaterials

Da die PRIAD sich zum Ziel gesetzt hat, die Eigeninitiative und Solidarität unter der Indio-Bevölkerung zu fördern, und zu diesem Zweck die Methode des autodidaktischen und solidarischen Lernens in Gruppen ohne Lehrer eingesetzt wissen will („autodidactismo solidario"), kommt dem Unterrichtsmaterial, besondere Bedeutung zu. Die Gruppen erhalten das Material, das von staatlicher Seite zentral für ganz Mexiko erstellt wurde, und sollen mit Hilfe eines Gruppenkoordinators selbständig damit umgehen.
Die Analyse des Unterrichtsmaterials wurde gezielt durchgeführt: wir wählten Themen aus, die entsprechend unserer

Fragestellung besonders relevant erschienen: Familie, Hauswirtschaft, gesetzlicher und sozialer Schutz der Familie, Familienplanung und verantwortliche Elternschaft, Schwangerschaft, Entstehung und Geburt des Menschen, Sexualerziehung und Geburtenregelung.

Neben der Analyse der Texte legten wir auch besonderen Wert auf die Illustrationen, die angegebenen Lernziele und die Diskussionsanleitungen. Die Bilder spielen dabei für eine Bevölkerung, die kaum lesen kann, eine besonders große Rolle.

Bild und Rolle der Frau

Die Frau und ihr Alltag spielen in allen Büchern eine untergeordnete Rolle. Man muß das Bild der Frau in indirekten Hinweisen suchen und es mit den wenigen direkten Darstellungen und Bezügen auf Frauen zusammensetzen. Dabei wird das traditionelle Rollenbild, wie wir es oben gezeichnet haben, voll bestätigt.

Die Frauen verrichten folgende Tätigkeiten: Wäsche waschen und aufhängen, Wäsche als Bündel auf dem Kopf tragen, einkaufen mit Einkaufstasche, mit einem Schlauch Blumenbeete bespritzen und schließlich als Krankenschwester zur Klinik gehen. Auf den Bildern, auf denen sie mit Männern zusammen sind, sind sie oft nur im Hintergrund anwesend, während der Mann etwas tut.

Der Mann spielt auch bei den Themen eine wichtigere Rolle, bei denen man die Betonung der Frauenrolle erwarten würde. So wird beispielsweise im Kapitel über Familienplanung eine Diskussion aufgeführt über deren Sinn oder Unsinn, die zwischen drei Männern stattfindet. Aus der Art der Diskussion wird deutlich, daß es allein die Entscheidung des Mannes ist, ob Empfängnisverhütung überhaupt angewendet wird, denn schließlich hat er dabei eventuell das Image zu verlieren, ein überaus potenter Mann zu sein, wenn die Zahl seiner Kinder nur klein ist. Eine Frau, die krank ist, geht von ihrem Mann begleitet zum Arzt, sie trifft keine Entscheidung allein, sie ist immer nur im Umfeld: Mann, Kind, Haushalt anwesend. Eine Ausnahme bildet ein Kapitel über Arbeit von Frauen. Wohlgemerkt ist mit „Arbeit" von Frauen nur bezahlte Arbeit außer Haus gemeint. Zwei Frauen werden dargestellt, die eine mit einem bepackten Esel und die andere hinter einem Schreibtisch. Dazu wird im Text geschrieben, daß in vielen Familien die Mütter arbeiten, „... manchmal aus Freude oder um sich besser in bestimmten Bereichen zu entwickeln, manchmal aus Notwendigkeit." Dann soll über die Vor- und Nachteile diskutiert werden, wenn die Frau eine bezahlte Arbeit hat.
Die „befreite Mutter", die neben dem Haushalt noch im Büro arbeiten darf! ein neues Frauenbild?

Relevanz der Inhalte für Otomi-Frauen

Liest man die in den Büchern angegebenen Thesen, gewinnt man zunächst den Eindruck, daß darin viele für Otomi-Frauen relevante Themen enthalten sind. Bei näherer Betrachtung wird dieser Eindruck jedoch korrigiert, denn die Art und Weise, wie die Themen behandelt werden, kann den Frauen nur ein permanentes Unterlegenheits- und Minderwertigkeitsgefühl vermitteln. Ständig müssen sie feststellen, daß alles ganz anders ist, als es bei ihnen bisher war. Und nirgendwo wird ihnen gesagt, daß auch sie über bestimmte Werte verfügen, die es zu entwickeln oder zu festigen gälte. Statt dessen werden Lösungen als richtig vorgeführt, die für diese Frauen völlig irreal sind; der Anspruch auf Richtigkeit aber bleibt bestehen.

Einige Beispiele sollen dies belegen. Im Band Sozialwissenschaften werden unter dem Thema Hauswirtschaft folgende Lernziele genannt: Wichtigkeit der familiären Kostenplanung aufzeigen / Beschreiben, wie man eine hauswirtschaftliche Buchführung macht / Erklären, wie man die Ökonomie der Familie verbessern kann. Es wird betont, daß es wichtig sei, das Geld gut einzuteilen, dann werden zwei Familien gezeigt, wovon eine zerlumpt ist (so wie Otomi-Familien am ehesten aussehen). Danach werden Vorschläge gemacht, wie man bei der Buchführung vorgeht, und es werden folgende Posten aufgezählt: Taxi, Kosmetika, Erfrischungsgetränke und Bier, usw. (welche Otomi-Frau benutzt so etwas?). Als Familieneinkommen werden 500 pesos pro Woche angegeben, eine Summe, die eine Otomi-Familie nur mit Mühe im Monat aufbringt. (3) Schließlich wird der Rat gegeben, daß darauf geachtet werden muß, daß man eine Reserve behält – eine Bemerkung, die in den Ohren der Otomi-Frauen wie Hohn klingen muß.

Ähnlich mag es ihnen mit der Aufforderung gehen, über Vor- und Nachteile einer bezahlten Arbeit zu diskutieren, wo ihr größtes Problem ist, überhaupt Verdienstmöglichkeiten zu finden.
Im Kapitel über Familienplanung wird die Wichtigkeit hervorgehoben, daß die Eltern gemeinsam „in freier und bewußter Form" (Zitat) entscheiden, wieviele Kinder und zu welchem Zeitpunkt sie sie haben wollen. Die meisten frauen werden dabei nur sehnsüchtig von einem Mann träumen können, der zu so etwas bereit wäre. Noch mehr spitzt sich der Widerspruch zwischen Anspruch und Wirklichkeit zu, wenn im Text über Schwangerschaft davon die Rede ist, daß die schwangere Frau besonders auf ihre Gesundheit und ihre Ernährung aufpassen müsse, daß sie täglich spazieren gehen solle (!), daß sie darauf achten muß, daß sie nicht zu viel zunimmt und daß sie möglichst nur Fleisch, Milch, Eier, Fisch und Gemüse ißt. Große Anstrengungen seien zu vermeiden, usw. Es werden Fragen gestellt, wie sich wohl der Ehemann seiner schwangeren Frau gegenüber verhalten solle, weshalb die Ernährung wichtig sei und dergleichen Fragen mehr.

Das gesamte Thema Schwangerschaft / Geburt / Familienplanung wird im Stil eines „Ratgebers für Schwangere", wie er auch bei uns in Deutschland üblich ist, vorgeführt: Glückliches Paar, das alles tut, um nur ja ein gesundes und kräftiges Kind zu bekommen. Auch die Bilder bestätigen dies. (Frau im Minirock, mit Handtäschchen, gut eingerichtete Zimmer ...). Die Otomi-Frau, die so etwas liest, muß sich diesen Ansprüchen gegenüber einfach ohnmächtig fühlen. Es wird ihr gesagt, daß Schwangerschaften gefährlich sein können, daß sie den Körper zermürben, daß Abtreibung schädlich, eine Geburt ohne Arzt ein Risiko sei, usw..
An ihrer Realität ändert sich jedoch nichts, und es wird ihr als einzige Möglichkeit einer Veränderung vorgeschlagen, zu einer Institution zu gehen, die Familienplanung und kostenlose Entbindungen durchführt (wo gibt es die in Mexiko und wieviele?). Anstatt den Frauen die Möglichkeit zu geben, sich positiv mit den Vorgängen in ihrem Körper auseinanderzusetzen, werden sie immer mehr verunsichert und ihrem eigenen Körper entfremdet.

Verhältnis zwischen Mann und Frau

Mann und Frau treten in den Büchern nur im Zusammenhang von Ehe und Familie miteinander in Beziehung. Das Kapitel über die Entstehung einer Familie beginnt damit, daß ein Mann um eine Frau wirbt, sie läßt sich passiv werben (verdeutlicht in einem Bild, auf dem vom Mann aus zwei Herzen aufsteigen und sie mit hängenden Armen dasteht). Auf späteren Bildern sind beide entweder im Zusam-

menhang mit Geld dargestellt oder bei gemeinsamen Besuchen beim Arzt.

Zur Rolle des Mannes wird gesagt, er verdiene das Geld, teile es ein und plane die Ausgaben. Wenn die Frau einmal Anspruch erhebt auf Geld, dann um irgend etwas für die Familie oder die Kinder zu tun. Das Problem der Hausarbeit des Mannes wird zur Diskussion gestellt, ohne weiter darauf einzugehen. Das Kapitel Sexualität wird vollkommen losgelöst von der Realität im Stil eines Biologie-Lexikons erörtert mit Querschnitten und Schemata anatomischer Gegebenheiten.

Der Satz, in dem gesagt wird, daß die beiden ein Kind erwarten, spricht ebenfalls für sich: Aus dem Spanischen wörtlich übersetzt heißt es nämlich: „Pedro und Maria werden Väter sein!" (Pedro y Maria van a ser papas"). Die spanische Sprache drückt hier in einem Wort das Verhältnis zwischen Mann und Frau präzise aus. Überall in den Büchern tritt die Frau dem Mann entweder als Geschöpf gegenüber, das er beschützen muß, oder als Mutter seiner Kinder, dann kann sie sich sogar auch einmal gegen ihn wenden.



Der Pulque-Schnaps ist das Vergessen, die Flucht....

Das Bild der Familie

„Die Harmonie in der Familie basiert auf Vertrauen, Liebe und Respekt aller untereinander. Gemeinsam können wir besser planen und Zufriedenheit für alle erreichen." Mit diesen Sätzen endet das Kapitel über die Familie. Einige Seiten vorher wird eine Familienidylle bildlich vorgestellt: Es wird ein Zimmer gezeigt mit sehr guter Einrichtung, hinten ist ein Durchblick in eine moderne Küche. Die Frau sitzt auf einem kleinen Stuhl und stickt, der Mann im Schaukelstuhl hat die Tochter auf dem Knie und liest mit erhobenem Zeigefinger aus einem Buch vor. In der Küche spült das Söhnchen auf einem Stuhl stehend das Geschirr. Das Ideal der fortschrittlichen mexikanischen Mittelstandsfamilie ist perfekt, und die Beispiele ließen sich noch beliebig fortsetzen.

Die ideale Rollenverteilung sieht so aus: Der Mann ist der Geldverdiener, der die wichtigen Entscheidungen trifft. Er hilft auch mal im Haushalt. Gemeinsam sollen Entscheidungen über den Wohn- und Arbeitsort, über die Anzahl der Kinder und den Zeitpunkt der Geburt getroffen werden. Die Kinder sollen an manchen Entscheidungen beteiligt sein. Die Eltern sind Vorbilder der Kinder und sie sind verpflichtet, diese bis zum 15. Lebensjahr in die Schule zu schicken. Ausdrücklich wird gesagt, daß es verboten sei, vom Geld der Kinder zu leben. Diesedürften erst ab 18 Jahren arbeiten. Die Otomi, die diese Sätze lesen, können sich auch hier nur sagen, daß sie versagen, denn ihre ökonomischen Verhältnisse zwingen sie dazu, ihre Kinder mit zehn Jahren arbeiten zu lassen und manche Kinder gar nicht in die Schule zu schicken. Jetzt müssen sie sich auch noch als „schlechte Erzieher" Vorwürfe machen. Sie haben keine andere Wahl.

Bezug auf die Inhalte zur Realität einer Indio-Bevölkerung

Aus dem bisher Gesagten wurde bereits deutlich, daß die dargestellten Inhalte an einer anderen Wirklichkeit gemessen wurden als der im Valle del Mezquital. Die Analyse der Bilder und Texte zeigt dies überdeutlich.
Im Einführungsband werden etwa dreimal so häufig Dinge aus dem Stadtleben dargestellt wie aus dem Leben der Bauern. Während Hochhäuser, Steinhäuser, Fabriken mehrmals dargestellt sind, ist kein einziges Mal eine Hütte zu sehen, in denen die Bauern wohnen. Zu folgenden Überschriften sollen Sätze geschrieben werden: Es gefällt mir, mein Haus mit Farben anzumalen. In meinem Dorf gibt es viele Bäume und Blumen. Gestern war ich im Kino, usw. Und in den Sozialwissenschaften werden Aktivitäten verlangt, wie z.B. die Minimallohnbestimmung der Regierung herauszufinden (den Lohn, den kaum ein Otomi erreicht). Ein letztes Zitat mag genügen, um den Widerspruch zwischen dem, was in den Büchern steht, und dem, was tatsächlich ist, deutlich zu machen: „Der größte und wichtigste Reichtum eines Landes sind seine Einwohner. Die Männer, Frauen und gesunden Kinder, gut ernährt und resistent gegen Krankheiten, sind die Basis des Reichtums einer Nation". Wohin gehören hier wohl die Otomi?

Das Verhältnis zwischen einzelnem und Gesellschaft

Der Staat stellt sich als Wohlfahrtsstaat dar, er kümmert sich mit Dienstleistungen um die Belange seiner Bürger wie Ernährung, medizinische Versorgung, Familienplanung, Wohnung und Erziehung. Der Bürger soll herausfinden, welche Wege es gibt, in seiner Gemeinde solche staatlichen Einrichtungen zu bekommen („servicios"). Er soll vergleichen, wie die Dienststellen arbeiten (Aktivitätsanleitung im Buch) und Vorschläge zur Verbesserung machen. Schließlich soll er dem Staat vertrauen, daß er es gut mit allen meint, und er soll bereit sein, Veränderungen zu akzeptieren.

Notwendigkeit und Möglichkeit einer Veränderung

Daß Veränderungen notwendig sind, wird bestätigt; in welche Richtung diese gehen sollen, wurde oben deutlich. Unter der Überschrift „Veränderung der Kultur" heißt es, daß alle zur Veränderung beitragen könnten. Das dazugehörige Bild zeigt einen Bauer, zuerst mit einer Kuh, dann mit einem Traktor und eine Frau, zuerst am offenen Feuer, dann am Elektroherd. Fortschritt wird gleichgesetzt mit Verbreitung von Industrieprodukten in rück-

ständigen traditionellen Gebieten: Ein Phänomen, das man überall in Mexiko beobachten kann.

Wege, die zur Veränderung führen, sind laut Unterrichtsmaterial folgende: Mehr lernen, die Kinder besser erziehen, mehr Wissen aneignen, seinen Haushalt besser planen und führen, das Geld besser einteilen, sich an staatliche Institutionen wenden, in die staatlichen Gewerkschaften eintreten, Konsumgenossenschaften bilden, seine Produkte günstiger verkaufen und anderes mehr.
Typisch für den Gesamttenor der „Veränderungswege" erschien uns folgendes Bild: Links der Mann, rechts die Frau, dazwischen das Wort „Bildung und Erziehung" („educacion"), darunter drei Kinder. Hier ist vorgegeben, was uns später in den Gesprächen immer wieder begegnete: Bildung als die Lösung nehzu aller Probleme.

Abschließende Bewertung des Materials der PRIAD

Nach der sehr verkürzten Darstellung der Materialanalyse ist, so hoffen wir, eines ganz deutlich geworden: Die logische Folge der Konfrontation der Indio-Bevölkerung mit diesen Normen und Vorstellungen ist das Gefühl der Ohnmacht, der Unwissenheit und der Unterlegenheit gegenüber dieser Kultur. Vergeblich suchten wir nach einer kritischen Auseinandersetzung mit der Realität, vergeblich nach Fragen über Zusammenhänge und Ursachen; nirgendwo fanden wir Hinweise auf die Hintergründe der extremen Widersprüche, wie sie im heutigen Mexiko existieren. Dieses Unterrichtsmaterial kann auf keinen Fall geeignet sein, die Entstehung eines Bewußtseins über die eigene Unterdrückung zu fördern, es behindert dieses vielmehr. Es bewirkt eine Anpassung an die derzeitigen Verhältnisse und bringt eine Veränderung, die in Wirklichkeit nichts verändert.

5. Die Gespräche mit den Otomi-Frauen

Da es uns in der kurzen Zeit nicht möglich war, Kontakte zu vielen einzelnen Frauen aufzunehmen und zu Einzelgesprächen ein größerer Vertrautheitsgrad notwendig gewesen wäre, entschieden wir uns dafür, Otomi-Frauen, die an Lerngruppen der PRIAD teilnahmen, gemeinsam zu befragen. Wir wählten drei Dörfer aus, die uns aufgrund ihrer unterschiedlichen sozioökonomischen Verhältnisse interessant erschienen. Die Gespräche fanden anhand von Leitfragen gegen Ende unseres Aufenthaltes statt, nachdem wir den Frauen durch mehrere Besuche vertraut waren.
Den Rahmen dieses Artikels würde es sprengen, auf die Antworten der Frauen im einzelnen einzugehen. Wir wollen deshalb lediglich darstellen, welche Schlußfolgerungen sich aus den Gesprächen mit den Otomi-Frauen ergeben.

Einstellung zum Unterrichtsmaterial

Zu diesem Punkt waren die Antworten sehr vage. Es bestan - eine große Scheu, sich kritisch zu äußern, was nicht verwunderlich ist. Denn wo wurde das bis jetzt geübt?
Etwaiges Nichtverstehen der Texte wurde als Folge der eigenen Unwissenheit gesehen und nicht dem Material angelastet. („Wir verstehen nicht, weil wir nichts wissen".) Die Überzeugung, selbst nichts zu wissen, ist selbstverständlich, daß Kritik nur gegen das eigene Selbst gerichtet werden kann und nicht nach außen.
Es war sicher sehr ungünstig, daß eine Mitarbeiterin des CEDA in allen drei Gesprächen anwesend war. Dennoch ist es fraglich, ob die Antworten wesentlich anders ausgefallen wären.

Daß alle Frauen fanden, daß in den Büchern ihre Realität abgebildet sei, obwohl unsere Analyse zum gegenteiligen Ergebnis geführt hat (die sich auf unsere Informationen über die Region und unsere Eindrücke stützt), kann als Hinweis gesehen werden, wie sehr die fremden Maßstäbe und Normen inzwischen verinnerlicht wurden, so daß bereits eine innere Entfremdung vom eigenen Lebensstil stattgefunden hat, obwohl dies äußerlich noch kaum zu erkennen ist. Außerdem kann auch hier die Scheu, Kritik zu üben, eine Rolle gespielt haben.



Beziehung zwischen Mann und Frau und der Wunsch nach Veränderung

Das Verhältnis der Geschlechter zueinander nahm einen zentralen Platz ein, obwohl dieses Thema in den Büchern zweitrangig ist. Die täglichen Grunderfahrungen der Frauen sind durch dieses Verhältnis geprägt neben den ökonomischen Problemen. Zwei Themen beschäftigten sie besonders: Die Angst vor ehelicher Untreue der Frau beim Mann und das Herr-Knecht-Verhältnis zwischen Mann und Frau.
Als Grund, die Fraum am Lernen zu hindern, wird immer wieder die befürchtete Untreue genannt. Hier wird das Besitzdenken deutlich, dem die Frauen unterworfen sind. Die „Untreue" der Frau erlaubt dem Mann, sie sogar ihrer Grundrechte zu berauben (So sagten die Frauen aus einem Dorf, viele Männer hätten Angst, daß die Frauen, statt in die Gruppe zu gehen, in dieser Zeit mit anderen Männern zusammen wären. Deshalb würden viele ihren Frauen verbieten, an den Lernzirkeln teilzunehmen. Sie hätten auch Angst, daß die Frauen wegliefen, wenn sie mehr wüßten). Kaum der Erwähnung ist es dagegen wert, daß die Otomi-Männer meist mehrere Frauen haben, was diesen Frauen sicher auch Kummer bereitet.
Dennoch ist die Benachteiligung, die die Frauen erleiden, so massiv, daß sie ihnen allen deutlich bewußt ist. Sehr bestimmt und spontan, mit unterschwelliger Aggression, zählten sie Beispiele ihrer Unterdrückung auf. Am häufigsten waren die aus der Arbeitswelt, doch auch das Wissensmonopol der Männer, ihre Herrschsucht und mangelnde Verantwortlichkeit gegenüber ihren Kindern wurden kritisiert. Einige Frauen nannten auch körperliche Brutalität. Diese Formen der Unterdrückung sind so offensichtlich, daß sie jede Otomi-Frau bewußt erleben kann. Gegen diese Formen wendet sich auch der Unmut. Doch gleichzeitig fühlen sie sich ihnen machtlos ausgeliefert.
Der Wunsch nach Veränderung dieser Verhältnisse ist da, doch übermächtiger ist die Hilflosigkeit und die Resignation gegenüber solcher Übermacht. Es war sehr erschrek-

kend zu sehen, wie deutlich einerseits das Wissen um die Ungerechtigkeit und Benachteiligung, der Frauen unterworfen sind, war und wie aussichtslos diesen Frauen jede Hoffnung auf deren Beseitigung erschien. Ein solches Bewußtsein ist jedoch die logische Folge ihrer Situation: Die Frauen nehmen wahr, daß sie mit Füßen getreten werden, doch sie sind zu sehr in die „...Wirklichkeit der Unterdrückung eingetaucht..." (11), als daß sie an die Überwindung des Widerspruchs zwischen Mann und Frau (Unterdrücker und Unterdrückter) glauben können. „Aufgrund ihrer Identifizierung mit dem Unterdrücker haben sie kein Selbstbewußtsein als Person ..." (12), sie wagen es nicht, sich gegen ihre konkreten Verhältnisse zu wehren. Diese Aussagen wurden von Paulo Freire in Bezug auf die unterdrückten Völker der Dritten Welt gemacht, sie treffen ebenfalls auf die Otomi-Frauen zu.

Die Frauen, mit denen wir sprachen, konnten sich Veränderung nur von „Mannes Gnaden" vorstellen, wenn überhaupt: Vielleicht können Männer zur Einsicht gebracht werden, wenn die Frauen mehr wissen, wenn sie alle nicht mehr so dumm sind. Die Mißstände werden wiederum dem eigenen Verschulden zugeschrieben. Als Mitglieder einer „Kultur der Armut" haben sie alle teil an deren Ignoranz und Verschulden, auf sie werden alle Fehler und Mängel abgeschoben.

Die viel subtileren Formen der Unterdrückung der Frau durch das Rollenklischee, das auch in den Lehrbüchern zum Ausdruck kommt, können die Frauen nicht sehen. Es gibt jedoch zu denken, daß immerhin eine Frau darauf verweist, daß das Frauenproblem universal ist.

Selbstbild der Frauen und Solidarität

Sich selbst sehen die Frauen, wie es den Vorbildern entspricht, nur auf den Mann und das Kind bezogen. Jede ist mit ihren Problemen allein; sich gegenseitig unterstützen können sie sich nur durch Ratschläge und emotionale Beziehungen. Sie sehen sich selbst als viel zu gering an, als daß sie sich klar werden könnten, daß sie eine gemeinsame Stärke und Kraft erreichen könnten. Der tägliche Kampf wird individuell geführt und raubt alle Kräfte. Eine Frau drückte die Haltung aller Frauen sehr deutlich aus: „Wir Frauen akzeptieren unsere Situation gegen unseren Willen, damit unsere Kinder nicht leiden und damit sie uns einmal nicht hassen." Die Frauen können ihr Schicksal nur ertragen, weil sie alle ihre Hoffnungen in ihre Kinder verlegt haben. Für sie wollen die Frauen lernen, für sie erhoffen sie Veränderung, sich selbst haben sie wohl vor langer Zeit aufgegeben. Wie sollte man da noch für sich kämpfen können?

Wege der Veränderung

Veränderung scheint den Frauen nur denkbar als Veränderung des eigenen Selbst. Da sie die Ursachen des Elends ihrer Klasse in deren eigene Verantwortung verlagern und die Mitglieder derselben als unfähig und unwissend bezeichnen, machen sie sich selbst handlungsunfähig. Der Gedanke, daß keine Selbstverschuldung vorliegen sondern Macht von außen wirksam sein könnte, taucht gar nicht erst auf. Deshalb sehen sie auch die einzigen Chancen in der Aneignung des Bücherwissens, der Aufhebung der Unwissenheit und der Verbesserung der Erziehung, so wie das laut Unterrichtsmaterial ja auch richtig ist.

Durch eine Gruppe wird der zweite gangbare Weg gemäß Büchern aufgezeigt: Lernen und zu den staatlichen Institutionen gehen und bei diesen für die Einsetzung eines Centro de salud" (Gesundheitsstation) vorsprechen.

Bewußtsein hinsichtlich der Unterdrückung als Indios

Der Anspruch innerhalb der Befragung Hinweise auf das gesellschaftliche Bewußtsein zu erhalten, war zu hoch gestellt. Es läßt sich daher nicht sagen, ob das gesellschaftliche Bewußtsein entgegen unseren Erwartungen weniger entwickelt ist, oder ob die schwache Resonanz auf die Fragen aufgrund ihres Ungenügens zustande kam. Allerdings würde ein totaler Mangel an Reflexion über gesellschaftliche Zusammenhänge bei den Frauen die Gegebenheiten im Unterrichtsmaterial nur widerspiegeln. So ist es kein Wunder, daß das Lernen vorwiegend der besseren Erfüllung der Pflichten einer Frau dient. Selbst in einem Dorf, in dem die Umwälzung durch den Anschluß an den Verkehr in den letzten Jahren sehr groß gewesen sein muß, werden die schlechten Lebensbedingungen nur mit der eigenen Unwissenheit in Zusammenhang gebracht, gesellschaftliche Bezüge fehlen.

6. Abschließende Beurteilung und Kritik

Obwohl unser Aufenthalt im Valle del Mezquital nur sehr kurz war, glauben wir einige wichtige Eindrücke gewonnen zu haben. Im Hinblick auf die Fragen, die wir uns zu Beginn gestellt haben, ist einiges deutlicher geworden. Wir sahen, daß die Otomi-Frauen, mit denen wir sprachen, hinsichtlich einiger Aspekte ihrer Unterdrückung als Frauen ein hoch entwickeltes Bewußtsein haben. Als einzige Form der Auseinandersetzung mit ihrer Situation bleibt ihnen jedoch nur die Resignation: Das Akzeptieren ihrer Unterlegenheit, das Internalisieren ihrer Minderwertigkeit und die Identifikation mit dem Unterdrücker. Die Otomi-Frauen erheben keinen Anspruch auf eine eigene Identität, sie „wehren" sich durch Selbstaufgabe.

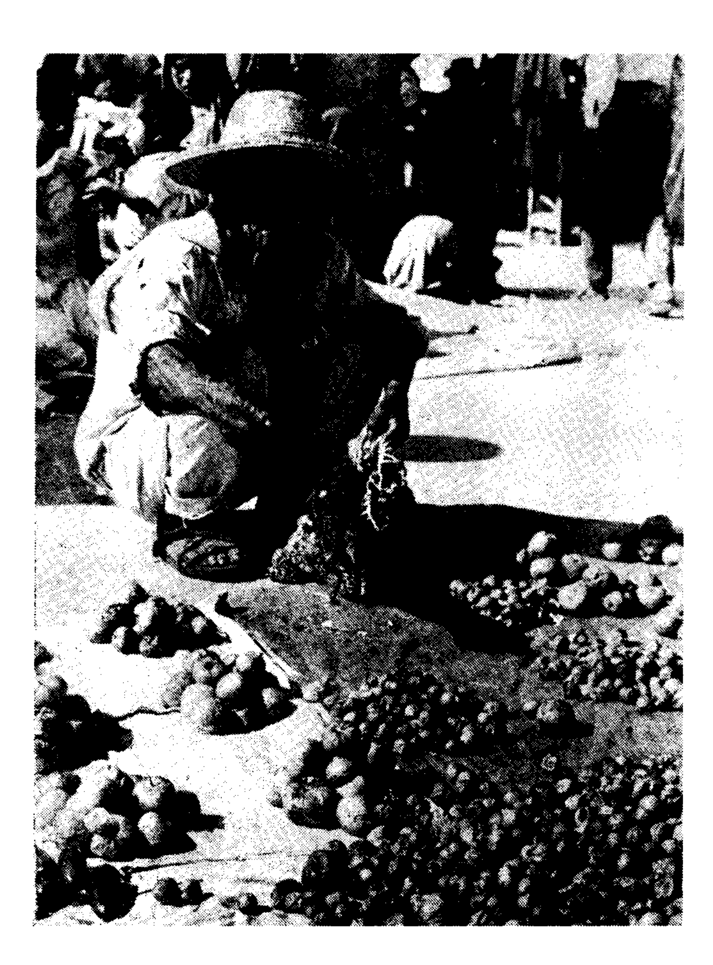
Alles, was Paulo Freire über das Bewußtsein der Unterdrückten gesagt hat, fanden wir bei den Otomi-Frauen bestätigt. Sie haben das, was E. Bernhardt ein „unterdrücktes Bewußtsein" nennt. Und was im Vorwort zu Freires „Pädagogik der Unterdrückten" steht, erkannten wir als für die Otomi-Frauen bestimmend: „Die innere Unterwerfung vor der Übermacht der Macht führt dazu, daß die Unterdrückten sich selbst so sehen, wie die Unterdrücker sie sehen, nämlich als 'nichtig'...". Das wichtigste Instrument dieser ... Besetzung des Bewußtseins der Unterdrückten mit dem Mythos der Unterdrückung, ist die Erziehung."(13) Die Basisbildung durch die PRIAD scheint uns aufgrund der Normen und Vorstellungen, wie sie durch das Unterrichtsmaterial vermittelt werden, ein zusätzliches Instrument der Unterdrückung zu sein. Sie erscheint als eine der vielen „assistentiellen" (14) Lösungen, die von der mexikanischen Regierung überall versucht werden, indem sie durch eine Politik finanzieller und sozialer Hilfe die Symptome, aber nicht die Ursachen gesellschaftlichen Übels bekämpft.

Für die Frauen ist diese Methode besonders verhängnisvoll, denn sie verhindert unter dem Deckmantel einer Pseudopartizipation die „Öffnung" ihres Bewußtseins, die ein echtes Eintreten für ihre Rechte und die Verbesserung ihrer Lage zur Folge haben könnte. Stattdessen wird ihre Unterdrückung weiter gefestigt: Man beseitigt ein Symptom ihrer Unterdrückung (ihr Analphabetentum), um sie auf andere Weise noch besser unterdrücken zu können. Als Indio-Frau läßt man sie an einer Entwicklung teilhaben, deren Ergebnis die Zerstörung des „Indio" ist.

Daß auch die Frauen, daß auch die Indios „... die 'Dinge kennen', die sie in ihrer Beziehung zur Welt und zu anderen Menschen gelernt haben..." (15), daß auch sie über Wissen verfügen, wird ihnen zumindest durch das Unterrichtsmaterial nicht klar gemacht. Im Gegenteil! Durch

eine Wissensvermittlung, die sie immer mehr von ihrer Minderwertigkeit überzeugt, geschieht eine lautlose Anpassung an die Normen einer Gesellschaft, die ihr Elend einst hervorgebracht hat: Der Indio wird an eine Gesellschaft angepaßt, in der der Indio ein Mensch zweiter Klasse ist, der den Fortschritt hemmt und dessen „Werte" nichts bedeuten. Die Anpassung der Frau an eine Gesellschaft, die die Frauen verachtet, die sie zum reinen Objekt macht und von ihr erwartet, daß sie sich selbst mißachtet und aufgibt, wird immer lückenloser.

Beides Mal hat die Anpassung die totale Entfremdung von sich selbst und seinen ursprünglichen Wesen zur Folge.



Die Eindrücke, die wir gewonnen haben, sind ohne Zweifel impressionistisch, und die Urteile, die darauf basieren, können nur vorläufig sein.
So wäre es notwendig gewesen, einige Zeit in den Dörfern zu leben, in denen wir die Gespräche geführt haben.
Um das Projekt des CEDA differenzierter einschätzen zu können, hätten wir die Ansprüche des Projekts, wie wir sie oben dargestellt haben, in der Realität im einzelnen überprüfen müssen.

Dennoch messen wir unseren Beobachtungen einen gewissen Wert bei, der darin liegen kann, daß sie neue Anstöße für eine Diskussion über die Rolle geben, die die Basisbildung für Frauen in der Dritten Welt spielt. Viele Fragen bleiben offen, deren Antwort wir noch nicht kennen:

Kann Bildung ein Sprungbrett für Frauen der Dritten Welt sein zum Eintritt in die Gesellschaft und deren aktiver Veränderung? Wie soll der Gegensatz und Konflikt zwischen Anpassung an die moderne Zivilisation und Bewahrung der kulturellen Identität aufgehoben werden? Welche Wege aus der Unterdrückung gibt es für die Frauen der Dritten Welt?

Eines ist uns jedoch deutlich geworden: Es genügt nicht, allein den Kampf gegen die Unterdrückung der Länder der Dritten Welt durch die Industrienationen aufzunehmen und auf die Auflösung des „Nebenwiderspruchs" zwischen Mann und Frau durch diesen Kampf zu hoffen. Die Unterdrückung der Frauen überall in der Welt durch den Mann muß unabhängig davon aufgehoben werden, auch wenn sie damit in Zusammenhang steht. Ihre Ursachen liegen tiefer.

Anmerkungen:

1) Untersuchung von Ma. Elena Fassani. Klaus Hugo und Francisco Navarete: Psibilidades de Desarollo Economico en el Valle del Mezquital. Mexico 1976
2) ebda.
3) Investigacion zonal en el Valle del Mezquital. Hrsg. von: Centro Operacional de Vivienda y Poblamiento, Bd. 1a, Mexico D. F., 1970
4) Pfarrer C. Holtermann in einem Brief an die Kath. Studentengemeinde in Berlin, entnommen aus: Internationale Begegnung KSG Berlin. Mexico 1975
5) Benitez, Fernando: Los indios de Mexico. Tomo 4. Mexico D. F. 1972
6) Freire, Paulo: Pädagogik der Unterdrückten. Bildung als Praxis der Freiheit. Hamburg 1976[5].
7) Freire, Paulo: Erziehung als Praxis der Freiheit. Hamburg 197
8) Soustelle, Jacques: La Famille Otomi-Pame du Mexique Central. Paris 1937.
9) Wischmann, Christine: Die mexikanische Fotonovela. Eine Untersuchung über Struktur, Ideologie und Rezeption von Massenliteratur in Mexiko und Lateinamerika. Stud. d. anthropolog. Forschung. Bd. 1, Nr. 3. Wiesbaden 1976. Nach Christine Wischmann (1976) wird der Vegetationskult als Kennzeichen der Mutterrechtsgesellschaft angesehen und entspricht der Ackerbaukultur.
10) Lewis, Oscar: Die Kinder von Sanchez. Selbstportrait einer mexikanischen Familie. Düsseldorf.und Wien 1963
11) Freire, Paulo (6), S. 33
12) ebda., S. 33
13) Lange, Ernst: Einführung. In Freire, Paulo (6), S. 11
14) Freire, Paulo (7)
15) Freire, Paulo (6)

Literaturverzeichnis:

BARTRA, Roger et. al.: Caziquisco y poder politico en el Mexico rural. Mexico D. F. 1975
BENNHOLDT-THOMSEN, Veronika: Zur Bestimmung des Indio.
Die Die soziale, ökonomische und kulturelle Stellung der Indios in Mexiko. Berlin 1976
ARANDA, Clara Eugenia et. al.: La mujer: Explotacion, lucha, liberacion, Mexiko 1976
Punto Critico: La mujer en Mexico. Mexico D. F. 1972
La mujer en America Latina. Tomo 1/2. Maria del Carmen Elu de Lenero (Hg.), Mexico D. F. 1975
ILLICH, Ivan u.a.: Bildungspolitische Alternativkonzeptionen der Dritten Welt. Politischer Arbeitskreis Schulen. 1972
STÜCKRATH-Taubert, Erika (Hg.): Erziehung zur Befreiung. Volkspädagogik in Lateinamerika. Hamburg 1975
DAUS, Ronald: Zorniges Lateinamerika – Selbstdarstellung eines Kontinents. Düsseldorf und Köln 1973. Andre Gunder Frank, Rodolfo Stavenhagen, Luis Vitale u.a.: Lateinamerika: Entwicklung der Unterentwicklung. Hrsg. Bolivar ECHEVERRIA und Horst KURNITZKY. Politik 15. Berlin 1975[3]
GALEANO, Eduardo: Die offenen Adern Lateinamerikas. Die Geschichte eines Kontinents von der Entdeckung bis zur Gegenwart. Wuppertal 1973
MYRDAL, Gunnar: Politisches Manifest über die Armut in der Welt. (The Challenge of World Poverty). Frankfurt a, H. 1970

Zeitschriften:

1. AMERICA INDIGENA. Instituto Ind. Interamer., Mexico D. F.
2. ANUARIO INDIGENISTA. Instituto Indigenista Interamericano. Mexico D. F.
3. INDIANA. Beiträge zur Völker- und Sprachenkunde, Archäologie und Anthropologie des indianischen Amerika. Berlin.
4. Ibero-Amerikan. Institut (Hg.)
4. PROGROM. Gesellschaft für bedrohte Völker, Hamburg
5. SOLIDARITÄT. Solidaritätskomitee für Afrika, Asien und Lateinamerika. „Indianer", Nr. 14, 3. Jahrgang. Basel

Hungerstreik für politische Gefangene

Hungerstreik mexikanischer Frauen für die politischen Gefangenen

Mexiko und der mexikanischen Regierung ist es bisher gelungen, in der Welt den Schein eines demokratischen Landes, in dem Meinungsfreiheit herrscht, zu wahren. Mexiko bietet den politisch Verfolgten aus den Militärdiktaturen Argentinien, Brasilien und Chile großzügig politisches Asyl an. Die Technokraten und Bürokraten der ‚Institutionalisierten Revolutionspartei' (PRI), der scheinliberalen Oppositionsparteien und der rechtlichen Institutionen sorgen dafür, daß Informationen über Streiks, Folterungen und verschwundene Personen nicht nach außen dringen.

Studenten, Arbeiter und Bauern, die gegen Elend, Unwissenheit und Arbeitslosigkeit protestieren, werden verfolgt, gefoltert und in geheimen Gefängnissen des Militärs jahrelang festgehalten, ohne daß Familienangehörige Möglichkeiten haben, ein gerechtes gerichtliches Verfahren einzuleiten.

Die berüchtigten „Brigadas blancas" – Anti-Guerillo-Truppen des Staates –, die „Guardias Blancas" und die Pistoleros – der private Schutz der immens reichen Großgrund- und Fabrikbesitzer – sorgen ständig dafür, daß es zu bewaffneten Begegnungen mit vorgeblichen „Guerilleros" kommt, um bei dieser Gelegenheit gegen diejenigen vorzugehen, die es wagen, anders zu denken, und sie zu ermorden.

Die „Andersdenkenden" sind keinesfalls bewaffnete Guerilleros, sondern vor allem einfache Menschen, die das im Gesetz verankerte Recht auf Streik und Organisation ernstnehmen und entdecken müssen, daß die staatlichen Institutionen und die Gewerkschaften ihre Interessen mit Füßen treten. Das Heer der Arbeitssuchenden bietet der Privatindustrie die Möglichkeit, gesetzlich festgelegte Mindestlöhne willkürlich zu unterlaufen und die berechtigten Forderungen der angestellten Arbeiter, die in Streiks und Organisation am Arbeitsplatz versuchen, sich Gehör zu verschaffen, zu ignorieren. So wurden in Salina Cruz mehr als 200 Arbeiter fristlos entlassen, weil sie höhere Löhne und die Anerkennung ihrer Gewerkschaft verlangten. Die Schiffskompanie MESA, die mit nordamerikanischem Kapital arbeitet und in die USA exportiert, wurde bei ihrem Vorgehen bedingungslos vom Staat unterstützt.

Gründung des Komitees

Angesichts der immer bedrohlicher werdenden Repression durch Polizei und Militär wurde 1977 ein Komitee für die Verteidigung der politischen Gefangenen, Verfolgten und Verschwundenen gegründet, das „Comite pro-defensa de presos, perseguidos, desaparecidos y exiliados politicos". Das Komitee setzt sich nicht, wie zu vermuten wäre, aus politisch Aktiven zusammen, sondern aus deren Familienangehörigen: Müttern und Ehefrauen. Diesen Frauen geht es nicht um politische Auseinandersetzungen, um diese oder jene Organisation oder Partei. Sie fordern die Einhaltung der Menschenrechte auch für politische Gefangene, ein gerechtes, ziviles Gerichtsverfahren und Bekanntgabe derjenigen, die in geheimen Gefängnissen gefangen gehalten werden.

Hinter den allgemeinen Forderungen der Frauen steht das Problem der materiellen Existenz der ganzen Familie, da die Männer meist die einzigen sind, die mit ihrem Verdienst die Familie ernähren.

Auf dem Weg, den jede hinter sich hat, bei den Bitten um Aufklärung über die Vermißten, auf dem Gang durch unerbittliche Institutionen, in denen viel gesagt und nichts getan wurde, haben sie sich als Leidensgenossinnen gefunden. Die Unterstützung, die ihnen von den Oberen verweigert wurde, konnten sie sich nur untereinander geben. Schließlich ist ihre gemeinsame Erfahrung des Schweigens und der Scheinheiligkeit einer gewalttätigen Gesellschaft in Empörung umgeschlagen. Sie haben versucht, nicht mehr nur einzeln um Anhörung ihrer Probleme zu bitten, sondern sind mit der Anprangerung der Vergewaltigung von Menschenrechten dazu übergegangen, um die vom Staat rechtlich verankerten Rechte zu kämpfen.

Ihren Forderungen konnten sich viele anschließen, vor allem auch, weil jetzt 10 Jahre seit der großen Bewegung von 1968 vergangen sind, die bei dem Massaker von Tlatelolco Hunderten das Leben gekostet hat. Diese Toten leben im Bewußtsein vieler weiter. Sie sind zum Symbol einer Freiheit geworden, die auch unter der Herrschaft von Lopez Portillo mit Füßen getreten wird. Das „Comite" der Frauen war imstande, viele der zersplitterten Linken anzusprechen und eine Bewegung zu initiieren, die mit der Forderung nach einer Amnestie für alle die Hoffnung auf eine gerechtere Welt verkörpert.

Demonstration für die Verwirklichung der Menschenrechte

Im Juli 1978 wurden mehr als eine Million Unterschriften gesammelt, um mit diesen von Präsident Lopez Portillo den Entwurf für ein Amnestie-Gesetz zu fordern. Um den Forderungen Nachdruck zu verleihen, einigten sich Studenten, Arbeiter und politische Führer von Parteien und Gewerkschaften auf eine große Demonstration in der Hauptstadt. Der Demonstration schlossen sich alle zur selben Zeit Streikenden mit ihren Forderungen an: die Minenarbeiter von Nacozan, die Angestellten des Krankenhauses, in das die Polizei eingedrungen war, um nicht nur sie, sondern auch die Patienten zu verprügeln. Die Demonstranten forderten eine Amnestie für 600 politische Gefangene, für 367 Verschwundene und für 56 Exilierte. Und als auch bei einer zweiten Demonstration am 24. August der Präsident und der Generalstaatsanwalt nur vertrösteten und sogar behaupteten, es gebe keine politischen Gefangenen im demokratischen Mexiko, begannen die Frauen mit dem Hungerstreik.

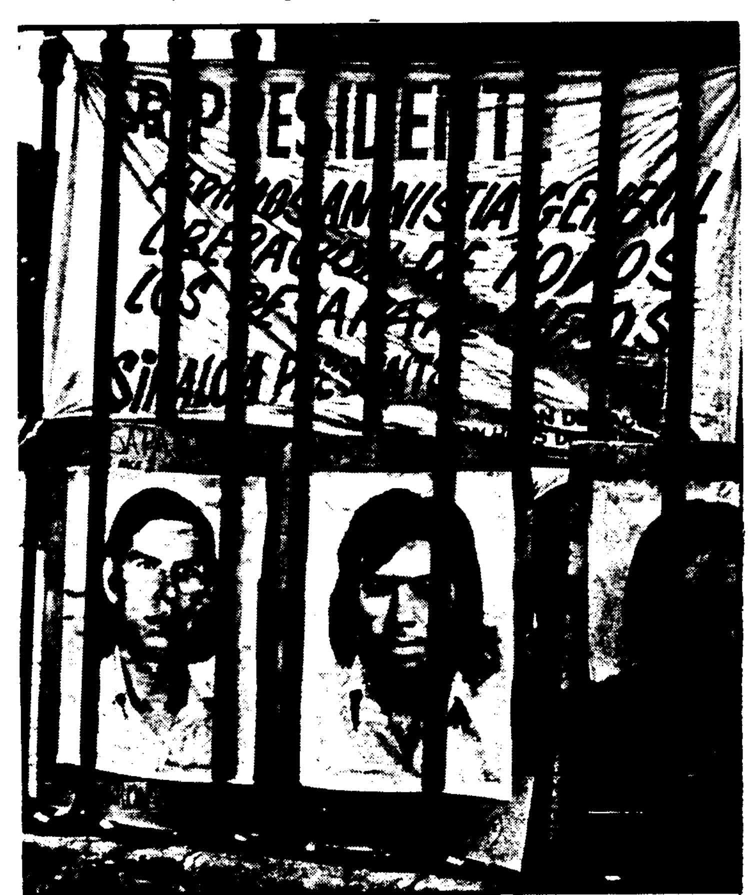
Hungerstreik im Staat Oaxaca

Schon am 27. Juli 1978 haben 25 Frauen im Juchitan/Oaxaca einen Hungerstreik begonnen, um die Herausgabe des spurlos verschwundenen Bauern Laureano Luis und von Victor Pireda Henestrosa zu fordern. Der letztere war bei den Gemeindewahlen als Kommissar für Landverteilung eingesetzt worden und ist außerdem einer der Führer der „Coalicion Obrero Campesino Estudiantil del Istmo" (COLEI), einer unabhängigen Organisation von Arbeitern, Bauern und Studenten. Die Willkür, mit der die beiden Verschollenen auf offener Straße von der Sicherheitspolizei ergriffen wurden, veranschaulicht die Gefahr, die denjenigen droht, die mit dem Kampf um ihr kommunales Land zum Hindernis für übermächtige Interessen von Großgrundbesitzern und der mit diesen zusammenarbeitenden internatio-

nalen Bourgeoisie aus den USA werden. Für diese ist der Isthmus von Tehuantepec nicht nur wegen seiner Bodenschätze, sondern auch wegen seiner strategischen Lage von Bedeutung. Hier soll eine Eisenbahn gebaut werden, die zwei Meere – den Golf von Mexiko mit dem Pazifik – miteinander verbindet und damit die Interessen der USA vom Panama-Kanal nach Mexiko verlagert. Die indianischen Bauern, die das Land um den Isthmus herum bewirtschaften und mit der Ernte ihre Familien ernähren, werden vertrieben und diejenigen, die sich organisieren, um sich gemeinsam gegen den Landraub zu wehren, werden vom Militär beiseite geschafft.

Großgrundbesitzer wie der Kazique Francisco Rasgada sichern ihre private Macht durch „pistoleros" ab, die die Hütten der Indianer und Campesinos niederbrennen, Obstbäume abholzen und auch bei sich bietenden Gelegenheiten Menschen niederschießen. Die Familienangehörigen der Verschollenen wissen meist nicht, wie sie ohne die finanzielle Unterstützung der Männer überleben sollen. Die Frauen von Juchitan, die zum Teil von dem einst matriarchalischen Stamm der Zapotecen sind, sahen in dem Hungerstreik die einzige Möglichkeit, um sich gegen die immer bedrohlicher werdende Repression zu wehren und ihre Männer zurückzufordern.

Schließlich zogen die Frauen, als die zuständigen Behörden in Juchitan ihnen kein Gehör schenkten und die Tatsachen abstritten, am 5. August vor das Gebäude der UNO nach



Mexico-City. Zu ihnen gesellten sich Frauen aus dem Staat Guerrero, in dem das Militär seit Jahren die gleiche Repression ausübt wie in Oaxaca. Als der Hungerstreik vor dem UNO-Gebäude am 15. August mehr als 40 Personen umfaßte, begannen die staatlichen Stellen endlich, darauf zu reagieren: Soldaten und weibliche Polizisten luden die Streikenden mit Gewalt in Busse und verschleppten sie in andere Gegenden Mexikos.

Hungerstreik vor der Kathedrale von Mexiko

Aber die Forderungen der Verzweifelten sind damit nicht zum Verstummen gebracht worden: am 27. August organisierten die Frauen vom „Comite" einen neuen Hungerstreik mit 82 Familienangehörigen vor der Kathedrale am „Zocalo", dem alten Platz in der Mitte der Hauptstadt. Dieser Hungerstreik wurde mit seiner Forderung nach „Amnestie für Alle" von vielen unabhängigen Gewerkschaften, linken Organisationen und Parteien unterstützt. Die Mütter und Ehefrauen der politischen Gefangenen kamen aus 5 Staaten Mexikos zum Streik auf den Zocalo. Ihre Männer waren in den Verdacht geraten, „Aktivisten", „guerrilleros", „subversive Elemente" zu sein oder man beschuldigte sie, sie wären mit derartigen „Elementen" in Berührung gekommen. Oft haben nicht nachgewiesene Behauptungen und Denunziationen von Nachbarn ausgereicht, um das Verschwinden der Männer zu bewirken und deren Familien dem Elend zu überlassen. So wurden vier Söhne von Delia Duarte aus dem Staat Mexiko im Juni letzten Jahres von den „brigadas blancas" verschleppt, die beiden jüngeren Söhne aber wieder freigelassen. Die Schwiegertochter Maria de los Angeles wurde auch dabehalten und über den entkleideten toten Körper ihres Ehemannes gestoßen, um ihn zu identifizieren. Als sie im September freigelassen wurde, starb sie wenig später an den Folgen der Folter. Der älteste Sohn der Familie, Rafael Ramirez Duarte, Student und als Ältester der einzige, der mit seinem Einkommen die Familie ernährte, wird noch im Campo Militar No. 1 festgehalten. Auf der Suche nach ihm hat Delia einen Rechtsanwalt konsultiert, der von ihr 10 000 Pesos (ca. 1000 DM) ohne Quittung „für seine Hilfe" verlangte. Delia borgte sich das Geld zusammen, um dann vom Rechtsanwalt kurz nach Übergabe der Summe zu erfahren, daß dieser sich mit der Angelegenheit doch lieber nicht die Hände schmutzig machen wolle. Von dem Geld hat sie selbstverständlich nichts wiederbekommen.

Unter den Frauen am Zocalo hatte sich wieder ein großer Teil aus Guerrero eingefunden, wo seit 1974 Soldaten auf der Suche nach dem Guerrillero Lucio Cabanas durch die kleinen Dörfer in den Bergen ziehen und willkürlich die Einwohner der Zusammenarbeit mit ihm beschuldigen. So wurde der Mann von Angelina Reyes de Loza, der als Kommissar für die Verteidigung des Landes gewählt worden war, aus der Schule, in der er unterrichtete, herausgeholt. Angelina hat vergeblich überall nach dem Verbleib ihres Mannes gefragt und bei den Gewerkschaftsmitgliedern um Hilfe bei der Suche gebeten. Aber diese hatten Angst, sie zu begleiten, weil sie fürchteten selbst in Gefahr zu geraten. Von einem entlassenen Häftling hörte sie dann, daß ihr Mann noch in dem geheimen Teil des Gefängnisses von Guerrero lebt. Diesem Häftling hatte man gedroht, in zu töten, wenn er etwas darüber erzählen würde.

Am 2. September, nach fünf Tagen Hungerstreik, kündigte Präsident Jose Lopez Portillo das Gesetz über die Amnestie für die Gefangenen und „profugos" an. Es verlangt als Bedingung für die Freilassung der Gefangenen, daß diese sich selbst als „Straffällige" bezeichnen und anerkennen, daß jede politische Tätigkeit außerhalb von Wahlen – sei es das Verteilen von Flugblättern, seien es Streiks oder Landbesetzungen – illegal ist. Außerdem haben der Gouverneur von Oaxaca, Eliseo Jiminez Ruiz, und der Gouverneur von Guerrero, Ruben Figueroa, schon behauptet, in ihren Staaten gäbe es keine politischen Gefangenen. Sie werden sich also von dem Gesetz nicht betroffen fühlen.

Neuerscheinung beim Informationszentrum Dritte Welt, Freiburg (Hg.)

ENTWICKLUNGSPOLITIK - HILFE ODER AUSBEUTUNG ?

Die entwicklungspolitische Praxis der BRD und ihre wirtschaftlichen Hintergründe

320 Seiten, mit vielen Schaubildern und Tabellen. **DM 8,80**

Aus dem Inhalt:

★ Zum Begriff von Entwicklung
★ Entwicklungspolitik - Kind des Kalten Krieges ?
★ Technikerausbildung in Thailand
★ Gesundheitshilfe: Westliche Medizin gegen armutsbedingte Krankheiten ?
★ Rindfleischproduktion für die Reichen in Lagos
★ "Militärhilfe" und Waffenexporte in Spannungsgebiete
★ Profitable Textilproduktion - Entwicklungshilfe für den Tschad ?
★ Hafenbau - Förderung des Raubbaus in den Wäldern der Elfenbeinküste
★ Die Außenhandelspolitik der BRD im Widerspruch zu den entwicklungspolitischen Zielen
★ Entwicklungspolitik der BRD - Politik im Dienste des Kapitals ?
★ Alternative Entwicklungspolitik: Kampf um den Abbau gesellschaftlicher Ungleichheiten
★ Was können wir in der BRD tun ?
★ im Anhang:
Erfolgsaussichten kapitalistischer Industrialisierung in der Dritten Welt
Multinationale Konzerne in Entwicklungsländern
Liste wichtiger Literatur, Begriffserläuterungen / Sachwortregister

Neu

Hiermit bestelle ich .... Exemplar(e) des Buches "Entwickungspolitik". Der Preis pro Stück beträgt DM 8.80, bei Abnahme von mindestens 10 Exemplare 7.00 DM.

Bitte einsenden an iz3w, Postfach 5328, 78 Freiburg

Name: ______________________

Beruf: ______________________

Straße: ______________________

Wohnort: ______________________ Unterschrift

»blätter des iz3w«* Sonderdrucke



Die THEMENSCHWERPUNKTE einzelner Nummern sind nun als preiswerte SONDERDRUCKE erhältlich. Diese Sonderdrucke sind vor allen Dingen für finanziell schwache Gruppen, Seminare, Schüler, Studenten ect. gedacht. Die Sonderdrucke können im Unterricht, in Seminaren und in Dritte-Welt-Veranstaltungen Verwendung finden.

Folgende Sonderdrucke der „blätter des iz3w" sind bis jetzt erhältlich:

Folgende Sonderdrucke sind inzwischen erschienen:

Titel		Einzelpreis
• Welthandelskonferenz IV (1976): Veränderungen für die Dritte Welt?		1,00
• VR China: Modell für die Dritte Welt?		1,00
• Frauen in der Dritten Welt (Broschüre)		1,70
• Ägypten: Experimentierfeld für Technologische Großprojekte		0,50
• Landwirtschaft in der Dritten Welt	Teil 1: Hunger aufgrund kapitalistischer Unterwerfung	1,00
	Teil 2: Strategien zur Überwindung des Hungers	1,00
• Indien: Ursachen und Formen des Elends der indischen Bauernbevölkerung		1,00
• Argentinien: Unterdrückung und Widerstand – der politische Hintergrund der Fußballweltmeisterschaft		0,50
• Energieversorgung der Dritten Welt		1,00
• Chile-Faschismus im fünften Jahr		0,50

Bitte einsenden an: iz3w, Postfach 53 28, D-7800 Freiburg

sozialistisches
OSTEUROPAKOMITEE

as Info erscheint seit 1973 und wird herausgegeben vom Sozialistischen Osteupakomitee und dem SOAK-Verlag. Das Komitee hat mittlerweile Gruppen in amburg, Berlin, Frankfurt, Köln, München und Dortmund. Es hat sich zur Aufgabe estellt, Berichte und Dokumentationen von und über die linke Opposition in en osteuropäischen Ländern und Analysen der gesellschaftlichen Entwicklung eser Länder abzudrucken.

rscheint 6 mal im Jahr und ein Sonderinfo, Einzelheft 2,-- Doppelnummer 3,--

us dem Inhalt der letzten Hefte:

fo 29
attform einer politischen Oppositionsgruppe, Reisebericht aus Polen, Interew mit einem rumänischen Arbeiter, Interview mit Shores Medwedew.
onderinfo KKW
ernenergieprogramm und Reaktorsicherheit in der UdSSR und den anderen GW-Staaten, Dokumente.
fo 30
schechoslowakei, 10 Jahre nach der Intervention 1968, Uhl, Kavin, Mlynar-Beiträge zur Charta 77, Die Ungarische Linke und der Prager Frühling, ahro Kongress in Berlin, Sonderbeilage zu Bahro, Reisebericht aus Ungarn, terview mit Paraschivo, Rezensionen.
fo 31
ationalitätenfrage - Rumänien, als Dissident in Rumänien, chilenische Emiahten in Rumänien, Psychatrie in der SU, Marx und die Bürgerrechte.

Abowerbeaktionspreis
Wer jetzt abonniert bis 12/79 erhält für 30,-DM
alle Hefte 1978 Sonderinfo und das Abo 1979 !
(Normaler Preis für das Jahresabo 20,-DM)

Buchpaket und Abowerbeaktion



★ Ich bestelle die unten angekreuzten Bücher.
(je Buchsendung 1,-DM Versandkostenpauschale)

- ☐ *Arnold* Rätebewegung, DM 7,--
- ☐ *Arnold* Rätetheorien, DM 14,--
- ☐ *Brandenburg* Theoriebildungsprozesse, DM 12,--
- ☐ *Kulemann* Die Linke in Westdeutschland, DM 7,--
- ☐ *Na'aman* Lernprozesse, DM 2,50
- ☐ *Rengstorf* Linksopposition-Weimarer SPD, DM 6,--
- ☐ *Supek* Arbeiterselbstverwaltung, DM 12,--
- ☐ *Wittemann* Kommunistische Politik..., DM 15,--
- ☐ *Wittfogel* Gesch. der bürgerl. Gesellschaft, DM 10,--
- ☐ *Horster* Bloch zur Einführung, DM 5,--
- ☐ *Zimmermann* Korsch zur Einführung, DM 5,--
- ☐ *Autorengruppe* Stadtentwicklung, DM 20,--
- ☐ *Mahrad* Iran auf dem Weg zur Diktatur, DM 30,--

☐ Ich möchte zum Sonderpreis "das Buchpaket" 9 Texte zur Arbeiterbewegung und 2 Texte "Einführungen", zum Preis von ~~98,50~~ DM/80,-DM portofrei zugeschickt bekommen.

☐ Ich möchte per Nachnahme beliefert werden.
(je Buchsendung 2,50 DM zusätzlich)

☐ Ich lege Scheck/Bargeld bei.

BuchpaketAbowerbeaktionBuchpaketAbowerbeaktionBuchpaket

SOAK Druckerei

Wenn von unten der nötige Druck fehlt, helfen wir nach

Offsetdruck *bis A 1 (61 x 86 cm), Privat-drucksachen, Flugblätter, Aufkleber, Plakate, Infos, Zeitungen, Dokumentationen, Hefte, Broschüren und Bücher.*

Fotoreproduktionen *Aufrasterungen von Fotos bis zum Format A 2 (43 x 61 cm), Verkleinerungen oder Vergrößerungen von Schrift, Karikaturen und Bildern.*

Fotosatz *Werksatz für Zeitungen und Büche[r], Titelsatz für Überschriften, Satzarbeiten jede[r] Art in vielen Schriftarten und Schriftgrößen.*

Buchbinderei *wir falzen, heften, schneide[n], klebebinden usw.*

Angebote und Preislisten schicken lassen! Wir berate[n] Euch gerne, ruft mal an oder kommt vorbei.

SOAK, Am Taubenfelde 30, 3000 Hannover
Telefon 0511 / 1 76 18

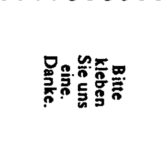
Absender: ____________

Ich abonniere zum Abowerbeaktionspreis und kann dies innerhalb einer Woche widerrufen.

- ☐ Langer Marsch, Jahresabo 1979 und erhalte alle Hefte 1978 für zusammen 35,-DM.
- ☐ Sozialistisches Osteuropakomitee, Jahresabo 1979 und erhalte alle Hefte 1978 für zusammen 30,-DM.
- ☐ IAB-Imperialismus, Abhängigkeit und Befreiung Jahresabo 1979 und erhalte alle Hefte 1977/78 für nur 35,-DM.
- ☐ Ich lege der Bestellung einen Scheck/Bargeld bei.
- ☐ Ich möchte per Nachnahme beliefert werden (zusätzliche Nachnahmegebühr 2,50 DM).

★ Ort, Datum ____________ Unterschrift (nur bei Abo erforderlich)

Bestellkarte



SOAK
Am Taubenfelde 30
3000 Hannover 1

TANSANIA

Erfahrungen beim Besuch von Ujamaa-Dörfern

Theresia Endres
Rose Pfizenmaier

Mehrere Gründe gab es, die uns bewegten zu unserer Reise: wir sollten ein Thema für die Diplomarbeit im Fach Entwicklungssoziologie finden und wir wollten eines finden, wofür wir engagiert sein konnten – beteiligt sein also.
Daß es sich irgendwie um Tanzania handeln sollte, gründete sich in der Faszination des Glauben-wollens an eine echte Alternative, eine Alternative zu der mehr oder weniger offensichtlich abhängigen kapitalistischen Entwicklung der übrigen Länder, die den 'afrikanischen Sozialismus' zur nationalen Ideologie erhoben hatten.

Wir wollten wissen, was das hieße, – tanzanische Realität; das tägliche Leben, Erfahrungen und Wissen, die nicht in Büchern zu finden sind. Darüber hinaus war uns die Übertragung von wissenschaftlichen Kategorien, die in unserer bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft geboren wurden, fragwürdig geworden. Wir wollten in die Ujamaa-Dörfer gehen, zum einen, weil die Ujamaa-Strategie die Basis des tanzanischen Sozialismus ist und weil an deren Entwicklung/Nichtentwicklung der Erfolg der ganzen Strategie abzulesen ist; zum anderen, weil wir eine ganz persönliche Beziehung zur ländlichen Bevölkerung haben.

Regionale Unterschiede

Die Zentral- und Südregionen des Landes sind am weitesten fortgeschritten, was die Ujamaa-Bewegung angeht und am wenigsten, was den wirtschaftlichen Reichtum betrifft. Die Zusammenhänge sind einleuchtend: im fruchtbaren nördlichen Hochland hat sich eine Klasse besitzender reicher Bauern entwickelt, die sich gegen das Primat gemeinschaftlichen Besitzes und gemeinschaftlicher Produktion wehren; zudem gibt es nicht, wie das Umsiedlungsprogramm voraussetzt, unbegrenzt ungenutztes Land, worauf Ujamaa-Dörfer angesiedelt werden könnten. Im teilweise sehr fruchtbaren südlichen Hochland hat sich, vor allem, wo der Einfluß der Kolonialmacht und der Missionen stark war, Privatbesitz etabliert. Hier wurden auch Bauern in teilweise spektakulären Gewaltakten zum Verlassen ihrer Anwesen gezwungen, ohne daß in allen Fällen Zeit gelassen worden wäre, neue Häuser im zugeordneten Dorf zu bauen. Völlig unterschieden davon waren die Bedingungen in der Dodoma-Region: die viehhaltenden Wagogo, die im jährlichen Rhythmus auf der Suche nach Weideplätzen und Nahrungsmitteln im Zentralland umherzogen, waren ständig von Dürre- und Hungerkatastrophen bedroht. Das Angebot der Regierung, Nahrungsmittelhilfe, Schulen, Kranken- und vor allem Wasserversorgung für sie und mit ihrer Hilfe zu schaffen, bedeutete, daß sie außer dem Mangel nichts zu verlieren aber einiges zu gewinnen hatten.
Wir entschieden uns für die Südregionen und für Dodoma. Zweierlei war uns wichtig zu erfahren: das Verhältnis der Bauern zu den Partei- und Regierungsfunktionären und umgekehrt. Wir stellten uns vor, mit den Dorfbewohnern über ihre Situation, wie sie sie selbst erfahren, zu sprechen. Dabei hofften wir, die allgemeine Stimmung und nicht zuletzt uns selbst in der Begegnung mit diesen Menschen zu erleben.

Drei Monate vor dem geplanten Reisetermin im Juni/Juli baten wir in einem Brief an den Director of Information Services, Ministry of Information and broadcasting, P.O. Box 9142 Dar es Salaam, um die Erlaubnis, in einem oder mehreren Ujamaa-Dörfern leben und arbeiten zu dürfen. Wir begründeten ausführlich, wieso wir gerade Tanzania besuchen wollten, mit welcher Absicht gerade die Ujamaa-Dörfer und allgemein unsere Einstellung zur tanzanischen Politik.
Bei unserer Abfahrt hatten wir noch keine Antwort aus Dar es Salaam bekommen und unsere letzte Hoffnung bestand jetzt darin, daß die tanzanische Botschaft in Bonn für uns in Dar es Salaam vorsprach; denn „Eingeweihte" hatten uns erklärt, daß man nur über die Bonner Botschaft – wenn überhaupt – diese Genehmigung bekomme, die man mindestens drei Monate vor der Reise beantragen muß.
Einem ausgesprochen glücklichen Zufall haben wir die Erlaubnis zum B e s u c h von einigen Ujamaa-Dörfern – unser Wunsch, arbeiten zu wollen, stieß auf lächelndes Unverständnis – zu verdanken: der Beamte, Mr. P. D. Msungu, Secretary of Chama Cha Mapinduzi of Special Commitee for Visitors, erinnerte sich unseres vor Monaten geschriebenen Briefes. (Anschrift s.o.)

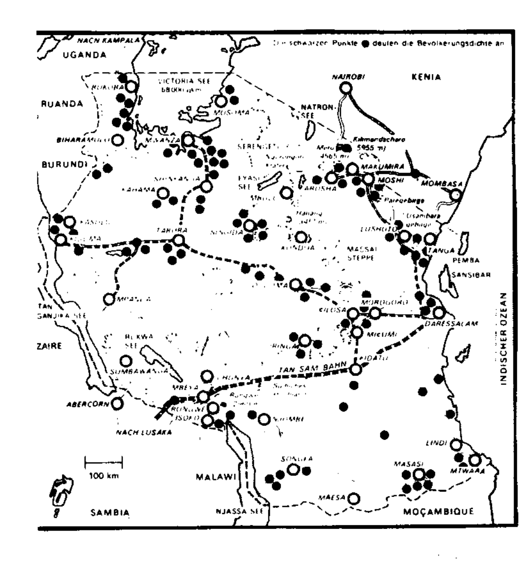
Zwiespältigkeiten für fremde Besucher

Unserer Reiseroute entsprechend erhielten wir nach einigen Tagen ein Empfehlungsschreiben für die Regionen Morogoro, Mbeya, Rvuma (Songea) und Dodoma. Damit sollten wir dann jeweils zum Regional Commissioner; dessen Position ist vergleichbar mit der eines Ministers, verantwortlich für Entwicklung und Planung der Region. Er sollte ein Dorf seiner Region für unseren Besuch auswählen.
Daß damit eine richtige Prozedur anfangen sollte, lernten wir sehr schnell: unser „Frei"brief löste ein wenig Erstaunen und offensichtlichen Unwillen aus, – wohl darüber, daß „Die" in Dar es Salaam ihnen Leute auf den Hals schickten, mit denen es doch nur Scherereien gäbe; jedenfalls wurden wir eingehend nach unseren Motiven und Absichten und vor allem nach unserer Finanzierung befragt, und zwar der Reihe nach vom Regional- und Area-Commissioner, vom Division Secretary und vom Vorsitzenden des Dorfes bzw. dem Dorfkomitee.

Es war uns klar, daß dies natürlich völlig berechtigt, ja notwendig ist und überdies ein wirkliches Interesse gegenüber der Motivation fremder Besucher ausdrückt, aber dennoch löste diese Situation Verunsicherung bei uns aus.
Unsere erste Station; Mbeya. Der Commissioner schien nicht sonderlich begeistert von unserem Ansinnen, und eine unbedachte Bemerkung über die Gewaltanwendung bei der Umsiedlungsaktion ärgerte ihn sichtlich: er fahre doch auch nicht in die BRD und forsche dort nach, ob man irgend jemand zu irgendetwas zwinge. Diese angespannte Atmosphäre, die durch die Anwesenheit der Parteivorsitzenden, der Anwesende – selbst der Commissioner – mit fast untertäniger Ehrerbietung begegneten, noch verstärkt wurde, löste sich, als wir unsere Beweggründe, Informationen aus erster Hand zu bekommen, darlegten. Vollends beeindruckt dadurch, daß wir weder von einer Institution noch von reichen Eltern unterstützt wurden, sondern selbst dafür gearbeitet hatten, meinte er lächelnd, daß wir dann schon überzeugte Sozialisten sein müßten. Diese Begegnung konfrontierte uns erneut mit unseren Zweifeln an dem ganzen Unternehmen: wie kommen wir dazu, unsere Nase in ihre Angelegenheiten zu stecken, nur um „über" sie etwas zu erfahren, über sie zu schreiben? Notwendig wäre die praktische Mitarbeit bei all den Problemen, mit denen dieses Land konfrontiert ist, Problemen, die zum Großteil von den „Weißen" zu verantworten sind. Wir empfanden uns auf einmal als zu diesen Weißen gehörig, als Repräsentanten einer unterdrückenden und ausbeutenden Macht, – und wir fühlten uns schlecht.
Andererseits, und dies machte unseren ganzen Zwiespalt aus, fühlten wir uns in unserem Bewußtsein als sozialistisch – zumindest – denkende „den" Tanzaniern näher, weniger den Funktionären, und verwirrend genug: die „einfachen" Leute empfingen uns freundlich interessiert, herzlich zuweilen; man lud uns zum Essen bei der Familie ein und beschenkte uns in den Dörfern mit Essbarem.

Das Dorf Mpanda

Einigermaßen zermürbt durch Transportprobleme – oft war ein fahrbarer Untersatz erst nach langem Warten verfügbar und andere Besorgungen mußten zu unseren Gunsten aufgeschoben werden – werden wir zum Gespräch mit dem Area Commissioner in Tukuyu, der 40 km südlich von Mbeya gelegenen Distrikthauptstadt, gebeten. Wir erfahren von ihm, daß das größte Problem hier im fruchtbaren Hochland das Durchsetzen kooperativen Besitzes zuungunsten des Privatbesitzes ist. Wegen der hohen Besiedlungsdichte können kaum neue Dörfer mit entsprechend ausreichendem Land angesiedelt werden. Tatsächlich wird oft ein schon besiedeltes Gebiet zusammengefaßt, als Dorf registriert und bei entsprechender Entwicklung in der kooperativen Arbeit zum Ujamaa-Dorf ernannt.
Neben dem Anbau von Nahrungsmitteln wird im Distrikt vor allem Tee und Kaffee für den Export produziert, d.h. die Geldwirtschaft hat sich weitgehend durchgesetzt; das Warenangebot auf dem Markt von Tukuyu ist entsprechend üppiger als z.B. in Dodome. Die Bauern zu überzeugen, daß die gemeinsame Bearbeitung und die gemeinsame Entscheidung über die Verwndung der Erträge der individuellen Nutzung überlegen ist, ist nur durch den praktischen Erfolg möglich; und dieser wird nicht gerade begünstigt durch zwar festgesetzte, aber niedrige Abnahmepreise der Regierung und durch unpünktliche Auszahlung an die Bauern.
Nach Mpanda begleitet uns ein District Secretary, der während unseres zwei-Tage Aufenthaltes dolmetscht.
Mpanda ist eines der bestorganisierten und fortgeschrittensten Ujamaa-Dörfer, – weshalb Besucher nicht selten sind.



Wir werden in einem der ortsüblichen, aus Bambus und Lehm gebauten Häuser untergebracht. Unsere Vorstellungen über den Verlauf unseres Besuches, daß wir halt den Dorfbewohnern vorgestellt würden und dann so ungezwungen mit ihnen ins Gespräch kämen, erwiesen sich schnell als naiv: unser Begleiter hatte ein regelrechtes Programm mit Begrüßungszeremoniell, Interviews, Ortsbesichtigung mit uns vor und versetzte uns einigermaßen in Schrecken, da wir darauf gar nicht vorbereitet waren. Doch je länger wir da sind, desto gelöster wird die Atmosphäre.
In einem „Interview" mit dem Dorfvorsitzenden erfahren wir über die Entstehung des Dorfes, die Anbauprodukte, die Besitzverhältnisse etc. Wir merken, daß es garnicht so einfach ist, Fragen so zu stellen, daß wir Wesentliches über das Dorf und seine Bewohner erfahren, und vor allem über Konflikte und Probleme, die natürlich Fremden auf direktes Befragen nicht mitgeteilt werden.
Das Dorf ist am 7.4. 1970 mit 36 Familien gegründet worden; 1977 waren es 80 Familien, rund 600 Bewohner, geplant sind 250 Familien. Jeder Bauer, der sich dem Dorf anschließen will, wird, wenn die Dorfversammlung ihn akzeptiert, aufgenommen.
Auf den eigenen Feldern, 4/5 der bewirtschafteten Fläche, werden Bananen, Gemüse, Bohnen, Mais etc. angebaut; Kaffee, Tee, Mais auf den gemeinsamen Feldern.
Auf den letzteren wird Kunstdünger verwendet und ein im Dorf lebender landwirtschaftlicher Experte berät die Bauern über rationellere Bearbeitung und über neue Anbaumethoden; dies sei wohl der Grund der erheblich gestiegenen Erträge der Gemeinschaftsfelder und deshalb sei auch allgemein das Interesse an der gemeinsamen Produktion gestiegen, erklärten uns Mitglieder des Dorfkomitees. Wir fragten sie, ob sie denn ihre jetzige Situation besser fänden als vor der Mitgliedschaft im Dorf; es entstand eine lebhafte Diskussion unter den Anwesenden – und wir konnten leider nichts verstehen. Das Resultat wurde uns übersetzt; alle schienen mehr oder weniger einig, daß sie heute besser dran seien; worauf sich das vor allem bezieht, ob auf die Vorteile des Dorflebens mit den sozialen und kulturellen Infrastruktureinrichtungen, die durch die Regierungshilfe und freiwillige Arbeit der Dorfbewohner geschaffen wurden, oder auf die höheren Erträge, erfuhren wir nicht.
Die Organisationsstrukturen sind kompliziert: vom Dorfkomitee wird die Selbstverwaltung getragen, es wird von der Dorfversammlung gewählt und ist dieser verantwortlich. Das Komitee hat sechs bis acht Unterkomiteees, die für Gesundheit, Bildung, Landwirtschaft, Kultur, Wasser, Häuserbau, Arbeitseinteilung etc. zuständig sind. Vom Arbeitskomitee wird je nach jahreszeitlicher Notwendigkeit

ein Arbeitsplan erstellt, der die Arbeitszeit für Gemeinschaftsprojekte und für Feldarbeit festlegt. Man sagte uns, daß niemand gezwungen würde zu diesen gemeinsamen Arbeiten; es gäbe Bauern, die oft längere Zeit nur auf ihren Feldern aktiv seien – und dies sei das ganz große Problem.

Entlohnt wird nach individueller Arbeitsleistung: von der Gesamtsumme der erwirtschafteten Erträge werden die geplanten Ausgaben für Investitionen, Kreditrückzahlungen etc. abgezogen und die Restsumme nach individueller Arbeitszeit aufgeteilt. Die Dorfvollversammlung kann die Anteile von Investitionen und Konsum ablehnen.
Beim Gang durchs Dorf spürt man den zufriedenen Stolz des Vorsitzenden über das in gemeinsamer Arbeit erstellte Schulgebäude, die riesige Teeplantage und vor allem die gerade im Bau befindliche Kirche; die Dorfbewohner sind überzeugte Lutheraner und der Pfarrer scheint großen Einfluß zu besitzen; nur eine Scheidung in fünf Jahren (!), auch hängt damit wohl das hohe Ansehen von Arbeitsamkeit zusammen. Am Abend versammeln sich in „unserem" Haus die Frau des „Bürgermeisters", die Ortsvorsitzende der „union of tanzanian women" ist, und vielleicht zehn Einwohner; erst wissen wir nicht so recht, was tun, denn einfach sie nur ausfragen wollen wir nicht. Wir bieten an, von uns selbst zu erzählen – und dies schafft spannungslösende Gegenseitigkeit: sie fragen nach einem Brautpreis bei uns zu Hause, nach der Gleichberechtigung der Frauen und staunen über das Ausmaß der sozialen und materiellen Probleme in einem so reichen Land wie der Bundesrepublik.

Viele Frauen beschäftigen sich mit der Hauswirtschaft; stricken, häkeln, Körbe- oder Mattenflechten bringt ihnen, unabhängig von der Landwirtschaft, ein wenig Bargeld.
Die Analphabetenrate ist bei den Frauen viel höher als bei den Männern und die Mädchen bekommen seltener eine gute Ausbildung. Nach wie vor sind ausschließlich die Frauen für die Hausarbeit zuständig, und ihr Arbeitspensum hat sich durch die Ausbreitung des Anbaus von Exportproduktion nur noch erhöht, wobei aber der Mann als Haushaltsvorstand über die Einnahmen verfügt. Am nächsten Morgen: wir sind natürlich das Gesprächsthema bei den etwa 5o Frauen und Männern, die arbeitsteilig pflücken, Unkraut jäten und in Körben die hellgrünen, noch zarten Teeblätter wegschaffen. Sie finden es alle sehr lustig, daß wir noch nie Tee gepflückt haben, und wir amüsieren uns mit ihnen über unsere Ungeschicktheit; daß wir die schwere Hacke aber nicht gleich wieder fallen lassen, scheint uns Anerkennung einzutragen.
Sehr freundlich werden wir verabschiedet, die Frauen schenken uns selbstgeflochtene Körbe, – wir wären doch gerne noch ein paar Tage geblieben!
Mit dem Landrover werden wir nach Kyela, ein am Nordzipfel des Nyasa-Sees gelegenes Städtchen gebracht, um uns dem District Development Director – dieser ist das ausführende und koordinierende Organ des District Development Council – vorzustellen und zu erfahren, in welches weitere Dorf wir gehen werden.
In einer der Dorfkneipen disputieren wir mit ihm über Sozialdemokratie und Sozialismus, nachdem er freundlich lächelnd festgestellt hatte, daß wir ja auch eine sozialistische Regierung unter Herrn Brandt gehabt hätten. Für ihn war der einzige Unterschied zwischen Sozialisten und Sozialdemokraten die A r t der praktischen Verwirklichung des Sozialismus: die einen über Kooperativen und staatliche Planung und Kontrolle, die anderen über private Initiative und Konkurrenz.
Derartige unklare Vorstellungen fanden wir des öfteren vor; ein anderer Funktionär meinte, er hätte gehört, daß so viele gelernte Leute in unserem Lande keine Arbeit fänden; sie sollten doch nach Tanzania kommen, hier würden solche Leute fehlen.

Das Dorf Lema

Die Verwaltung konnte wohl niemanden freistellen, der uns begleitet hätte; so konnten wir uns völlig frei bewegen, und dies wäre die optimale Voraussetzung für die Kontaktaufnahme mit der Bevölkerung, wäre ! – wenn wir Swahili hätten sprechen können.
Desto mehr konnten wir uns auf unsere Eindrücke konzentrieren: Lema liegt in einem fruchtbaren Tal und im Gegensatz zum kühlen Mpanda ist es drückend schwül und feucht, jede nacht geht ein wolkenbruchartiger Regen nieder. Die Vegetation ist üppig: Kakao-Plantagen, hauptsächlich auf den Gemeinschaftsfeldern, Bananen, Cashew-Nüsse, verschiedenste Bohnensorten, Reis, Sesam, Orangen, Ananas, Kaffee Hirse etc. Von den afrikanischen Feldern, die in die gestaltende und zerstörende Natur eher gelassen-ordnend eingreifen, unterscheiden sich drastisch die in der Nähe gelegenen chinesischen „Lustgärten"; jeder Zentimeter Erde ist dort mit Gemüse, Obst und Kräutern bepflanzt, kein Unkraut, das das Gedeihen beeinträchtigen könnte. Kein Wunder, daß der District Development Director wünschte, dieses umzäunte Fleckchen real gewordener „konkreter Utopie" möge seinen Landsleuten zum Vorbild und zum Ansporn dienen.
Uns schien die uneingeschränkte Hochachtung der Afrikaner für die Chinesen sicher – zur Nachahmung indes reichte dies wohl kaum aus. Die Chinesen erforschen nahe dem Dorf Kohlelagerstätten, wodurch auch einige Dorfbewohner in Lohn gesetzt werden, – ein begehrter Status. Ein junger Afrikaner, der mit im Vermessungstrupp ist, arbeitet gerne mit den chinesischen Kollegen zusammen; er bedauert aber deren Zurückhaltung gegenüber dem Dorfleben.

Mangels Alternative werden wir in der Krankenstation untergebracht; uns gegenüber eine belebte Wasserstelle: Hauptsächlich Frauen und Mädchen schleppen die überschwappenden Eimer nach Hause; der Laden mit einem Sortiment von 25-30 Artikeln, die meisten Haushaltswaren „Made in China"; das langgestreckte Partei-Verwaltungs- und Versammlungsgebäude, vor dem fast täglich der Schneider an seiner Nähmaschine „Made in Germany" sitzt.
Es ist Samstag, Markttag; neben dem halb verfallenen Marktgebäude sitzen acht oder zehn Frauen mit Bananen, Kochbananen, Reis, der recht teuer ist, getrockneten Bohnen, Erdnüssen, ein Rind ist geschlachtet worden und wird gerade verteilt.
Frauen aus den Nachbardörfern tragen das selbstgebraute „Pombe" in großen Kübeln zum Markt. Pombe ist ein Gärungsprodukt aus Mais und Hirse und hat einen hohen Alkoholgehalt; für viele Frauen ist die Pombeproduktion eine Möglichkeit, an Geld zu kommen, über das nur sie allein verfügen können. Mancherorten wurde von Regierungsorganen eine Kampagne gegen allzuviel Pombe und gegen zu wenig Mais und Hirse getartet.
Abends wird die Stimmung ausgelassen fröhlich, in den Häusern wird gefeiert.
„Im Vertrauen auf unsere eigenen Fähigkeiten" waren wir gerade dabei Reis, Eier und Bananen zu erstehen, als uns der Dorfälteste nachdrücklichst zu sich bittet, uns sein Haus und seine Familie vorstellt und schließlich mit vollen Händen wieder gehen läßt.
Noch heute begreifen wir nicht ganz diese offene Herzlichkeit, mit der uns vor allem die Frauen begegneten; umso stärker empfanden wir die Sprachbarriere – es war klar, daß

wir Swahili lernen würden, gäbe es ein nächstes Mal.

Dodoma

Zwischen Lema und Dodoma lagen zehn Tage einer „Odyssee" voller Überraschungen: wegen Seekrankheit an einer abgelegenen Missionsstation am Nyasa-See gestrandet, mit dem Landrover über die unwegsamen Livingstone Mountains, erlebten wir wohl eine der schönsten Gegenden des Landes – und das Wirken der Missionen, deren aufs großzügigst bewirtete Gäste wir waren.
Unterwegs immer wieder: Zeugen einer durch Gewalt forcierten und von bürokratischem Unverständnis gegenüber den Bauern geprägten Umsiedlungspolitik: fruchtbare Äcker, Hütten und Häuser mußten manchmal überstützt verlassen werden.

Dodoma – ein völliger Gegensatz zum südlichen Hochland: Trockensavanne, es ist heiß, Regen fiel noch kaum dieses Jahr; Wassermangel ist denn auch das Grundproblem, sowohl für die Stadt, dies wird sich mit dem Ausbau zur Hauptstadt verschärfen, als auch natürlich für die Landwirtschaft. Man sieht auf den ersten Blick: die Menschen hier müssen sehr viel mehr aufwenden, um ein geringeres zu ernten: Trockenheit und geringe Ertragsfähigkeit des Bodens erschweren den Ackerbau erheblich. Viehhaltung ist seit jeher die materielle Grundlage der hier ansässigen Wagogo, und die zerstreute Siedlungsweise ergab sich notwendig durch das Umherziehen auf der Suche nach Weideplätzen. Hungersnöte waren nicht selten, und so hatten die Bauern durch die Zusammenfassung in Dörfern und die Hilfe der Regierung bei Nahrungsmittelknappheit nur eines zu verlieren: den Mangel.
Der Vertreter des Regional Commissioner meinte, daß 90 % der Bauern der Region in Dörfern zusammengeschlossen seien. Gemäß Regierungsprogramm sollen die Bauern von der Notwendigkeit der Reduzierung ihrer Viehbestände überzeugt werden und stattdessen verstärkt Ackerbau, vor allem den Anbau von Wein, betreiben.
Dies sei ein langwieriges Unterfangen, die Bauern sträubten sich, was er auf deren Verhaftetsein in der Tradition zurückführte. Er räumte ein, daß dies einen rationalen Kern hat: vor allem in Krisenzeiten böte das Vieh Sicherheit, durch Verkauf oder durchs Schlachten, daß daneben das soziale Ansehen von der Anzahl der Rinder abhing, begünstigte das Halten großer Herden und damit die Überweidung und schlechte Qualität des Viehs.
Der Weinanbau ist arbeitsintensiv, braucht Fachkräfte, Dünger, Schädlingsbekämpfungsmittel und vor allem regelmäßig Bewässerung, also umfangreiche Investitionen. Die Verarbeitung und Absatzorganisation sind erst im Aufbau begriffen und es ist verständlich, daß die Bauern skeptisch sind, denn immerhin werden sie damit vom Markt abhängig.
In **Msalato (A)** wird gerade Erwachsenenunterricht abgehalten, am Dorfbrunnen sitzen Leute im Kreis und unser Begleiter aus Dodoma erklärt uns nach Befragen des Dorfvorsitzenden, daß sie ein gerade aktuelles Problem besprechen. Die Felder bieten einen trostlosen Anblick: ausgelaugte sandige Erde, über die ein trockener Wind verloren ein paar verdorrte Maisstengel fegt: das Hirsefeld erbrachte dieses Jahr nur 25 Sack, letztes 9, wegen der Trockenheit, aber es gab schon 60 Sack und mehr. In den Anfängen steckt das kleine gemeinschaftliche Weinfeld: die jungen Rebstöcke werden von Hand bewässert, eine Pipeline kann erst in den nächsten Jahren gebaut werden.
Unweit davon ist eins der Versuchsfelder der Regierung: Rebpflänzchen werden gezogen und kostenlos an die Bauern abgegeben.
Jede Familie hat je nach Größe einige Acres Land und Vieh in privatem Besitz. Unsere Frage nach eventuellen Einkommensverbesserungen seit der Existenz des dorfes beantwortet der Lehrer: es sei eine noch zu kurze Zeit und es gebe zu große Schwankungen der Erträge, als daß darüber etwas gesagt werden könnte. Im übrigen würden Mißernten als normales Ereignis hingenommen und nicht zur Enttäuschung der Bauern über die Ujamaa-Bewegung führen. In der erst kürzlich fertiggestellten Primärschule wird gerade Hauswirtschaft praktiziert; Schüler backen eine Art Pfannkuchen, andere sind mit Säuglingspflege beschäftigt.
Die zwölf km nach Dodoma wandern wir in sengender Nachmittagshitze mangels Transport; unterwegs liegt eine der wohl vorbildlichsten Sekundarschulen für Mädchen. Für unsere Verhältnisse unvorstellbar: die Schülerinnen haben sich ein Weinfeld, einen großen Gemüsegarten, eine Hühnerzucht und Bienenvölker angelegt. Über die Verwendung des Verkaufserlöses bestimmen sie selbst. Brot wird im selbst gebauten Holzbackofen gemacht und Schreinerarbeiten, wie die Erweiterung des Büros der Rektorin, sowie die Leitung der Bibliothek und des Kaufladens werden von den Schülerinnen verantwortlich übernommen.
Ein zweites Ujamaa-Dorf, **Mpunguzi**, ist schon sehr viel weiter entwickelt: der Vorsitzende des Dorfes, der Landwirtschaftsexperte und der Schulleiter präsentieren uns das gepflegte Weinfeld, das zwei Ernten im Jahr zuläßt. Eine Kommunikationshalle, das Postamt, Vorratslager, Krankenstation, Schule und Laden bilden das Dorfzentrum. Man sagt uns, daß ständig Veranstaltungen über Probleme der Verbesserung der Produktion, über Ernährungsfragen, Viehhaltung etc. abgehalten werden.

Diplomarbeiten für die Unterdrückten?

Alles in allem war dies eine wertvolle Reise für uns: wir haben ein wenig einen lebendigen Eindruck von den Menschen und ihrer Realität gewonnen, dadurch auch ein persönlicheres Verhältnis zu unserer Arbeit. Natürlich bekommt man in sechs Wochen nur einen ausschnitthaften und oberflächlichen Eindruck der Probleme des Landes, vor allem der politischen.
Viel fragwürdiger noch als vorher ist uns der Sinn unserer Arbeit geworden: hatten wir immerhin noch die unklare Vorstellung, etwas für dieses Land zu tun, auf Seiten der Unterdrückten, Ausgebeuteten zu „kämpfen", so ist mit einem Mal gewiß: mit der wissenschaftlichen Bearbeitung tanzanischer Probleme, zumindest in einer Diplomarbeit, leisten wir lediglich dem Wissenschaftsbetrieb hier genüge, nichts weiter.

Anfang nächsten Jahres fahre ich nach Jamaika und hätte für die Vorbereitung der Reise gerne eine (oder mehrere) Kontaktadressen. Entweder von Leuten, die gegenwärtig dort arbeiten oder wieder zurück in der BRD sind oder auch von einer AG, die sich u.a. mit Jamaika beschäftigt und die mir Material schicken könnte.

Cornelia Kerkhoff
rue Vieux-Billard 4
CH-1205 GENEVE

INDONESIEN

Bericht über die Lage der Papuas in West-Neu-Guinea

Der Autor des folgenden Artikels ist Professor in Indonesien. Anfang dieses Jahres besuchte er Irian Jaya. Sein Name muß aus verständlichen Gründen ungenannt bleiben.
Red.

Das Kommittee für Entkolonialisierung der Vereinigten Nationen verabschiedete erst vor kurzem eine Resolution, welche den Anspruch der indonesischen Regierung, daß die Bevölkerung von Ost-Timor bereits die Integration in die Republik Indonesien gewählt hätte, zurückweist. Die Begründung für diese Zurückweisung war, daß der Bevölkerung von Ost-Timor nicht die Gelegenheit gegeben wurde, frei ihr Selbstbestimmungsrecht wahrzunehmen.
Es scheint bisher der Aufmerksamkeit der UNO entgangen zu sein, daß die indonesische Regierung seit 1969 noch einer anderen Bevölkerungsgruppe innerhalb des indonesischen Archipels dieses Selbstbestimmungsrecht verweigert. Ich meine damit die Papuas von West-Neu-Guinea.
Als die Holländer im Jahre 1949 ihrer ehemaligen Ost-Indien-Kolonie die Souveränität übertrugen, haben sie West-Neu-Guinea ausgeklammert. Aus historischen und ethnologischen Gründen betrachteten sie diesen Teil ihrer ehemaligen Kolonie nicht als integralen Teil Indonesiens. Aufgrund internationalen Drucks waren sie jedoch gezwungen, 1962 Indonesien das Mandat über diese Region zu übertragen, unter der Bedingung, daß 1969 die Gesamtbevölkerung dieses Gebietes in einem von der UNO zu kontrollierenden Referendum ihr Selbstbestimmungsrecht wahrnehmen könne.
Das Referendum fand statt, jedoch in beinahe derselben Weise wie jetzt in Ost-Timor. Etwa 1400 ausgewählte „Repräsentanten" aus der etwa 800 000 Einwohner umfassenden Bevölkerung West-Neu-Guineas wurden unter Militärbewachung nach Hollandia, dem heutigen Jaya Pura gebracht. Dort wurden sie mündlich und einzeln in einer nichtöffentlichen Versammlung befragt, ob sie die Integration mit Indonesien „wählten" oder nicht. Gleichzeitig wurden die exponiertesten Gegner der Integration in „Schutzhaft" genommen, in welcher sich ein Teil bis heute befindet.

Es ist weitgehend unverständlich, warum solch eine Farce im Falle Ost-Timors von der Weltöffentlichkeit angegriffen wird, im Falle West-Neu-Guineas jedoch durch sogenannte United Nations Control sanktioniert wurde.
Die Bevölkerung West-Neu-Guineas hat derzeit durch die Militärdiktatur in Jakarta zu leiden. Für die Außenwelt können die zunehmenden Reisebeschränkungen für Irian Jaya (West-Neu-Guinea) als Indikator für die zunehmenden Unterdrückungsmaßnahmen gewertet werden.
Seit Mai 1977 sind Touristenreisen in das Innere von Irian Jaya untersagt, für indonesische Staatsbürger und in Indonesien lebende Ausländer ist zwingend ein „Sura jalan" (Wegbrief) vorgeschrieben, ausgestellt und kontrolliert durch die Polizei, um überhaupt nach Irian Jaya reisen zu können. Das Innere dieser Provinz ist für sie ebenfalls gesperrt. Einzelreisende schaffen es derzeit nur unter Umgehung der Vorschriften oder mit Hilfe von Bestechung, manchmal in das Landesinnere von Irian Jaya zu gelangen. Dies ist der Bericht von einem solchen Reisenden.
Die Spannungen zwischen der Bevölkerung und den „importierten" Behörden, welche sich vorwiegend aus Javanern und Ambonesen zusammensetzen, haben sich ständig verschärft seit der Übernahme dieses Gebietes durch Indonesien. Das ist daraufzurückzuführen, daß die Indonesier Verachtung für die einheimische Kultur zeigen und absolut nichts unternehmen gegen Beamte, die ihre Macht schamlos mißbrauchen. Menschen, die in ihrer Geschichte bisher nur sich selbst verantwortlich waren und ihrem Stamm, werden gezwungen, einen Dorfvorstand zu akzeptieren und seine korrupte, unverantwortliche Bürokratie, wie sie überall sonst in Indonesien fest etabliert ist. Obwohl in allen Teilen Indonesiens Korruption und Unterdrückung zum täglichen Leben gehören, sind sie besonders offenkundig in Irian Jaya, wo die Staatsmacht sich mehr als Kolonialmacht im eigenen Lande versteht denn als verantwortungsvolle Verwaltung. Ein kleines Beispiel dafür ist der beliebte „Sport" der Polizei und Soldaten, die im Inneren des Landes in Dörfern der Dani und Jali stationiert sind, den lediglich mit einem Penisköcher (koteka) bekleideten Männern, diesen abzuziehen. Es gibt für einen Papua keine größere Erniedrigung und Schamlosigkeit.
In den wenigen Jahren dieser erzwungenen Integration hat sich eine Atmosphäre gegenseitiger Furcht und Abneigung eingestellt. Die Bevölkerung fürchtet die Gewehre der Indonesier, diese wiederum die Pfeile der Papuas. Es bildeten sich Widerstandsgruppen, welche sich in den unendlichen Urwaldgebieten verbergen und die sich seit der Gründung einer in Irian Jaya arbeitenden Exilregierung im Jahre 1971 als Organisation für die Befreiung West-Neu-Guineas (OPM: Organisasi Papua Merdeka) zusammenschlossen. Die ursprünglich politisch desinteressierte Bevölkerung des Inneren unterstützt mehr und mehr diese Befreiungsorganisation.

So etwa stellte sich die Situation Ende des Jahres 1976 dar, als eine Eskalation eintrat aufgrund der bevorstehen-

Großes menschliches Verständnis des UNO-Generalsekretärs

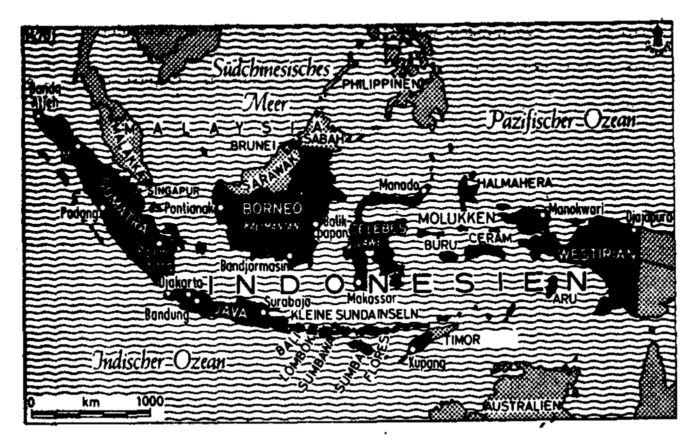
Eine Anfrage des iz3w an die UNO, in dem wir um die Stellungnahme der Vereinten Nationen zur Frage des Selbstbestimmungsrechts der Bevölkerung von West-Neu-Guinea sowie um alle verfügbaren Informationen zur Unterdrückung der Papuas durch die indonesische Regierung gebeten hatten, beantwortete das Büro von Generalsekretär Waldheim mit dem folgenden Standardtext:

Der Herr Generalsekretär hat großes menschliches Verständnis für Ihr Anliegen. Wie Sie sicherlich wissen, sind die Vereinten Nationen aufgrund der Bestimmungen der Charta nicht in der Lage, in derartigen Fällen unmittelbar helfend einzugreifen, sondern sind vielmehr auf das Verständnis und die Zusammenarbeit der Mitgliedstaaten angewiesen. Der Herr Generalsekretär schenkt Ihrem Anliegen jedoch entsprechende Aufmerksamkeit und wir haben Ihr Schreiben an die Menschenrechtskommission weitergeleitet.

den Wahlen im Mai 1977. Als Vorbereitung auf die Wahlen hielt die Regierung „Test-Wahlen" ab. An einigen Orten zeigten diese Testwahlen eine überwältigende Opposition gegen die Regierungspartei GOLKAR (Regierungskonforme Funktionale Gruppen). An vielen Orten wurde die Wahl boykottiert.
Das Ergebnis der definitiven Wahl im Mai 1977 wurde von den offiziellen Stellen für das gesamte Innere von West-Neu-Guinea als 100 % pro GOLKAR bekanntgegeben. Die Erklärung für dieses „Phänomen" mag folgendes Beispiel geben. Im administrativen Zentrum des Baliem Tales, in Wamena, wurde ein Pfarrer der protestantischen Kirche, der für die offiziell zugelassene Demokratische Partei Indonesiens (PDI) warb, verhaftet. Offiziere der dort stationierten Armeeeinheiten erklärten an verschiedenen Orten im Anschluß an den sonntäglichen Gottesdienst der versammelten Gemeinde, daß jedermann, der nicht GOLKAR wählen würde, erschossen werde. Ein Augenzeuge des Wahlorgans und der Auszählung der Stimmen in einem Ort des Hochlandes gab zu Protokoll, daß trotz der Abgabe einer beträchtlichen Anzahl von Stimmen für die PDI über das Regierungsradio für diesen Ort 100 % GOLKAR gemeldet wurde, wobei die absolute Zahl selbst die Wahlberechtigten einschloß, die gar nicht zur Wahl gekommen waren.
Größere Zusammenstöße schienen unvermeidlich und fanden auch im Anschluß an die Wahlen statt, besonders im Baliem Tal. Das Baliem Tal wurde der Außenwelt erschlossen durch die Tätigkeit der Christian and Missionary Alliance (CAMA). Die vorwiegend amerikanische CAMA hat etwa 50 Vertreter auf den Missionsstationen dieses Gebietes. (1)
Offensichtlich nicht all zu glücklich über die Heilsbotschaft, vermittelt durch die CAMA, und desillusioniert durch die Politik der Militärregierung in Jakarta, beschlossen die Bewohner des Ortes Pyramid, die zum Stamme der Dani zählen, zu den „alten Zeiten" zurückzukehren. Sie verjagten die Fremden, töteten eine Reihe von ihnen und begannen



ein mystisch-rituelles Fest, das sie unverwundbar machen sollte. Die Feierlichkeiten wurden durch die Armee beendet, die von Hubschraubern aus die Bevölkerung mit Maschinengewehren niedermachte. Die „Rebellen", vertrauend auf ihre Unverwundbarkeit, beschossen die Helikopter mit Pfeilen und wurden dabei ein leichtes Ziel für die Soldaten. Ein Offizier der Armee kommentierte diese Tatsache nicht ohne Stolz: „Die hatten absolut keine Strategie".
Das Dorf Pyramid gibt es heute nicht mehr. Sämtliche



Hütten wurden bombardiert, selbst die Missionsstation wurde von den Soldaten völlig leergeplündert, etwa 500 Menschen, darunter zahlreiche Frauen und Kinder, wurden ermordet. Tagelang trieben nach Augenzeugenberichten Leichen und Leichenteile den Baliem Fluß hinunter.
Ein ähnliches Schicksal erlebte der Ort Kelila. Lediglich die Plünderung der Missionsgebäude hielt sich in Grenzen, da die amerikanischen Gottesmänner bereits einen Teil ihrer Habe evakuiert hatten.
Die Bewohner vieler anderer Dörfer entzogen sich den Repressionen durch Flucht in die umgebenden Urwälder, wo derzeit durch Nahrungsmangel besonders Kinder und alte Menschen sterben.
Gerüchte über militärische Operationen in Irian Jaya laufen schon seit etwa Mitte 1976 in Java um. Die Militärregierung in Jakarta gab daher auf Anfragen von Journalisten bekannt, die Armee habe lediglich interveniert, um die streitenden Parteien eines außer Kontrolle geratenen Fußballspieles in Wamena im Baliem Tal zu trennen.
Personen im Krisengebiet schätzen die Zahl der Toten, bei denen es sich ausschließlich um Zivilisten handelt, auf bisher etwa 7 000. Die Bewegung „zurück zu den alten Zeiten" ist rein kulturell bedingt und schwerlich durch die OPM veranlaßt. Bemerkenswert, wie die CAMA auf diese Vorgänge in ihrem Missionsgebiet reagiert. Ein Zeuge berichtet, daß einer der Missionsleute folgendes per Funk durchgab: „If rebels turn up, just shoot them in the back". (Wenn Rebellen auftauchen, schießt sie sofort nieder!) Ferner haben sich die CAMA-Missionare selbst ein Redeverbot auferlegt. Auf einem Hauptflugplatz der Missionsfluggesellschaft MAF (Missionary Aviation Fellowship) war folgender Hinweis angeschlagen: „Do not tell your friends and relatives of what you see happening here, because it will come back onto your own heads". (Erzählt euren Freunden und Verwandten nicht, was ihr hier gesehen habt, weil es auf euch selbst zurückfallen wird.")
Sogar einige Kommandeure der indonesischen Seite wissen genau, daß die offizielle Version von der „kommunistischen Rebellion", wie die Unruhen etwa seit Mitte 1977 genannt werden, unhaltbar ist. Der Vorwurf der „kommunistisch inspirierten Rebellion" ist ein vom indonesischen Militärregime immer wieder benutztes Propagandamittel, um jeden Versuch zur Erlangung einfachster Menschenrechte zu diffamieren und niederzumachen.
Im Juli 1977 flog die Regierung etwa 6 000 Soldaten, die teilweise vorher in Ost-Timor stationiert waren, für eine Operation zur Auslöschung der OPM nach Irian Jaya. Gerüchte in Jaya Pura besagen, daß einige australische Antiquerilla-Spezialisten die Armee beraten.
Wie sieht es mit der Schlagkraft der OPM aus, die solch einen Aufmarsch bewirkte? Bei einer zufälligen Begegnung mit einer im Inneren von West-Neu-Guinea operierenden OPM-Gruppe konnte dieser Frage nachgegangen werden.

Die 1971 gebildete OPM wird durch einen ehemaligen Offizier der holländischen Kolonialarmee kommandiert. Die Untergrundarmee besteht aus etwa 300 - 500 Mann, welche in Einzelgruppen von 8 - 50 Leuten operieren. Ihre Bewaffnung ist fast rührend: Die Gruppe von 9 Männern besaß ein Gewehr mit 20 Schuß Munition, das sie bei einer Aktion gegen einen Polizeiposten erobert hatte. Ansonsten pro Mann ein Messer oder eine Machete sowie Pfeil und Bogen. Ihr Offizier war ein ehemaliger Mittelschullehrer, und auch die meisten anderen Mitglieder der Truppe besaßen Schulbildung. Als Befreiungs- und Unabhängigkeitsbewegung verhält sich die OPM ganz anders als die indonesische Armee. Am Wahltag hielten sich OPM-Gruppen in dem Ort Karubage sowie einigen anderen Orten als geladene Gäste der Bevölkerung auf. Während ihrer Anwesenheit mußte dort ein Flugzeug der Indonesian Air Transport mit einem holländischen Piloten wegen Benzinknappheit notlanden. Weder diesem Piloten noch den dortigen Missionaren geschah irgend ein Leid. Per Funk konnten beide ihre Lage durchgeben. Bisher ist auch nur ein Fall bekannt, in dem OPM-Gruppen Missionseinrichtungen geplündert oder zerstört haben. Nach Bekanntwerten des Vorfalles hat die Exil-Regierung sich für diese unerlaubte Aktion ihrer Leute entschuldigt und Wiedergutmachung geleistet.
Die OPM erhält bisher von außen keinerlei Unterstützung, sieht man von der Republik Papua-New Guinea ab, die flüchtenden OPM-Leuten unausgesprochen Asyl gewährt. Bisher operierte sie vorwiegend gegen indonesische Offizielle, die ihre Macht im Inland schamlos zur eigenen Bereicherung einsetzten. In letzter Zeit konzentrieren sich ihre Aktionen gegen Bergwerkseinrichtungen, Erdölbohrstellen und Edelholzbetriebe.
Die OPM hat lediglich ein politisches Ziel: Unabhängigkeit oder wenigstens Autonomie von Indonesien. Es ist äußerst unwahrscheinlich, daß dieses Ziel in naher Zukunft erreicht wird. Es ist jedoch ebenso unwahrscheinlich, daß die Armee durch Terror die Befreiungsbewegung ausrotten kann, was nicht ausschließt, daß eine ganze Reihe von Stämmen der Ureinwohner ausgerottet wird. Im Inland sympathisieren jedenfalls die allermeisten Stämme offen mit der OPM, an der Küste darf diese Sympathie nicht erkenntlich sein, da das Militär jedwede Regung dieser Art brutal verfolgt. Der leiseste Verdacht, OPM-Sympathisant zu sein, reicht aus, um verhaftet zu werden, selbstverständlich ohne offizielle Anklage und gerichtliche Verteidigungsmöglichkeiten. In Irian Jaya werden seit Jahren Menschen gefangen gehalten, die der Sicherheitschef der Republik Indonesien, Admiral Sudomo, bei der Aufzählung der offiziell zugegebenen 28 000 politischen Gefangenen neben vielen anderen übersehen hat. Allein in Jaya Pura wurden uns 100 Gefangene bekannt, welche vor dem sogenannten „Selbstbestimmungs-Referendum" im Jahre 1969 verhaftet wurden. Sie werden seither als eine Art „Sklaven" für die Militärs verwendet, bauen deren Häuser, dienen als unbezahlte Hilfsarbeiter und zimmern das Mobiliar für die Offizierswohnungen. Es wird ihnen sogar zugestanden, am Wochenende zu ihren Familien zu gehen; deshalb konnten wir zwei von ihnen treffen; aber am Montag müssen sie sich zurückmelden, sonst wird ein anderes Familienmitglied an ihrer Stelle inhaftiert. Solche Sklavenhalterei ist eine Praxis, die einst in Java bei Kommunisten-Sympathisanten angewandt wurde, heute jedoch weitgehend verschwunden ist, wozu auch die intensive Beschäftigung der Weltöffentlichkeit mit dem Gefangenenproblem in Indonesien beigetragen hat. Es wird Zeit, daß die Weltöffentlichkeit auch dem vergessenen West-Neu-Guinea mehr Aufmerksamkeit schenkt, wo die wohl einfachsten Urkulturen der Menschheit einem Kolonialismus übelsten Stiles mit einer modern ausgerüsteten Armee ausgeliefert sind.

Anmerkung:

(1) Die letzte Phase der Missionierung Irian Jayas begann 1963 nach der Räumung des Gebietes durch die Niederlande. Besonders kleinere Missionsgesellschaften sicherten sich Gebiete, zumal die den Holländern folgende indonesische Verwaltung ein starktes Interesse an einer schnellen Missionierung zeigte. Die wichtigsten dieser Missionsgesellschaften sind neben der CAMA: Australian Baptist Mission Society (ABMS): Netherlands Reformed Congregations (NRC); Regions Beyond Missionary Union (RBMU); Summer Institute of Linguistics (SIL); The Evangelical Alliance Mission (UFM); Zending Gereformeerd Kerk (ZGK).
Hinzu kommen die Missions-Fluglinien: Associated Mission Airlines (AMA); Missionary Aviation Fellowship (MAF).
Die schwer zugänglichen Gebirgs- und Sumpfgebiete wurden nach Sichtung von Dörfern bei Erkundungsflügen in Missionsgebiete aufgeteilt. Den Anspruch auf diese Gebiete sicherten sich die Missionsgesellschaften durch den Bau von Flugpisten, die ohne vorherige Genehmigung durch die Station von niemand anderem benutzt werden duften. Trotz häufiger Auseinandersetzungen bei der Zuordnung hält auch heute der Wettlauf noch an. Er wird allerdings durch den Mangel an Missionaren gebremst.
(nach: epd-Entwicklungspolitik 19/29/78, S. 16 ff. Dort wird die unheilvolle Rolle der Missionsgesellschaften in Irian Jaya analysiert.)

Rohstoffe und imperialistische Interessen in West-Neu-Guinea

Heute verdankt Indonesien seinen Status als größter Ölproduzent Südostasiens teilweise seinen Ansprüchen auf West-Papuanisches Öl. 1976 verkaufte Indonesien 1,1 Millionen barrel Öl im Wert von fast einer halben Million Dollar, ein Fünftel davon kam aus West-Papuanischen Quellen. 1974 berichtete Newsweek, daß US-Firmen, insbesondere Gulf, Colorado's Petromer, Continental Oil und andere 64 % des West-Papuanischen Öls mit niedrigem Schwefelgehalt kontrollierten.
West-Papua besitzt auch eines der größten Kupfervorkommen der Welt, dessen Kontrolle Indonesien die Mitgliedschaft in der internationalen Kommission kupferexportierender Länder sichert. Die Kupfergesellschaften Kennecott und Freeport Sulphur, beide mit Sitz in den USA,haben den Hauptanteil am Abbau dieser Vorkommen. Kennecott ist zudem führend in der Bleiförderung der Kolonie, während U.S. St eel und Newmont die wichtigsten Mitglieder im Pacific-Nickel-Conglomerate sind, das das West-Papuanische Nickel abbaut.
Hinter den westlichen Monopolen in West-Papua steht die Inter-Governmental Group on Indonesia (IGGI), die aus 12 kapitalistischen Staaten besteht, u.a. USA, Japan und die BRD. Die Bank für asiatische Entwicklung und die Weltbank sind in dieser Gruppe vertreten.
Die amerikanischen Konzerne Goodyear Tires und Union Carbide, Unilever und Philipps aus Holland, Bayer aus Westdeutschland sowie Mitsui und Mitsybishi aus Japan sind einige der Giganten, die unter den Fittichen der IGGI vom indonesischen Kolonialismus in Südostasien profitieren. Um deren Profite zu schützen, bewaffnen die USA, Australien und die reaktionären arabischen Staaten die indonesische Armee und helfen ihr, die Okkupation von West-Papua-Neuguinea aufrechtzuerhalten.
aus: Guardian (am.), 20.9.1978

LESERBRIEF

Betr.: Stellungnahme des Vorstands der Anti-Apartheid Bewegung zu dem Artikel „Kongreß gegen die atomare Zusammenarbeit BRD-Südafrika" in den Blättern des IZ3W Nr. 71, August '78

Liebe Freundinnen und Freunde!

Zunächst einmal möchten wir Euch unsere Freude darüber ausdrücken, daß Ihr den Kongreß gegen die atomare Zusammenarbeit Bundesrepublik - Südafrika unterstützen wollt. Auch begrüßen wir es, daß Ihr zur „Überwindung der Spaltung unter den Gruppen" beitragen wollt. Leider können wir Euren diesbezüglichen Artikel in den Blättern des IZ3W Nr. 71 nicht als einen solchen Artikel ansehen.

Erste Voraussetzung für einen solchen Beitrag ist es, sich von a l l e n beteiligten Gruppen, zumindest aber vom AAB-Vorstand als Hauptbetroffenem, informieren zu lassen und nicht nur von einer der beteiligten Gruppen. Immerhin hattet und habt Ihr die Möglichkeit, Euch an der Vorbereitungsarbeit aktiv zu beteiligen – alle Kongreßunterlagen sind Euch regelmäßig zugegangen – oder, wenn Euch das finanziell oder arbeitsökonomisch nicht möglich ist, Euch aus erster Hand bei der AAB zu informieren.

Es ist falsch, wenn Ihr davon ausgeht, irgendjemand sei von uns von der Unterzeichnerliste gestrichen worden. Alle auf der diesbezüglichen Sitzung anwesenden Gruppen haben in voller Übereinstimmung den Entschluß gefaßt, aus der Liste der Unterzeichner eine Auswahl zu treffen, weil sie der Meinung waren, daß diese in der Öffentlichkeit am wirksamsten ist. Das heißt jedoch nicht, daß die restlichen Unterzeichner gestrichen wurden. Es läuft gerade eine größer angelegte Sammlung von Unterschriften, die als Massenliste vor dem Kongreß möglichst breit publiziert werden soll. Darüber hinaus sind alle Unterzeichner durch Anschreiben bzw. Zusendung der Konzeption des Kongresses informiert worden. Wenn ein Unterzeichner das anders sieht, kann es sich dabei nur um ein bedauerliches Mißverständnis handeln, das leicht mit dem Betreffenden aufzuklären wäre.

Es ist auch falsch, daß irgendjemand, der den Kongreß unterstützen will, dies nicht darf. Das Beispiel „Liga gegen den Imperialismus" ist falsch gewählt; sie kann es nicht wollen, weil sie schon vor der Planung des Kongresses die Kampagne gegen das Atomgeschäft mit Südafrika für eine Ablehnung vom wahren Feind in Afrika hielt und den Kongreß selbst als ein Manöver bezeichnet, das vom „Sozialimperialismus" ablenken will (siehe „Internationale Solidarität" 6/76, „Afrika kämpft" Mai 77, „Internationale Solidarität" 7/8 78 und „Afrika kämpft" August/Oktober 78). Die Nichteinladung der Liga wurde von den anwesenden Gruppen bei den ersten entscheidenden Vorbereitungstreffen akzeptiert. Was das OK betrifft, so wurden die darin organisierten Gruppen außer der Liga eingeladen.

Was die Unterstützung weiterer Organisationen für den Kongreß betrifft, so ist jede über den offiziell aufgeführten Unterstützungskreis hinaus interessierte Organisation aufgefordert, dies in der praktischen Solidaritätsarbeit zu tun. Wir begrüßen jede Initiative, die der Verwirklichung der Zielsetzung des Kongresses dient.

Zum Vorgang um Peter-Paul Zahl hatten wir Euch vor Abfassung Eures Berichts angekündigt, daß Ihr noch zusätzliche Informationen bekommen würdet. Unser Antwortschreiben an Peter-Paul Zahl habt Ihr mittlerweile erhalten. Leider habt Ihr dieses weder abgewartet noch uns mitgeteilt, bis zu welchem Zeitpunkt es Euch hätte vorliegen müssen (Redaktionsschluß).

Wir hoffen, mit unserem Brief zur Klärung der Situation beigetragen zu haben.

Wir sind jederzeit zur Diskussion bereit, halten es allerdings für richtig, daß Information und Diskussion einer Publikation vorausgehen.

Mit freundlichen Grüßen
für den AAB-Vorstand
gez. Ingeborg Wick

Stellungnahme zum Leserbrief der AAB

In doppelter Weise ist der Kreis der Erstunterzeichner reduziert worden: Zum einen ist auf einem Vorbereitungstreffen zum Nuklearkongreß im Februar eine Liste von anzuschreibenden Personen beschlossen worden. Die AAB hat jedoch, wie aus den Briefen der von ihr beigefügten Liste hervorgeht, nicht alle Personen angeschrieben, die das Vorbereitungstreffen vorgesehen hatte. Es fehlten u.a.: R. Dutschke, W. Biermann, Peter Brückner, D. Cohn-Bendit, die Daimler-Benz-Betriebsräte Hoss und Mühleisen. Auch diese Ausgeschlossenen haben eine Gemeinsamkeit. DKP-orientierte Personen arbeiten nur ungern mit ihnen zusammen. Zum anderen wurde aus dem Kreis der Personen, die unterschreiben durften und dies auch taten, eine weitere Auswahl getroffen. Es stimmt wohl, daß die Erstunterzeichner – wie Ingeborg Wick schreibt – über die Konzeption des Kongresses informiert wurden, über den Wegfall ihres Namens unter dem Kongreß-Aufruf wurden sie jedoch nicht informiert. Es wäre auch schwer gewesen, ihnen hierfür eine Erklärung zu geben.

Ingeborg Wick beschwert sich, daß dieser Artikel ohne Rückinformation bei der AAB erschienen ist. Dies stimmt nicht. Ich habe mit Ingeborg Wick selbst ausführlich telefoniert und sie u.a. über den Wegfall des Namens von Heinz Brandt gefragt. Warum hat sie ihre Begründung nicht in diesem Gespräch angeführt? Zudem: Warum ist ein Aufruf, den Heinz Brandt, Prof. Stuby oder der Ökologe H. Strohm nicht unterschreiben, in der Öffentlichkeit wirksamer?

Ingeborg Wick bestätigt, daß das Organisationskomitee als organisatorischer Zusammenhalt von Solidaritätsgruppen nicht an den Vorbereitungen teilnehmen durfte, sie bestätigt also einen Unvereinbarkeitsbeschluß. Die Formulierung, jede Organisation, die den Kongreß unterstützen will, ist aufgefordert, dies in der praktischen Solidaritätsarbeit zu tun, mogelt sich um die Tatsache herum, daß die Gesellschaft für bedrohte Völker nicht in den Kreis der vorbereitenden Gruppen mitaufgenommen wurde; ebenfalls ein faktischer Unvereinbarkeitsbeschluß.

gc

HINWEIS

Zu dem im Heft 70 der 'blätter des iz3w' rezensierten Kinderbuch zum Thema 'Dritte Welt' („Muraho! Ein Besuch bei der Familie Sibomana") ist inzwischen ein (didaktisches) Begleitheft erschienen. Das Heft greift Einzelheiten aus dem Bilderbuch auf und will diese für Kinder erlebbar machen.
Bezug über: JUGENDDIENST VERLAG,
postfach 200415, 5600 Wuppertal, Preis der Broschüre DM 5,00.

Impressum

blätter des iz3w

herausgegeben vom Informationszentrum Dritte Welt, Postfach 5328, Kronenstr. 16 (Hinterhaus), D-7800 Freiburg i.Br., Telefon: 0761 / 74 003

Bürozeiten: Mo-Fr. 10 - 12 und 15 - 18 Uhr

Zusammengestellt von:
Siegfried Bartels, Roland Beckert, Gerhard Braun, Eugen Bruder, Georg Cremer, Hans Diefenbacher, Benedict Fehr, Susanne Habicht, Sabine Hagemann, Stefan Helming, Heiner Hiltermann, Klaus Höweling, Klaus Jährling, Uli Kieser, Bettina Kocher, Eugen Kohm, Elisabeth Lauck, Thomas Marx, Hildegard Maur, Mechtild Maurer, Bernhard Merk, Götz Nagel, Horst Pöttker, Dominique Prodel, Peter Riedesser, Peter Schmid, Bertina Schulze-Mittendorf, Albert Sommerfeld, Hartmut Stüwe, Beate Thill, Hildegard Wenzler, Ernst Wienß, Walter Witzel.

Nachdruck einzelner Artikel mit Quellenangabe erwünscht.

Satz: Composer-satz-Service, Eichendorffstr.5 5204 Lohmar 1, Tel.: 02246 / 78 82

Druck: SOAK Hannover, Tel. 17618

Dem als Streifbandzeitung versandten Teil der Auflage liegt ein Bestellzettel bei.



Die Themen der letzten Nummern waren:

- Frauen in der Dritten Welt,
- Dritte Welt im Spiegel der Massenmedien
- Unterdrückung der Indios in Südamerika
- Ägypten: Experimentierfeld für technologische Großprojekte
- Landwirtschaft in der Dritten Welt
- Indien: Ursachen und Formen des Elends indischer Bauern
- Argentinien: der politische Hintergrund der Fußball-WM
- Energieversorgung in der Dritten Welt
- Chile: Faschismus im 5. Jahr.

Konten (Aktion Dritte Welt e.V.): Postscheckkonto Karlsruhe Nr. 1482 39 - 755; Österreichische Postsparkasse Nr. 2377.047; Postscheckkonto Basel Nr. 40-35899.

Jahresabonnement (8 Ausgaben) im In- und Ausland: DM 28,– (für Rentner, Arbeitslose, Schüler, Studenten, Wehr- und Zivildienstleistende, sowie andere einkommensschwache Gruppen nach Selbsteinschätzung: DM 20,–).
Luftpostabonnements: Europa (einschl. UdSSR, Türkei) DM 23,60 bzw. 31,60; Afrika, Nord- und Mittelamerika, Nahost und Südasien DM 31,60 bzw. 39,60; Südamerika, Südostasien, Fernost DM 37,60 bzw. 45,60; Australien, Südpazifik DM 43,20 bzw. 51,20
Schweiz: Fr 28,– bzw. 20,–

Postvertriebsstück
Gebühr bezahlt
M 3477 FX
iz3w
Postfach 5328
7800 Freiburg

„Wir stecken in der Scheiße, gewiß. Aber nicht in unserer eigenen...“

...schreibt der österreichische Schriftsteller Michael Scharang in der dritten Ausgabe von Literatur Konkret

5 Mark
Herbst 78
literatur

100 Buchtips
30 Buchbesprechungen
u. a. von:
Gisela Elsner
Angelika Mechtel
Max v. d. Grün
Erich Fried
Ursula Krechel
Helga M. Novak
Walter Boehlich
Günter Amendt
Birgit Pausch
Yaak Karsunke

Martin Walser: Über den Leser
Peter Paul Zahl: Liebeserklärung an eine Revolutionärin
Michael Scharang: Literatur in der Depression
Erika Runge: Erfahrungen beim Schreibenlernen
Irmtraud Morgner: Philosophie für Nichtfachleute
Hermann L. Gremliza: Tabu Biermann
Neue Gedichte von Erich Fried und Heinar Kipphardt

konkret

Originalgrafik von HAP Grieshaber

In Literatur Konkret 3 schreiben:

Martin Walser über Leser: »Der Leser ist ein Beter, der weiß, daß Gott seine Schöpfung ist, nicht umgekehrt.«

Peter Paul Zahl über eine Revolutionärin: »Als ich ihren ersten Brief an mich gelesen hatte, liebte ich sie.«

Irmtraud Morgner über Literatur im Sozialismus: »Jedenfalls sind schöpferische Kräfte am Werk, von denen eine Denkungsart begründet wird, die sich von der bisherigen Tradition geistiger Arbeit prinzipiell unterscheidet.«

Außerdem: Erika Runge, Monika Sperr, Max von der Grün, Erich Fried, Helga M. Novak, Günter Amendt, Gisela Elsner, Heinar Kipphardt, Ursula Krechel, Angelika Mechtel, Henning Venske und viele andere.

...und das gab's noch nie:
In jedem Heft eine Original-Vierfarb-Graphik von HAP Grieshaber

**LITERATUR KONKRET 3
Ab sofort an Ihrem Kiosk und in guten Buchhandlungen.**